

25. Jahrgang

**Nr. 1**

März 2014

# Sozialimpulse

**Rundbrief**

**Dreigliederung  
des sozialen  
Organismus**

Europa auf  
der Kippe?

Die Zukunft der  
Information

Transatlantisches  
Freihandelsabkommen

Betrachtungen,  
Berichte

Initiativen und  
Termine

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

<b>Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens</b> (Christoph Strawe) _____	3
<b>Die Krisenunion am Scheideweg: Europa auf der Kippe?</b> Betrachtungen vor der Europawahl (Wilhelm Neurohr) _____	5
<b>Die Zukunft der Information</b> Roland Benedikter im Interview mit Christoph Strawe) _____	18
<b>Transatlantisches Freihandelsabkommen</b> Zur Auseinandersetzung um das TTIP im Europawahljahr (Wilhelm Neurohr) _____	29
<b>Betrachtungen und Berichte</b> Gedenken: Margrit Kennedy   Josef Busch   Uli Rösch _____	47
Freundschaften in globalisierter Welt (Hans-Bernd Neumann) _____	48
Ukrainische Perspektiven (Kai Ehlers) _____	51
Wege aus einer zunehmend paralyisierten Gesellschaft (Thomas Brunner) _____	54
Der Strudel in die Sucht (Karl-Dieter Bodack) _____	56
<b>Literatur</b> _____	57
<b>Termine und Initiativen</b> _____	58
Wege zur Qualität – Einführungsseminare etc.   Kapital – Mittel der Arbeit oder der Macht? (Seminar Bad Boll)   Macht oder Freiheit? (Seminar Starnberg)   Überwachungswahn und neuer Nationalismus (Seminar Berlin)   Individua- lisierung und globale Solidarität (Ostertagung Achberg)   Mündener Gespräche   Maitagung Achberg   Veranstaltungen im Forum 3 Stuttgart   Vortrag zum Klimawandel, Berlin	
<b>Die EU-Krise und die Zukunft Europas.</b> Öffentliche Werkstatt und Forschungs- kolloquium   Vorschau auf weitere Veranstaltungen _____	60

# Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, E-Mail: [netzwerk@sozialimpulse.de](mailto:netzwerk@sozialimpulse.de), Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de). ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn, Dinkelscherben. Gestaltung: Marion Ehksam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

# Editorial

Dieses Heft ist mit 60 Seiten deutlich am Rande dessen, was wir an Umfang unseren Leserinnen und Lesern, aber auch unserem Etat zumuten können. Es gab jedoch gute Gründe dafür, diesmal noch einen halben Bogen (auf einen ganzen Papierbogen gehen 8 Seiten) zuzugeben. Lagen doch eine Reihe von Beiträgen vor, die brennende Fragen der gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzung in einer vertiefenden und gleichzeitig detaillierten, d.h. auch umfangreichen, Form aufgreifen.

Wilhelm Neurohr steuert gleich zwei gewichtige Beiträge bei: Kurz vor den Wahlen zum EU-Parlament, die er als Chance zur öffentlichen Debatte begreift, nimmt er seine Leser mit auf eine Tour d’horizon der aktuellen Phänomene der europäischen Integration. Dabei geht es ihm vor allem auch um realistische Wege aus der Krise der EU und zukunftsfähige Gestaltungsansätze. Er greift damit erneut ein Thema auf, das in dieser Zeitschrift immer wieder eine große Rolle gespielt hat.

Das gilt auch für seinen zweiten Beitrag, der noch stärker in die Details geht und ein brandheißes Thema behandelt: das geplante transatlantische Investitionsschutz- und Freihandelsabkommen TTIP, dessen Gefahren immer mehr Bürgerinnen und Bürger umtreibt. Das Abkommen ist ein vorläufiger Höhepunkt einer Entwicklung, die wir in den Sozialimpulsen immer wieder analysierten und vor der wir warnten. In der Tat ist TTIP, wie Neurohr schreibt, ein „Gegenbild zur sozialen Dreigliederung“.

Das Interview mit Roland Benedikter behandelt die Zukunft der Information unter verschiedensten Aspekten, vor allem auch in ihrer anthropologischen Tiefendimension. Es erschließt erst teilweise adäquat wahrgenommene Phänomene wie Neuroware, Bodyhacking und Gedankensteuerung und behandelt auch die NSA-Affäre.

Unter den übrigen Beiträgen ist wohl Kai Ehlers’ Analyse der Hintergründe der Lage in der Ukraine von besonderer Aktualität als Unterlage für die Urteilsbildung in diesem oft zunächst verworren erscheinenden Geschehen.

Seit dem Erscheinen des letzten Heftes mussten wir wieder Abschied von vielen lieben FreundInnen nehmen, was sich in den Nachrufen auf Margrit Kennedy, Josef Busch und Uli Rösch (S. 47 f.) widerspiegelt. Nachdem das Heft bereits fertiggestellt war, erreichte uns die Nachricht, dass Benediktus Hardorp verstorben ist, der in vielfacher Hinsicht eine prägende Gestalt für die Arbeit an Fragen der sozialen Dreigliederung war. Wir werden seine Lebensleistung in der Juniausgabe würdigen.

Ihr



# Notiert – Brennpunkte des Zeitgeschehens

13. Dezember 2013 bis 5. März 2014

*Christoph Strawe*

## Deutschland

Der „Armutserbericht 2013“, den der Paritätische Wohlfahrtsverband vorgelegt hat, zeigt ein wachsendes Einkommensgefälle, auch zwischen verschiedenen Bundesländern. Das Armutsrisiko in Bremen z.B. ist mit 23,1 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg +++ Demonstrationen in Hamburg für den Erhalt eines Kulturzentrums, ganze Stadtviertel werden zu Sperrgebieten erklärt +++ Ursula von der Leyen besucht als neue Verteidigungsministerin Trupenteile in Afghanistan und verspricht den SoldatInnen eine besser Ausrüstung. Auch soll die Bundeswehr „familienfreundlicher“ werden. Im Zusammenhang mit den Problemen bei Rüstungsprojekten entlässt sie Staatssekretär Beemelmans +++ Die oppositionellen Grünen veranschlagen die entstandenen Kostenrisiken bei Rüstungs Großprojekten auf drei Milliarden Euro +++ Die deutsche Bundesbank holt 37 Tonnen ihres im Ausland deponierten Goldes nach Deutschland zurück +++ Familienministerin Manuela Schwesig bringt den Gedanken einer 32-Stunden-Woche für Eltern aus Steuerermitteln ins Spiel, stößt jedoch auf Widerstand +++ Das Kabinett setzt einen Ausschuss ein, der sich mit den Fragen der Zuwanderung aus Europa, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, beschäftigen soll, nachdem es heftigen Streit um das Thema gegeben hat. Man ist sich jedoch einig, dass es auch weiterhin kein Hartz IV für arbeitslose Ausländer geben soll +++ Der katholische Weltbild-Verlag ist insolvent +++ Die Auseinandersetzung um die Energiewende dauert an. Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) will die Ökostrom-Förderung deutlich verringern, was ihm von Seiten der Opposition den Vorwurf der Abkehr vom Energiewendekonzept einträgt +++ Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer will wichtige Punkte der Energiewende neu verhandeln. Er reagiert damit im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen auf Bürgerproteste gegen die Trassenführung der geplanten Nord-Süd-Stromtrasse durch Deutschland +++ Bei der Münchner Sicherheitskonferenz fordern Bundespräsident Gauck und andere Politiker, Deutschland müsse größere militärische „Mitverantwortung“ in der Welt übernehmen. Eine zentrale Rolle auf der Konferenz spielt die Situation in der Ukraine +++ Deutschland muss sich nach Auffassung der Verteidigungsministerin stärker militärisch in Afrika engagieren +++ Das Bundeskabinett verabschiedet ein Rentenpaket, das u.a. eine Mütterrente und die Möglichkeit der Rente mit 63 unter bestimmten Bedingungen enthält +++ Der deutsche Fiskus hat im vergangenen Jahr mit 570 Milliarden so viele Einnahmen verzeichnet wie niemals zuvor +++ Auch der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder ist, wie sich herausstellt, von den USA abgehört worden +++ Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags genehmigen sich selber 830 Euro mehr an Bezügen +++ Skandal um den ADAC. Der Automobilclub, als Verein organisiert, aber ansonsten wie ein Konzern aufgestellt, gerät wegen Manipulationen bei Preisver-

gaben für Automodelle in die Schlagzeilen +++ Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy, der sich im NSU-Untersuchungsausschuss hervorgetan hat, legt sein Bundestagsmandat „aus gesundheitlichen Gründen“ nieder. Später stellt sich heraus, dass gegen Edathy wegen des Verdachts auf den Erwerb kinderpornografischen Materials ermittelt wird. Die Affäre gewinnt eine neue Dimension durch den Vorwurf des Verrats von Dienstgeheimnissen gegenüber Minister Friedrich, der während der Koalitionsverhandlungen führende SPD-Politiker ins Vertrauen gezogen hatte. Friedrich tritt zurück und muss ein Strafverfahren gewärtigen. Der Fall führt zu koalitionsinternem Streit +++ Immer neue Skandale wegen Steuerhinterziehung. Die Vorkämpferin der feministischen Bewegung in Deutschland Alice Schwarzer muss zugeben, in der Schweiz große Summen deponiert und nicht versteuert zu haben. Im Fall des Fußballmanagers Uli Hoeness wird nun damit gerechnet, dass seine Selbstanzeige vom Gericht nicht als ausreichend erachtet werden wird. CDU-Schatzmeister Linsen tritt von seinem Amt zurück, nachdem er Geldanlagen in einer Steueroase einräumen musste, angeblich sei dabei allerdings kein Gewinn erzielt worden +++ Das deutsche Verfassungsgericht erklärt die drei-Prozent-Hürde bei Wahlen zum europäischen Parlament für nichtig +++ Die Deutsche Bank einigt sich im Rechtsstreit mit den Erben des Medientycoons Leo Kirch auf einen finanziell belastenden Vergleich, der auf den Aktienkurs der DB-Aktie durchschlägt +++ Freispruch im Korruptionsprozess gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff +++

## Europa

In Brüssel verständigen sich die EU-Finanzminister auf Eckpunkte der sogenannten Bankenunion. Besonders umstritten war ein allgemeiner EU-Abwicklungsfonds +++ Regierungskrise in Italien, Rücktritt von Ministerpräsident Letta. Sein innerparteilicher Widersacher Matteo Renzi wird sein Nachfolger +++ Hochwasserkatastrophe in Großbritannien +++ Belgien erlaubt Sterbehilfe für Kinder +++ Frankreichs Präsident Hollande kündigt einen Kurswechsel in der Fiskal- und Wirtschaftspolitik an, die Staatsausgaben sollen gekürzt, die Unternehmen entlastet werden. Überschattet wird die Erklärung von einer privaten Affäre, die in der Trennung von seiner Lebenspartnerin Valéry Trierweiler mündet +++ Mit knapper Mehrheit entscheidet sich die Schweiz in einer Volksabstimmung auf Betreiben der SVP und entgegen den Empfehlungen der übrigen politischen Parteien für eine Begrenzung der Zuwanderung, was in einen heftigen Konflikt mit der EU führt, die die mit dem Land ausgehandelten Abkommen in Frage gestellt sieht +++ Durch die Enthaltung bei der Abstimmung machen einige europäische Regierungen, darunter die deutsche, den Weg für die Zulassung für den sog. Genmais 1507 frei +++ Heftige Auseinandersetzungen in der Ukraine zwischen der Janukowitsch-Regierung und der Volksbewegung, die den Maidan in Kiew besetzt hält und den Rücktritt des Präsidenten und Neuwahlen fordert. Während die Masse der friedlichen Demonstranten eine demokratische Wende erstrebt, mischen in der Bewegung auch politische Kräfte mit, deren Distanz zur Oligarchie fraglich ist, bzw. Rechtsradikale, die

mit chauvinistischen Parolen und Gewalt Ängste bei der vor allem im Osten des Landes und auf der Krim dominierenden russischen Minderheit wachrufen. So entsteht eine gefährliche Gemengelage, manche befürchten eine Spaltung des Landes. Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition kommen nicht vom Fleck. Die Situation erreicht eine neue Eskalationsstufe, als Scharfschützen über 80 Demonstranten erschießen. Schließlich wird unter Mitwirkung der Außenminister Deutschlands, Polens und Frankreichs sowie des russischen Vermittlers Wladimir Lukin eine politische Lösung ausgehandelt, die aber nicht 1:1 umgesetzt wird +++ Sicherheitskräfte und die meisten Abgeordneten der Janukowitsch-Partei wechseln die Seiten. Es kommt zum Umsturz, die inhaftierte Ex-Ministerpräsidentin Julija Timoschenko kommt frei, eine provisorische Regierung unter Arsenij Jazenjuk wird gebildet. Janukowitsch, der sich nach wie vor als legitimer Präsident sieht, flieht und erhält schließlich in Russland Schutz, dessen Intervention auf der Krim zu weiteren Verwicklungen führt, bei denen auch ökonomische Druckmittel eine Rolle spielen. Letztlich hofft man, dass alle Beteiligten ein vitales Interesse daran haben, die Situation nicht völlig außer Kontrolle geraten zu lassen +++

## Welt

Weltweit erkranken jedes Jahr etwa 14 Millionen Menschen neu an Krebs, erwartet wird ein Anstieg auf 22 Millionen Fälle jährlich in den nächsten 20 Jahren. Zu dieser Einschätzung kommt der Weltkrebsbericht 2014 der Weltgesundheitsorganisation WHO +++ Wladimir Putin kündigt eine größere Amnestie an. Auf Vermittlung des deutschen Ex-Außenministers Hans-Dietrich Genscher kommt Putin-Gegner Michail Chodorkowski frei und reist via Berlin in die Schweiz aus +++ Die Vereinten Nationen bestätigen, dass nach ihren Untersuchungsergebnissen in Syrien Giftgas zum Einsatz gekommen ist +++ Eisbrecher aus verschiedenen Ländern beteiligen sich an der Rettung eines im Eis der Antarktis steckengebliebenen Forschungsschiffes +++ Nach Schätzungen des Hilfswerks Open Doors wurden 2013 fast 100 Millionen Christen unterdrückt oder mit Gewalt zur Aufgabe ihrer Religion gezwungen +++ In Kambodscha demonstrieren Textilarbeiter für höhere Löhne, Sicherheitskräfte schießen, es gibt Tote +++ Arktische Kälte in den USA, Schulen müssen geschlossen, hunderte Menschen mit Erfrierungen behandelt werden, es kommt zu Todesopfern +++ Die ägyptische Übergangsregierung stuft die Muslimbruderschaft von Ex-Präsident Mohammed Mursi offiziell als Terrororganisation ein. Damit ist die Situation für sie wieder ähnlich wie unter dem Mubarak-Regime. Die umstrittene neue Verfassung wird mit 98 Prozent Zustimmung bei einer Beteiligung von nur 38,5 Prozent abgestimmt. Bei Straßenschlachten gibt es immer wieder Tote. Armeechef Al-Sisi wird als Präsident nominiert, an seiner Wahl besteht kaum Zweifel +++ Die USA haben offenbar kein Interesse an einem No-Spy-Abkommen mit Deutschland bzw. anderen europäischen Ländern. Von Präsident Obamas Reform der Geheimdienste werden keine wesentlichen Änderungen der Ausspähungspraktiken erwartet +++ Teile von Chinas Machtelite bringen

vertraulichen Unterlagen zufolge Milliardenprofite mit Hilfe von Transaktionen über Briefkastenfirmen in Steueroasen auf die Seite. In China wird jede Berichterstattung über die Enthüllungen verhindert +++ Die chinesischen Behörden rufen wegen extremen Smogs für 400 Millionen Bürger die zweithöchste Smogalarmstufe aus +++ Im Umfeld der Wahl in Thailand kommt es zu gewaltsamen Zusammenstößen der verfeindeten Lager. Die Regierung verhängt den Notstand für Bangkok und Umgebung +++ Die EU schickt Soldaten nach Zentralafrika +++ US-Präsident Obama droht im Haushaltsstreit mit Präsidentenverordnungen und erreicht, dass der Kongress bereit ist, die Schuldenobergrenze anzuheben +++ Edward Snowden wendet sich in einem Fernsehinterview mit dem NDR an die Weltöffentlichkeit +++ In Sotschi werden die Olympischen Winterspiele eröffnet, sie sind die teuersten, die jemals veranstaltet wurden. Sie sollen offenbar auch dem politischen Prestige des russischen Präsidenten Putin dienen +++ Staatskrise in der Türkei. Der türkische Regierungschef Erdogan steht wegen Korruptionsvorwürfen unter Druck und reagiert mit Gegendruck auf die Strafverfolgungsbehörden bzw. mit massivem Polizeieinsatz gegen Proteste. Auch die Kontrolle des Internet wird verschärft. Nach Ministerrücktritten bildet Erdogan das Kabinett um +++ Russland beginnt in der Arktis Öl zu fördern +++ Die Auseinandersetzung über das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP wird heftiger +++ EU, USA und IWF kündigen Hilfsmaßnahmen für die Ukraine an +++ Bei den Syrien-Verhandlungen in Genf wird vereinbart, dass Frauen und Kinder die von Regierungstruppen belagerte Stadt Homs verlassen dürfen. Ansonsten verlaufen die Verhandlungen konfrontativ und stockend, selbst in humanitären Fragen werden kaum Fortschritte erzielt +++ Das weltweit größte soziale Netzwerk Facebook kauft die Konkurrenzfirma WhatsApp (450 Millionen Nutzer) für die Rekordsumme von insgesamt 19 Milliarden US-Dollar auf +++ Tod des ehemaligen israelische Ministerpräsidenten Ariel Scharon nach jahrelangem Koma +++ Israel weigert sich weiterhin, seine Siedlungspolitik zu ändern. Diese gilt als Haupthindernis einer Nah-Ost-Friedensregelung. Diese Frage spielte auch beim Staatsbesuch von Angela Merkel eine Rolle. Der Präsident des EU-Parlaments Martin Schulz löst in der Knesseth durch die Frage nach den Gründen der schlechteren Wasserversorgung in den Palästinensergebieten einen Eklat aus +++ UN-Experten werfen dem nordkoreanischen Regime schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor +++ In Mexiko wird einer der international meist gesuchten Kriminellen, der Drogenboss „El Chapo“, gefasst +++ Die Situation in der Ukraine wird weltweit mit großer Besorgnis wahrgenommen, viele Menschen fordern stärkere Bemühungen zur Deeskalation +++

## Stand des Kostenausgleichs

Bei Redaktionsschluss waren ca. 23.000 Euro für Rundbrief und allgemeinen Kostenausgleich eingegangen. Das ist – gemessen am Etaziel von EUR 31.000 für das Jahr 2014 ein beachtliches Ergebnis. Wir danken für alle Beiträge und sind zuversichtlich, dass die restliche Summe auch noch zusammenkommt.

# Die Krisen-Union am Scheideweg: Europa auf der Kippe?

## Betrachtungen vor der Europawahl: Auf der Suche nach realistischen Wegen aus der Krise der EU

**Wilhelm Neurohr**

In wenigen Wochen, am 25. Mai<sup>1</sup> 2014, finden zum achten Mal Europa-Wahlen statt. Damit rücken die Europafragen wieder stärker in den öffentlichen Fokus. Europa und seine Zukunftsgestaltung waren und sind Dauerthemen dieser Zeitschrift und des Netzwerks Dreigliederung, die sich immer wieder auch mit eigenen Vorschlägen eingeschaltet haben.<sup>2</sup> Nach wie vor läuft die Politik mit verfehltem Krisenmanagement den Ereignissen hinterher und verschlimmert damit die Probleme, abgesehen von einigen (insgesamt unzureichenden) Regelungen für die Banken und Finanzmärkte, die inzwischen auf den Weg gebracht worden sind (aber mit der üblichen Rücksichtnahme auf Lobbyinteressen aus der Bankenwelt).

1 Die EU-Wahl läuft im Zeitraum vom 22.-25. Mai, für Deutschland gilt Sonntag, der 25. Mai.

2 Bisherige Themenstellungen waren z.B. die europäische Rechts- und Sozialgestaltung, die Idee und Wirklichkeit europäischer Einheit sowie Europa als Schauplatz geistiger Auseinandersetzungen. Weitere Beiträge und Veranstaltungen umfassten die Demokratiefrage und die Wirtschafts- und Währungsfrage, die Finanz- und Eurokrise und die aktuelle Krisenbewältigung. In Heft Nr. 3/2012 waren bereits verschiedene Beiträge auch zur aktuellen Krisensituation in Europa veröffentlicht und die Frage nach Lösungen aufgeworfen worden unter der Fragestellung: „Euro(pa)Krise ausweglos?“ Dargestellt wurden mehrere lösungsorientierte Ansätze, darunter z.B. auch ein Lastenausgleich durch einen Gesellschaftspakt Schuldentilgung sowie ein Masterplan zur Wirtschaftsbelebung in den Schuldenländern. In der Ausgabe 4/2012 folgte vor dem Hintergrund der Griechenland-Krise ein erweiterter 10-Punkte Plan als umfassender Handlungsrahmen für die Krisenbewältigung.

### Europawahl als Chance für eine grundlegende öffentliche Krisendebatte

Die bevorstehende Europawahl bietet erneut eine Chance, eine vertiefte öffentliche Debatte über tatsächliche Ursachen und weitreichende Folgen der noch nicht bewältigten Krisen der gewandelten EU zu beginnen. Vor allem aber geht es neben einer gründlichen Problemanalyse um die weitere Suche nach realistischen und geeigneten Wege aus den Krisen, denn wir haben es mittlerweile mit einem ganzen Krisen-Bündel zu tun, wie in diesem Beitrag ausgeführt wird. Damit steigen aber auch die Veränderungschancen, denn Europa hat Zukunft und längerfristige Perspektiven – aber welche?

- Was ist das eigentliche Endziel des gesamten Vorhabens europäischer Integration?<sup>3</sup> Wohin soll Europa sich entwickeln?
- Was hält Europa wirtschaftlich, politisch und kulturell zusammen?
- Welche Zukunft hat die EU<sup>4</sup>?
- Wollen wir ein solidarisches Europa oder ein Europa nationalstaatlicher Egoismen?
- Gibt es ein Kontrastprogramm zur herrschenden Sparpolitik mit ihren sozial verheerenden Folgen?
- Wer wird zur Krisenbewältigung finanziell mit herangezogen?
- Wie geht Europa in Zukunft mit dem zentralen Krisenproblem der Staatsschulden und der Zinsbelastungen um?
- Wie wird das Subsidiaritätsprinzip gelebt?

Nach einer ehrlichen Analyse der wahren Krisenursachen erscheint der Weg in eine neue Geld- und Wirtschaftsordnung unausweichlich, um die anhaltende Euro-Systemkrise an den Wurzeln anzupacken. Der institutionelle Zustand der EU, die Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive mit ihren Zwitterfunktionen sowie zwischen Nationalstaaten und EU ist kaum geeignet, demokratische Strukturen und klare Regierungsaufträge herauszubilden. Das europäische Demokratie- und Sozialmodell erscheint nur wie eine Fiktion angesichts des zerstörerischen Wettbewerbs der Staaten und der schädlichen Durchmischung, Verflechtung bzw. Gleichsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen in der EU. Nur die Vermögenden profitieren von den Stabilitätsprogrammen. Auch die mit belastbaren Zahlen der EU-Kommission hinterlegte Korruption<sup>5</sup> in den Mitgliedsländern der EU ist m.E. ein Ausfluss der (nicht dreigliederungsgemäßen) allzu engen Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft.

### Die Chancen eines solidarischen europäischen Sozialmodells

Ungewiss ist zudem, ob die EU als Friedensnobelpreisträgerin für die Zukunft gewährleisten kann, dass angesichts der sozialen Spaltung auch der

3 Vgl. Thomas Sauer/Peter Wahl (Hrsg.): „Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse. Reader des wissenschaftlichen Beirates von Attac“. VSA-Verlag 2014

4 Siehe hierzu Bauer/Wahl, a.a.O.

5 Am 3. Februar veröffentlichter Bericht der EU-Kommission

soziale Frieden in Europa als Voraussetzung für friedliches Zusammenleben gesichert bleibt.

- Welchen Stellenwert hat heute im europäischen Krisenalltag die „Europäische Sozialcharta“ von 1996 (die ja eine „schwere Geburt“ war)?

Die Reformvorgaben der Troika und ihre (im Kern neoliberalen) Grundausrichtung stehen in einem klaren Widerspruch zum europäischen Recht, insbesondere zur europäischen Sozialcharta und damit zu einer europäischen Sozialordnung. Doch ohne sozialen Frieden kann kein Frieden auf Dauer gewährleistet werden – das sollte die eigentliche Botschaft des 2012 verliehenen EU-Friedensnobelpreises sein. Daniel Goeudevertó drückte es einmal so aus: „Die europäische Währungsunion kann man verordnen, die Liebe unter den Völkern nicht.“

Besonders drastisch formuliert der bekannte Verfassungsrechtler Prof. Dr. Schachtschneider: „Der europäische Frieden wird nicht dadurch gesichert, dass Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat ruiniert werden.“<sup>7</sup> Der Abbau sozialer Besitzstände sei die Konsequenz der Entdemokratisierung in Europa. Sogar die öffentliche oder staatliche Daseinsvorsorge ist weitestgehend dem Markt- und Wettbewerbsprinzip unterworfen. Von unterschiedlicher Seite<sup>8</sup> wird hierbei auch die zweifelhafte Rolle des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) beklagt, der in seiner Rechtsprechung das europäische Sozialmodell nicht zur Kenntnis nehmen und sich Kompetenzen anmaßen, die ihm nicht zustünden. Die demokratische Gewaltenteilung in der EU wird teilweise faktisch aufgehoben, (obwohl deren Funktionieren das Kennzeichen demokratischer Staaten ist, im Gegensatz zu autokratischen Staaten). Heute ist Europa auf dem Weg, eine Großmacht zu werden, ohne eine andere Staatsidee zu besitzen, als die eines für alles zuständigen Einheitsstaates.<sup>9</sup>

Es ist fraglich, ob der Wille da ist, neben der (kriselnden) Wirtschafts- und Währungsunion auch noch die vielfach beschworene „Sozialunion“ zu gestalten. Die EU lenkt von den Fragen der inneren sozialen Spaltung geschickt ab, indem sie – seit der Münchener Sicherheitskonferenz vom Februar 2014 – das weltweite militärische Engagement Europas und Deutschlands an auswärtigen Krisenherden in den Vordergrund stellt. – Längst gehört die militärische Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen zur erklärten EU-Strategie<sup>10</sup>, bei zugleich höchstem Stand an Rüstungsexporten weltweit auch in Krisengebieten, obwohl der deutsche Friedensno-

belpreisträger Willy Brandt diese als „Exporte des Todes“ bezeichnete. – Fraglich ist auch, ob die sozial notleidende Bevölkerung überhaupt in der Lage ist, sich in die Debatte um eine Neuorientierung der Außen- und Weltpolitik einzubringen.

### Erneute Diskussionen über die „Vereinigten Staaten von Europa“

Manche Eliten meinen, dass für Europa die Zeit für eine demokratisch-föderale Verfassung gekommen ist.

„Ist es vielleicht auf das historische Zusammentreffen von Nationalstaats-Souveränismus und Neoliberalismus zurückzuführen, dass mit dem Vertrag von Maastricht nicht sogleich die Vereinigten Staaten von Europa, sondern nur eine unvollendete Union als Währungsunion geschaffen wurde, ohne den nächsten logischen Schritt zur politischen Union?“ Diese Frage stellte die luxemburgische EU-Vizepräsidentin und Justizkommissarin Viviane Reding in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung.<sup>11</sup> Durch dieses Versäumnis, so ihre Auffassung, seien in Europa die Märkte stark und die Politik, die auf nationaler Souveränität beharre, schwach.

Die Kommissions-Vizepräsidentin ist davon überzeugt, dass die „Vereinigten Staaten von Europa“ (als föderales Gebilde) zwar „eine kontroverse Vision für die Zukunft unseres Kontinents“ darstelle, jedoch mittelfristig den richtigen Weg aus der aktuellen Schulden-, Finanz- und Legitimationskrise weise. Mehr Demokratie durch ein solches Regierungsmodell mit entsprechender Verfassungsstruktur ist gerade in der Krise nach ihrer Ansicht eine aufzuzeigende Alternative im Europawahljahr 2014. (Bis 1992 stand dieses Ziel noch im Parteiprogramm der CDU und bis 1959 im Heidelberger Programm der SPD). Die unter dem Druck der Krise entstandene Dynamik könne, so Reding, diese Entwicklung sogar beschleunigen und bis 2020 eine föderal integrierte Eurozone hervorbringen. Die Fiskalunion wäre so gesehen nur ein Einstieg.

Die Gefahr eines Mehr an Zentralisierung ist der weitere Verlust an Bürgernähe sowie abnehmende Souveränität und Subsidiarität der Einzelstaaten. Schon jetzt ist bei den gegebenen Strukturen innerhalb der EU tendenziell ein Verlust an Demokratie und Freiheit erlebbar, weil die Exekutive an den Parlamenten vorbei Europapolitik und „Krisenmanagement“ betreibt.<sup>12</sup> Mehr Zentralismus verbessert kaum die strukturellen Demokratie-Defizite. Spätestens nach dem 2005 an Volksabstimmungen gescheiterten EU-Verfassungsvertrag sowie nach Urteilen des deutschen Verfassungsgerichtes dürften die Visionen eines „europäischen Superstaates“ kaum ernsthaft wiederbelebt werden, obwohl sie auch unverdrossene Anhänger in Deutschland haben (von Oettinger und Kohl über Westerwelle bis von der Leyen und Cohn-Bendit, aber auch bei manchen Europa-Abgeordneten).

<sup>6</sup> Französischer Literat, Automanager, Unternehmer und Europa-Anhänger in einer Fernsehdiskussion

<sup>7</sup> Vortrag in Prag, <http://www.kaschachtschneider.de/>

<sup>8</sup> Fritz Scharpf in der Zeitschrift Mitbestimmung 8/2008 sowie Verfassungsrichter Dieter Grimm im Spiegel vom 19.10.1992

<sup>9</sup> Wilhelm Neurohr: „Ist Europa noch zu retten? Wie die EU den Europa-Gedanken verfälscht. Wege zu einer europäischen Identität.“ Pforte Verlag 2008 (heute Futurum-Verlag), Seite 134

<sup>10</sup> Siehe GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU), Gutachten der Bertelsmann-Stiftung für die EU sowie Weißbuch der Bundeswehr und NATO-Strategie, zitiert auch im Rundbrief Nr. 3/2007

<sup>11</sup> FAZ Nr. 47 vom 25.02.2013

<sup>12</sup> Vgl. Christoph Strawe in Sozialimpulse 3/2012, S. 7

Der letzte Entwurf eines EU-Verfassungsvertrages wurde bekanntlich in einem handverlesenen, intransparenten Konvent entwickelt, von dem der ehemalige luxemburgische Präsident Jean-Claude Juncker sagte, er habe „noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen“<sup>13</sup>. Folglich blieb das 400-seitige Paragraphenwerk hinter den Errungenschaften unseres auch für andere Staaten vorbildlichen Grundgesetzes zurück. Der mit dem gescheiterten EU-Verfassungsentwurf nahezu inhaltsgleiche Lissabon-Vertrag (als dann gültiger Ersatz für die 2005 gescheiterte Verfassung) schreibt trotz Finanzmarktkrise immer noch einen „ungehinderten Kapitalverkehr“ vor und gewährt die „freie Eigentumsverfügung“ ohne bindende Sozialverpflichtung. Er stellt den freien Waren- und Kapitalverkehr über die sozialen Menschenrechte.

Bundeskanzlerin Merkel hatte übrigens 2012 dazu aufgerufen, die Europäische Kommission als Exekutive wenigstens mit dem Begriff einer „Europäischen Regierung“ zu belegen. Die Bevölkerung kann sich mehrheitlich wohl kaum für diese Ideen erwärmen, dazu sind die Vorbehalte „gegen die Brüsseler Bürokraten“ und die Troika gerade in der Krisensituation zu heftig. (Unter dem Aspekt der sozialen Dreigliederung ließe sich zu einem „allzuständigen Einheitsstaat“ ohne funktionale Gliederung sicher auch noch manches andere einwenden, gerade in Bezug auf die wirtschaftlichen und kulturellen Belange Europas und auf das Prinzip der Dezentralisierung von Verantwortungsebenen und Selbstgestaltungsräumen).

## Die Gefahr des Erstarkens anti-europäischer Kräfte

Mittlerweile steht die „Krisen-Union“ an einem Scheideweg. Die EU verliert nicht erst seit dem wirtschaftlichen und sozialen Niedergang in den südeuropäischen Krisenländern an Vertrauen, Orientierung und Zuspruch, denn die Menschen wollen ein „anderes Europa“ und kein „weiter so“ in Brüssel und kein bloßes „Durchwursteln“ auch in Deutschland. Doch hier sieht man von Regierungsseite „keine Alternative“ zum aktuellen Kurs der Europa-Politik, deren katastrophal gemanagter Euro-Rettungskurs im Wahljahr als „erfolgreich“ gepriesen wird (derweil gerade das nächste „Rettungspaket“ für Griechenland geschnürt wird). Nach Ansicht der EU-Kommission könne Europa die Krise „bald hinter sich lassen“<sup>14</sup>. Sichtbare Misserfolge werden schlicht in Erfolge umgedeutet, so lautet die Kritik von vielen Seiten.

Die Lügen im politischen Leben wirken wie ein Krebsgeschwür im Europagebilde. Dabei hängt die Zukunft des ganzen Kontinents davon ab, „ob die EU-Hegemonialmacht Deutschland durch politischen Druck oder ökonomische Zwänge zu europäischer Solidarität verpflichtet werden kann“, wie es die Wirtschaftskorrespondentin Ulrike Hermann in einem Leitartikel der Zeitung „Le Monde diplomatique“ aus-

drückt.<sup>15</sup> Sie hält die deutsche Bundesregierung „für eine echte Gefahr für den Euro“, weil von Deutschland mit seinen Exportüberschüssen eine Wettbewerbskrise für die Defizit-Länder erzeugt werde.

Das Staatengebilde der EU versteht sich seit längerem vorrangig als Währungs- und Wettbewerbshüter und seine Akteure betrachten demgemäß alle Politikbereiche und Lebensfelder fast nur noch durch die ökonomische und fiskalische Brille. Die in der EU gewachsenen und geschaffenen Strukturen und Regeln für den ausufernden „Wettbewerbswahn“ und die „marktkonforme Demokratie“ werden als unänderlich verteidigt, obwohl sie in den Krisenstaaten zum Absturz der Wirtschaft, zu höchster Arbeitslosigkeit und massenhafter Armut geführt haben. Das lässt im Wahlkampf möglicherweise anti-europäische Kräfte erstarken und in der Euro-Zone auch verstärkte Abneigung gegen das dominante Deutschland befürchten, das mit schlechtem Beispiel vorangeht, wie im Weiteren noch näher ausgeführt wird. Dabei lehrt uns die Geschichte, dass Demokratien zusammenbrechen können, wenn Krisen nicht bald enden. Oft setzen sich dann autoritäre Regime durch, die nach Sündenböcken suchen und Minderheiten verfolgen.<sup>16</sup>

Von der starken rechtspopulistischen französischen Front national bis zur deutschen AfD („Alternative für Deutschland“) wird der Austritt aus dem Euro propagiert – wobei Europas Schicksals- und Existenzfrage nicht allein am Euro festgemacht werden darf, der sich als Klammer wie auch als Sprengsatz erweisen kann. Die Menschen in den südlichen EU-Ländern, wo sich ebenfalls radikale politische Kräfte zur Europawahl formieren, könnten sich für die negativen Folgen der Austeritätspolitik mit ihrem Wahlverhalten revanchieren. Denn für sie gilt der deutsche Kurs von Angela Merkel mit ihren Spardiktaten als gescheitert – durchaus eine Gefahr für Demokratie und Solidarität in Europa (derweil in Kiew mutige Demonstrationen für dieses Europa mit Unterstützung aus Europa stattfinden). Eigentlich drängt sich die Frage auf:

- Ist die EU mit Europa gleichzusetzen – oder hat sie nicht längst die Europa-Idee verfälscht?<sup>17</sup>

Der 95-jährige Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) formulierte am 2. Februar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz die Sorge: „Wenn die EU weiterhin so vor sich hin wurschtelt wie in den letzten 10 Jahren, dann kann es sein, dass es die NATO zwar noch gibt, aber es gibt die EU nicht mehr.“<sup>18</sup> Auch aus der Regierungspartei gibt es kritische Stimmen: „Die Politik verrät die Gründungsidee Europas“, so formulierte es vor anderthalb Jahren der Enkel Konrad Adenauers, Stephan Werhahn, (der sich nach eigener Einschätzung als „wertkonservativ und liberal“ versteht). Er trat deshalb zeitweilig aus der CDU aus und

<sup>15</sup> Ausgabe vom September 2013 als Internationale Beilage der taz

<sup>16</sup> Ulrike Herrmann, a.a.O.

<sup>17</sup> Wilhelm Neurohr: „Ist Europa noch zu retten? Wie die EU den Europa-Gedanken verfälscht. Wege zu einer europäischen Identität“ (2008)

<sup>18</sup> dpa-Berichterstattung vom 3.02.2014 in diversen Tageszeitungen

<sup>13</sup> Der Spiegel, 16. Juni 2003, zit. nach [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer\\_Konvent](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Konvent)

<sup>14</sup> <http://future.arte.tv/de/was-erwartet-europa-im-jahr-2014>

als Spitzenkandidat zu den Freien Wählern über.<sup>19</sup> Er sieht Europa „auf der abschüssigen Bahn“ und kämpft seither gegen den Europa-Kurs der Kanzlerin Merkel (ist aber inzwischen in die CDU zurückgekehrt). Es besteht also auch wenig Vertrauen in das von Deutschland dominierte Krisenmanagement der EU. (Wer bringt den deutschen Krisenmanagern bei, dass Staaten keine Firmen sind und deshalb Volkswirtschaft nicht mit Betriebswirtschaft verwechselt werden darf?) Auf einer Diskussionsveranstaltung in Brüssel fiel der Satz: „Das wahre Europa? Nichts einfacher: Das ist die Union, die auf dem Kopf steht. Sie befindet sich in einem schlechten Zustand, den sie überwinden muss.“<sup>20</sup>

- Muss Europa also „neu erfunden werden“?
- Ist Europa noch zu retten?
- Und wenn ja – wie und durch wen?

### Einfluss der pro-europäischen Zivilgesellschaft

Ein Wandel der EU kann eigentlich nur durch zivilgesellschaftlichen Einfluss auf gesamteuropäischer Ebene als „gemeinsames Projekt“ vieler (mit inhaltlichen Zielsetzungen) erreicht werden, die sich durch die Regierungen und Parlamente in Europa nicht mehr repräsentiert fühlen. Zur Krisen-Gemengelage der EU gehört aber leider auch die Tatsache, dass in der europäischen Bürger- oder Zivilgesellschaft Problemlösungen in und für Europa immer noch zumeist im nationalen Alleingang versucht werden – meist in gewohnter Fixierung auf politische Parteien, staatliche Institutionen, „Staatsmänner“ (und -frauen) oder wirtschaftliche Eliten oder auch auf gewählte Parlamente oder Parlamentarier, von denen man die geforderten Umsteuerungen erwartet.

Deren Einfluss aber reicht gerade im EU-Parlament und in den vielfach entmachteten Nationalparlamenten (wegen der überwiegend von Brüssel vorgegebenen Rechts- und Gesetzesnormen) kaum aus, um die Krisen im Interesse der betroffenen Menschen wirksam zu lösen. Ein wirksames Subsidiaritätsprinzip zur Demokratisierung Europas muss erst noch erkämpft werden. Deshalb müssen die mündigen Menschen aus der europäischen „Zuschauerdemokratie“ heraustreten, die Rolle als „Idioten“<sup>21</sup> verlassen und sich in das politische Geschehen öffentlich einmischen. Wahres Bürgerengagement für (ein verändertes) Europa ist nötiger denn je.

Wann immer zivilgesellschaftliche Initiativen und Eigenverantwortung in Europafragen ergriffen werden, mangelt es an europaweiter Vernetzung und Zusammenarbeit. Vieles beschränkt sich auf die nationalen Aktionsräume und Zusammenhänge. Die vielen Einzelschlüsse werden nirgendwo gebündelt. Darum gilt: Grenzen überschreiten heißt

19 Berichte „Süddeutsche Zeitung“ und „Welt“ im 2. Halbjahr 2012 und in 2013

20 <http://de.euronews.com/2013/10/15/muss-europa-neu-erfunden-werden/>

21 In der griechischen Antike wurden Privatpersonen, die kein öffentliches Amt bekleideten und sich nicht am Gemeinschaftsleben aktiv beteiligten, wertfrei als „idioten“ bezeichnet.

Chancen wahrnehmen! Paradoxe Weise sind es die gegenwärtigen Krisen, die grenzüberschreitend möglicherweise eine europäische Öffentlichkeit und erstarkte Bürgergesellschaft hervorrufen.

- Wie einflussreich ist dabei die pro-europäische Zivilgesellschaft und was vermag sie zu leisten?

Diese Frage wird zum Schluss noch einmal aufzugreifen sein. Solange jedoch gegenüber dem „zentralstaatlichen Gebilde“ der EU Ohnmachtsgefühle und zynische bis fatalistische Haltungen erhalten bleiben, droht eher die Abwendung von der EU, der Rückzug auf die überschaubare Nationalpolitik und damit die weitere Erstarkung nationalistischer, europaskeptischer und anti-europäischer Kräfte. Es wäre deshalb hilfreich, wenn die enge Verflechtung und der Zusammenhang der europäischen mit den jeweiligen nationalen Problemlagen und deren wechselseitige Abhängigkeiten durchschaut würden, damit wir überhaupt erkennen, was Europäische „Gemeinschaft“ im solidarischen Sinne auch bedeuten kann. Das aber erfordert die Abkehr von einer falsch verstandenen Wettbewerbsorientierung. Wir wollen kein Europa der Märkte, sondern eines der Menschen. Gefragt ist jetzt ein Ideenwettbewerb um die bestmögliche Zukunft Europas. Ziel einer solchen Gemeinschaft sollte eine Win-win-Situation sein, damit es innereuropäisch, aber auch interkontinental, durch die Europapolitik keine Gewinner und Verlierer gibt. Tatsächlich aber sind die Arbeits- und Lebensverhältnisse in den EU-Staaten sehr unterschiedlich. Ohne deren Anpassung kann eine Währungsunion gar nicht funktionieren.

### Deutschland als Gewinner oder Verlierer der EU-Wettbewerbspolitik?

Das wirtschaftlich vermeintlich starke Deutschland steht selbst aufgrund seiner aggressiven Exportpolitik und zugleich strengen Austeritätspolitik zum Nachteil anderer EU-Staaten in der Kritik und gilt deshalb eher als Krisenverschärfer und nicht als „Problemlöser“. Das wirtschaftsstärkste und mit Abstand reichste EU-Land hat zudem auch keinerlei soziale „Vorbildfunktion“, im Gegenteil: In der deutschen Bevölkerung herrscht erheblicher Unmut über die nationale Sozialpolitik im europäischen Vergleich, aus der sich statt einer „Vorbildfunktion“ allenthalben eine „Schlusslichtfunktion“ erkennen lässt: Deutschland liegt einer Studie zufolge in der Frage der sozialen Gerechtigkeit innerhalb Europas weit zurück<sup>22</sup>, nämlich abgeschlagen auf dem 19. Platz.

Die Armut unter Beschäftigten und Arbeitslosen ist in Deutschland besonders stark gestiegen. Die deutschen Arbeitslosen, von denen zwei Dritteln die Armut droht, sind die ärmsten in Europa, so hat eine Studie in 2013 ermittelt.<sup>23</sup> Und von den Beschäftigten ist jeder fünfte Arbeitnehmer im Niedriglohn-Sektor (obwohl 80% der Geringverdiener eine abgeschlossene Aus-

22 Vergleich von 27 Staaten durch das Berliner Forschungsinstitut Berlinpolis/Institut für Zukunftspolitik

23 <http://www.welt.de/wirtschaft/article15546305/Deutsche-Arbeitslose>



bildung haben, darunter sogar 10% Akademiker); in anderen EU-Ländern liegt der Anteil deutlich unter zehn Prozent; der EU-Schnitt liegt bei 17%.<sup>24</sup>

Zudem hat Deutschland über ein Jahrzehnt die schwächste Reallohn-Entwicklung in der EU und liegt beim Pro-Kopf-Realeinkommen auf dem untersten Platz.<sup>25</sup> Auch bei Ersparnissen, Rücklagen und Kleinvermögen oder Wohneigentum der Privathaushalte sind uns die Nachbarländer weit voraus. (Ohne Einführung des Euro hätte Deutschland übrigens sein Lohndumping nicht beginnen können, weil die D-Mark bei angehäuften Exportüberschüssen im Kurs gestiegen wäre und die Lohnvorteile wieder verschwunden wären. Derweil haben die anderen Länder mustergültig ihre Lohnzuwächse an die Produktivität gekoppelt, wofür sie jetzt „bestraft“ werden). Auch mit dem Abwärtstrend zu Armutsrenten aufgrund eines unzureichenden Rentenniveaus von 42% (brutto) des vorherigen Einkommens, liegt Deutschland mit Abstand weit unter dem EU-Durchschnitt von fast 62% (in zehn EU-Staaten gibt es sogar Rentenniveaus zwischen 70 und 88%).<sup>26</sup> In vielen deutschen Städten ist bereits jeder vierte Deutsche von Armut bedroht, in manchen Stadtteilen gehört jedes dritte Kind zu Hartz-IV-Familien.

Zudem ist die ungerechte Vermögensverteilung (Reichtums-Armuts-Schere) in kaum einem europäischen Land so krass wie in Deutschland: Das reichste Zehntel verfügt hier über 61% des Nettovermögens, während 27% gar nicht über Vermögen verfügen oder verschuldet sind, Tendenz zunehmend.<sup>27</sup> Zugleich gilt Deutschland als „Steuerparadies“ und steht auf einer aktuellen Rangliste<sup>28</sup> der besten Steueroasen auf der Welt weit oben auf Platz acht, noch vor der britischen Kanalinsel New Jersey und Panama. (Dennoch bringen prominente Steuerhinterzieher ihr Geld immer noch ins Ausland, wie es gerade in jüngster Zeit ans Tageslicht kam).

Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Menschen in Deutschland und Europa von der für sie nachteiligen Wettbewerbspolitik der EU wenig halten und an ein zentrales Gründungsmotiv oder -versprechen der EU erinnern: In einem friedlich vereinten Europa sollten die wirtschaftlichen Lebensbedingungen für alle Menschen verbessert und nicht verschlechtert werden. Deshalb wenden sie sich enttäuscht von der EU ab, die sie für den sozialen Abwärtstrend verantwortlich machen. Das Identität stiftende europäische Demokratie- und Sozialmodell als einstiges Markenzeichen von Europa zerbröselte, und Deutschland hat daran maßgeblichen Anteil. Deshalb hat Europa seinen Anspruch verloren, Vorreiter für die Menschenrechte zu sein. Insofern ist Europa Verlierer bei seinen eigenen (misslungenen) Einigungsbemühungen, und mit ihm verliert die übrige

Welt, die wir zu Konkurrenten des interkontinentalen Wettbewerbs „Starke gegen Schwache“ auf den Weltmärkten erklärt haben. Das schlägt absehbar auf Europa negativ zurück.

## Fällige Analyse der wahren Ursachen der Eurokrise und ihrer Konsequenzen

Neue Krisen sind vorprogrammiert und die Erfolgsmeldungen zur Euro-Rettung sind untauglich. Vielmehr ist eine schonungslose Analyse der wahren Ursachen der längst noch nicht überwundenen „Eurokrise“ unverzichtbar, um daraus die nötigen Konsequenzen abzuleiten. Die Folgen der ökonomischen Systemkrise befördern zudem eine brandgefährliche politische Krise mit Feindseligkeiten zwischen Geber- und Nehmerländern, bei der Vertrauen und Akzeptanz schwinden. Folgende Fragen bedürfen dringend einer Antwort:

- Ist eine Stärkung der Währungsunion zusammen mit dem Aufbau einer Wirtschafts- und Finanzunion geboten?
- Wäre es möglich, Vertrauen in die Währung zu gewinnen, indem sich der Euro als Währungsbasis einer sozialen und ökologischen Gemeinwohl-Ökonomie entwickelt?

Werden diese Fragen nicht aufgegriffen, setzt sich bei den Wahlen zum Europa-Parlament möglicherweise der Trend zu einer gefährlichen Renationalisierung durch.<sup>29</sup>

Was die EU zwischenzeitlich mit Parlamentsbeteiligung an Finanzmarkt- und Bankenregulierungen sowie zuvor an Rettungspaketen im letzten Jahr alles eingeleitet hat, reicht jedoch auch kritischen und rührigen Abgeordneten wie Sven Giegold von den Grünen im Europaparlament (dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung) bei weitem noch nicht aus, um die weitere Krisengefahr als gebannt zu betrachten.<sup>30</sup> Bei allen beschlossenen Maßnahmen seien Halbherzigkeiten, Abstriche und Ausnahmen durch erkennbaren Lobby-Einfluss der Finanzmarktakteure an der Tagesordnung. Aktuell hat sich das Europa-Parlament Anfang Februar 2014 beim gemeinsamen Bankenabwicklungsmechanismus (SRM) deshalb gegen die Vorstellungen des deutschen Finanzministers Schäuble gestellt, der ein allzu langwieriges und bürokratisches Verfahren bevorzugt.<sup>31</sup> Auch in der Wochenzeitung „Die Zeit“ wird die Finanzmarktregulierung als „eine Chronik des Scheiterns“ kritisiert.<sup>32</sup> Das sieht der Präsident der deutschen Bundesbank Jens Weidmann anders, der auf dem deutschen Sparkassentag 2013 das Maßnahmenbündel aus Finanzmarktregulierungen, einheitlicher Bankenaufsicht (EZB) und Bankenhaftung

24 Studie des Sozialwissenschaftlichen Institutes WSI der Hans-Böckler-Stiftung von 2013

25 <http://www.eu-info.de/deutsche-europapolitik/umfragen-statistiken>

26 <http://www.wirtschaftundgesellschaft.de>

27 Berechnungen des Institutes für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), veröffentlicht bei der Bundeszentrale für politische Bildung.

28 Rangliste des TaxJusticeNetwork (TJN), [www.dw.de/steuerparadies-deutschland/a-17212834](http://www.dw.de/steuerparadies-deutschland/a-17212834)

29 Siehe hierzu Beitrag von Rudolf Hickel vom wissenschaftlichen Beirat von Attac in einem Kommentar für die taz vom 17.01.2014: „Untaugliche Erfolgsmeldung zur Eurorettung: Neue Krisen vorprogrammiert“.

30 <http://www.sven-giegold.de>

31 Aktuelle Infos des EU-Abgeordneten Sven Giegold via Mailingliste.

32 <http://www.zeit.de/2011/42/Banken-Regulierung-Europa>

sowie Abwicklungs- und Restrukturierungsmechanismen als insgesamt gelungen charakterisierte.<sup>33</sup> Ähnlich positive Einschätzungen findet man auch auf der Homepage des deutschen Bundesfinanzministeriums.<sup>34</sup> Auch das „Euroforum“ attestiert, dass es bereits gelungen sei, „die Finanzmarktregulierung an entscheidenden Stellen zu verbessern“<sup>35</sup>.

Wirkungsanalysen dieser Regelungen und Instrumentarien sowie der Praxistest beim nächsten Ernstfall stehen noch aus. Die Sorge der vielfach zur Kasse gebetenen Menschen bleibt nach den vielen Belastungsproben und Zumutungen deshalb zu Recht bestehen. Und auch auf den meisten anderen europäischen Politikfeldern sind die Defizite und Unzulänglichkeiten einer gemeinsamen europäischen Vorgehensweise allenthalben erlebbar (nicht zuletzt auch bei der menschenrechtswidrigen EU-Flüchtlingspolitik nach den Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer). Der „Global Risk Report 2012“ des WEF<sup>36</sup> benannte als folgenschwerste Risiken weltweit neben Nahrungs-, Wasser- und Umweltproblemen und dem Terrorismus die chronischen finanziellen Ungleichgewichte und die gravierenden Einkommensunterschiede. In diese Risikobereiche gleitet nun auch Europa ab. Europa – quo vadis?

## Szenarien zum Verfall oder zur Spaltung der EU und der Eurozone

Interessant sind in diesem Zusammenhang zwei aktuelle Analysen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung von 2012 und 2013<sup>37</sup> mit vier möglichen Szenarien für die künftige Entwicklung der EU unter dem Druck der Euro-Krise. Vorausgegangen war zunächst eine Serie von Konferenzen der Stiftung in diversen europäischen Ländern, bei der die Frage ausgelotet wurde, wie sich eine Krise auf den Staatenbund auswirken könnte. Demnach sei die Verdichtung zu einer „politischen Union“ wünschenswert, aber nicht wahrscheinlich. Eher sei mit der Bildung eines „Kerneuropa“ um das deutsche Zentrum herum zu rechnen, bei gleichzeitigem Fortbestand der EU in Gestalt einer größeren Freihandelszone. Hierbei sei mit einer ebenso dramatischen Verelendung der EU-Peripherie zu rechnen, wie das bei einem möglichen Totalzusammenbruch der Eurozone der Fall wäre. Ein solcher habe das Potenzial, die Feindseligkeiten zwischen den verschiedenen Regionen der EU, etwa zwischen Nord und Süd, auf neue Eskalationsstufen zu treiben. Die Ebert-Stiftung ruft in Erinnerung, dass der Zerfall staatlicher Bündnisse durchaus gewaltförmig enden kann (Beispiel Jugoslawien), so dass diese Gefahr ernst zu nehmen sei.

Die neue Analyse der Ebert-Stiftung von 2013 basiert auf zahlreichen Workshops und Diskussionsveranstaltungen

33 [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2013/2013\\_04\\_24\\_weidmann](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2013/2013_04_24_weidmann)

34 [http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Internationales\\_Finanzmarkt/Finanzmarktpolitik/Finanzmarktregulierung/finanzmarktregulierung.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Internationales_Finanzmarkt/Finanzmarktpolitik/Finanzmarktregulierung/finanzmarktregulierung.html)

35 [http://www.euroforum.de/news/Finanzmarktregulierung-als-Treiber-des-Umbruchs-im-Finanzsystem\\_95055](http://www.euroforum.de/news/Finanzmarktregulierung-als-Treiber-des-Umbruchs-im-Finanzsystem_95055)

36 <http://www.weforum.org/reports/global-risks-2013-eighth-edition>

37 [http://www.fes.de/inhalt/in\\_finanzkrise\\_is\\_publ.php](http://www.fes.de/inhalt/in_finanzkrise_is_publ.php)

staltungen im letzten Jahr in mehreren europäischen Staaten. Allgemein sei dabei „ein Bewusstsein für Deutschlands Stärke im Rahmen der EU“, aber auch „unausgesprochen eine Furcht vor Berlin“ spürbar gewesen.

### 1. „Durchwursteln“

In dem als „Durchwursteln“ bezeichneten ersten Szenario wird die aktuelle Krisenpolitik im Wesentlichen weitergeführt, d.h. regelmäßig gibt es Spardiktate, allenfalls leicht gemildert durch eine vorsichtige Wachstumspolitik. Die Krisenstaaten des südlichen Europa müssen weiterhin mit Rettungspaketen gestützt werden und es kommt in diesen Ländern aufgrund von Massenarbeitslosigkeit und Verelendung immer wieder zu Armutsunruhen. Weltpolitisch ist die EU durch die fortdauernde Krise empfindlich geschwächt und in ihrem Inneren finden Wanderungsströme aus dem perspektivlosen Süden in die Wohlstandszentren statt. (Eine Entwicklung, die Berlin inzwischen vorwegnimmt und mit der Forderung nach „Wiedereinreiseperrnen“ zu konterkarieren versucht). Auf Dauer ist so ein Durchwursteln nicht möglich, weil dann immer größere Unruhen in den Krisenstaaten zu Politikwechsel zwingen. Schon jetzt drängen einflussreiche Kreise in Deutschland immer stärker darauf, das Experiment Euro zu beenden, weil es für Berlin zu teuer würde.

### 2. Vollständige Fiskalunion

Als Erfolgsszenario wertet die Friedrich-Ebert-Stiftung dasjenige Szenario, in dem der Sprung in die vollständige Fiskalunion gelingt. Dabei würden sämtliche relevanten Kompetenzen an Brüssel übertragen, was zu einer weitgehenden Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaftspolitik führen würde, einschließlich Angleichung der Steuersätze und Harmonisierung der Sozialleistungen. Letzte Konsequenz wäre dann die Einführung einer umfassenden „politischen Union“. Aufgrund der dem entgegenstehenden nationalen Interessen rechnet die Ebert-Stiftung aber nicht mit dem Eintreffen dieses Szenarios, weil auch Deutschland eine Umverteilung seines Wohlstandes in die Krisenstaaten verhindern würde und auch nicht bereit wäre, zentrale Souveränitätsrechte (mit dauerhafter Gefährdung der deutschen Vormachtstellung) aufzugeben.

### 3. „Kerneuropa“ aus wohlhabenden Ländern

Als wahrscheinlicher wird deshalb das Szenario eines „Kerneuropa“ aus wohlhabenden Ländern gesehen, die die Fiskalunion vollenden und sich auf eine politische Union hin bewegen, umgeben von einer riesigen Freihandelszone (mit Wohlstandsgefälle und ökonomischem Desaster an der Peripherie), die somit geringen demokratischen Charakter aufwiese.

### 4. Auseinanderbrechen der Eurozone

Als viertes Szenario betrachtet die Ebert-Stiftung das Auseinanderbrechen zumindest der Eurozone mit Aufspaltung der gemeinsamen Währung, wenn es nicht gelingt, die Krise mit dem „Durchwursteln“ einzugrenzen. Dadurch würde der Zusammenhalt

der EU erodieren und protektionistische Maßnahmen den Freihandel in Frage stellen. Eine „Disintegration der EU“ mit nationalistischen Verhaltensweisen und separatistischer Abspaltung von reichen Regionen wie Katalonien oder Norditalien wäre evtl. die Folge. Aus der Konkursmasse einer zerfallenden EU würde Deutschland ein Maximum an ökonomischer und politischer Macht für sich zu retten versuchen.

Soweit die Szenarien, die zumindest das durchaus realistische Gefahren- und Krisenpotenzial anschaulich machen, das derzeit in der aktuellen Krisensituation schlummert. Natürlich gäbe es noch weitere und differenziertere Handlungsalternativen, die aber in der offiziellen Politik weniger virulent erscheinen als im Rahmen zivilgesellschaftlicher Think-Tanks. Hier ist bei aller artikulierter Kritik an der EU-Politik oft mehr europäische Gesinnung und Ideenpotenzial vorhanden mit Blick auf ein demokratisches, soziales, solidarisches, ökologisches, kulturelles und friedliches Europa als in der institutionellen EU oder bei den nationalstaatlichen Akteuren.

### Isst eine „Neubegründung“ Europas nötig?

Es ist deutlich erkennbar, dass Europa nicht nur in einer Euro-, Finanz- und Schuldenkrise steckt, sondern längst auch in einer grundlegenden sozialen, wirtschaftlichen, politischen, demokratischen und institutionellen Krise, wenn nicht sogar schon in einer regelrechten Existenz- oder Sinnkrise. Europa ist inzwischen eher geprägt von einer Vielfalt an nationalen Eigeninteressen. Es ist zunehmend zerklüftet. Darum wurde 2013 auf einem „EU-Alternativgipfel“ von Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren die Kampagne „Europa neu begründen“ gestartet mit der plakativen Forderung, die Krise „durch Solidarität und Demokratie zu überwinden“. Die Initiatoren halten der EU vor, dass schon vor der Krise die Weichen falsch gestellt wurden: durch die einseitig auf Geldwertstabilität fixierte Euro-Konstruktion und verfehlte Schulden- und Defizitkriterien, durch falsche wirtschaftspolitische Koordinierung und die sträfliche Vernachlässigung der Sozialunion.

Den Verantwortlichen wird u.a. vorgehalten: „Forciert wurde die Krise durch neoliberale Deregulierungspolitik und gewissenlose Gier der Finanzeliten, die gegen Krisenländer spekulieren und eine finanzmarktkonforme Politik erzwingen wollen. Mit dem neoliberalen Leitbild der Unterordnung unter die Dominanz der (Finanz-)Märkte trägt die EU nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Krise bei. Statt Politikfehler und Profitgier als Krisenursachen zu benennen, werden die Staatsdefizite zu einer (Sozial-)Staatsschuldenkrise umgedeutet, um eine desaströse Politik zu legitimieren“<sup>38</sup>. Weitere Kritikpunkte der Initiative sind: Öffentliche Ausgaben sowie Arbeits- und Sozialeinkommen werden durch europäische Vorgaben radikal gekürzt, Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnern werden die Kosten der Bankenrettung aufgebürdet. Dabei folgen vor allem die wirtschaftliche Steuerung

38 Siehe <http://www.europa-neu-begrunden.de>

(„Economic Governance“) und der von der deutschen Regierung durchgedrückte Fiskalpakt einer Agenda, die die politische und soziale Demokratie in den Mitgliedstaaten irreparabel zu beschädigen droht. Auch der Abbau der sozialen Besitzstände wird als Konsequenz dieser Entdemokratisierung gesehen.

Dieser Analyse der als verantwortungslos bezeichneten Politik folgen eine Reihe von konstruktiven und diskussionswürdigen Vorschlägen etwa zur Geldpolitik, zur Besteuerung, zur Entkoppelung der Staatsfinanzen von den Kapitalmärkten, sowie zur Regulierung der Finanzmärkte und des Bankensektors. Klar ist: Mit der geforderten „Neubegründung“ Europas können nur viele Veränderungs- und Entwicklungsschritte gemeint sein, denn man kann die bestehende EU nicht einfach als Ganzes beenden und in kürzester Zeit wieder etwas ganz Neues aufbauen wie ein Gebilde in einem Sandkasten.

Vor allem stellt sich dabei die Frage, wie und auf welchem Wege sowie durch wen ein Kurswechsel demokratisch erreicht werden kann. Der bereits zitierte EU-Kritiker Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider vom Lehrstuhl für öffentliches Recht der Universität Erlangen-Nürnberg drückte bei einem Vortrag in Prag seine generellen Bedenken so aus: „Soweit das geeinte Europa demokratisch, rechtsstaatlich, sozial und föderativ ist, dem Grundsatz der Subsidiarität folgt und die Menschenrechte, sowohl die liberalen als auch die sozialen und auch die ökologischen, achtet, ist die Integration in ein solches Europa nicht zu kritisieren. Der wesentliche Grund dafür ist deren demokratisches Defizit, das wegen der Größe dieses Bundesstaates unüberwindbar ist.“<sup>39</sup> Man darf seine Zweifel haben, ob diese Prinzipien bei der AfD, für die sich Schachtschneider heute einsetzt, in guten Händen sind. Um so mehr ist und bleibt die Demokratiefrage eine aktuelle und zentrale Frage für die Zukunft Europas, innerhalb derer sich das Krisenmanagement zu bewegen hat.

### Ablenkende Militär politik statt Debatten über den Kurs zur Krisenbewältigung

Eine wirkliche Debatte über die EU, ihren weiteren Kurs und ihre Fehler bei der „Euro-Rettung“ gab es in Deutschland weder bei der Bundestagswahl noch spielten diese Themen in den Koalitionsverhandlungen oder in der Regierungserklärung der deutschen Kanzlerin eine angemessene Rolle. Stattdessen fühlten sich der deutsche Außenminister Steinmeier und die Verteidigungsministerin von der Leyen in Übereinstimmung mit dem deutschen Bundespräsidenten Gauck auf der 50. Internationalen „Sicherheitskonferenz“<sup>40</sup> (bei der es in erster Linie um militärpolitische und

39 <http://www.kaschachtschneider.de/>

40 Bei der seit 1963 jährlich stattfindenden „Wehrkundetagung“ im Münchener Hotel „Bayrischer Hof“ handelt es sich um eine privat von „Transatlantikern“ organisierte internationale Veranstaltung von Sicherheitspolitikern, hohen Militärs und Rüstungsindustriellen als weltweit größtes Treffen dieser Art, später umbenannt in „Internationale Sicherheitskonferenz“, obwohl keine regierungsamtliche Veranstaltung. Dieser Anschein wird aber geweckt durch Einladung ranghoher Politiker.

rüstungsindustrielle Interessen geht) in München berufen, für Deutschland als „wirtschaftsstärkste, führende Macht in Europa“ künftig außenpolitisch, weltpolitisch und militärisch eine stärkere Rolle und einen „Mentalitätswechsel“ zu reklamieren – wie zuvor schon in einem „außenpolitischen Strategiepapier“ der großen Koalition artikuliert. Unmissverständlich kommt darin zum Ausdruck, dass sich Deutschland von seiner „Kultur der Zurückhaltung“ infolge der Kriegsschuld verabschieden und eine stärkere Führungsrolle in und für Europa einnehmen will, nicht zuletzt auch bei der Ausweitung gemeinsamer EU-Militärinterventionen<sup>41</sup> – auch aufgrund der globalen wirtschaftlichen Interessen Europas. Daraus folgt der Anspruch „stärkerer Mitgestaltung der globalen Ordnung“ sowie „weltweiter Interventionen jeglicher Art“.<sup>42</sup>

Gedacht ist etwa auch an den Einsatz der EU-Battle Groups, einem 2004 eingerichteten gemeinsamen EU-Kampfverband in Bataillonsstärke für schnelle Soforteinsätze zur Krisenintervention innerhalb von wenigen Tagen. Wolfgang Ischinger, Leiter der sogenannten „Internationalen Sicherheitskonferenz“, bezeichnete die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik als sicherheitspolitischen „Weckruf an Europa“ und lobte den „deutschen Befreiungsschlag“<sup>43</sup>. Diese militärischen Planspiele und „Weltmacht-Allüren“ der „europäischen Führungsmacht“ wurden von manchen Medien als Paradigmenwechsel in der deutschen Europapolitik und Weltpolitik gefeiert. Der Bundespräsident wurde für seine „klare außenpolitischen Richtungsvorgabe“ ausdrücklich gelobt, obwohl er damit auch auf heftige inhaltliche Kritik stieß, auch aufgrund der Überschreitung seiner Kompetenzen. Indessen lehnen 68% der deutschen Bevölkerung laut Umfragen<sup>44</sup> weitere militärische Auslandseinsätze ab, zumal eine weltweit eingesetzte Interventionsarmee kaum mit unserem Grundgesetz in Einklang zu bringen sein dürfte, wo von dem eng eingegrenzten Begriff der Landesverteidigung<sup>45</sup> die Rede ist. Allen diesen Zweiflern möchte der Bundespräsident nach seinen Worten ein „Wissen um Deutschlands Stärke und Verantwortung vermitteln“. Er will sie „zu einem

neuen Nationalbewusstsein führen“.<sup>46</sup> Eine solche Neuausrichtung der deutschen Militär- und Außenpolitik erfordert europaweit zuvor eine grundlegende Debatte in Parlament und Gesellschaft.

Zwischenzeitlich ist Deutschland weltweit größter Waffenlieferant nach Amerika und Russland<sup>47</sup> (trotz weltweitem Umsatzrückgang der Rüstungsindustrie um 4,2%)<sup>48</sup> sowie zweitgrößte Exportnation, Kopf an Kopf mit China<sup>49</sup>. In Europa ist Deutschland die führende Wirtschaftsmacht. Die Kanzlerin wird in der internationalen Presse als „mächtigste Frau der Welt“ gehandelt.<sup>50</sup> Angeblich erwarten die anderen Staaten als Konsequenz eine stärkere weltpolitische Einmischung und Führungsrolle vom „Drückeberger“ Deutschland, das nicht länger „militärischer Zwerg“ bleiben könne. Offensichtlich fällt es den Genannten somit leicht, die deutschen Zurückhaltung, 100 Jahre nach Ausbruch des ersten Weltkrieges und fast 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges und des Holocaust, zu beenden und mit „Mentalitätswandel“ zu umschreiben.

Der amerikanische Außenminister Kerry forderte zudem die deutschen Regierungsvertreter am Rande der Münchener Sicherheitstagung unmissverständlich auf, den Worten in München nun auch Taten folgen zu lassen, wenn es ans Bezahlen der Rüstungsgüter und um das Aufstocken des Rüstungsetats gehe.<sup>51</sup> Schon lange erwarten die USA, aber auch Frankreich und Großbritannien, finanzielle Entlastungen und Kompensation durch Deutschland. Damit kommen neue Aufgaben, vor allem aber unabsehbare Zahlungsverpflichtungen und auch neue Risiken, auf Deutschland als dem dominierenden „europäischen Krisenmanager“ zu, der demnächst auch verstärkt an internationalen Krisenherden auftreten soll. Für die Zukunft Europas trägt Deutschland somit die Bürde einer immer größeren Gesamtverantwortung.

- Hat es auch das notwendige Ideen- und Gestaltungspotenzial dazu bis hin zu einer europäischen Vision?
- Und hat es dazu ein Mandat der Bevölkerung?

## „Europa neu denken“ – Themen und Kampagnen im Europawahlkampf

Als die kontroverse öffentliche Debatte um die Neuausrichtung der Militär- und Außenpolitik lief und von

41 Siehe dpa-Berichterstattung vom 1.02.2014 in diversen Tageszeitungen sowie [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), ferner „German-Foreign-Policy.Com“ (Informationen zur deutschen Außenpolitik) und Deutsche Welle, [www.dw.de/deutschlands-fuehrungsrolle-in-der-welt/a-15717207](http://www.dw.de/deutschlands-fuehrungsrolle-in-der-welt/a-15717207)

42 Tagesspiegel vom 05.11.2013 sowie Koalitionsvertrag „Deutschlands Zukunft gestalten“.

43 Deutsche Welle, a.a.O. Wolfgang Ischinger war Mitarbeiter bei UN-Generalsekretär Waldheim, enger Mitarbeiter von Außenminister Genscher, später Staatssekretär im Auswärtigen Amt und danach deutscher Botschafter in den USA und in Großbritannien.

44 U.a. ZDF-Barometer

45 Was die Einsätze im Ausland betrifft, sieht Artikel 24, Absatz 2, GG zwar eine Beteiligung an „Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ wie der NATO und den Vereinten Nationen (UN) vor. „Innerhalb dieses Rahmens, aber eben auch nur dort, sind auch bewaffnete Einsätze im Ausland erlaubt. Von einer bewaffneten Nothilfe jenseits dieses Rahmens weiß das Grundgesetz nichts. Auch für einen Einsatz der Soldaten im Inland hat das Grundgesetz die Grenzen eng gezogen. Nach Artikel 35 Absatz 2 kann die Bundeswehr unter Umständen bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücken eingesetzt werden, aber: „Terroristische Angriffe stellen keinen ‚Unglücksfall‘ im Sinne dieser Vorschrift dar.“ Und auch die in Artikel 91 und 87a beschriebenen Einsatzfälle erfassen keineswegs sämtliche vorstellbaren Terrorszenarien.

46 <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>; Redetext des Bundespräsidenten auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 sowie darauf diverse bezogene Interview-Äußerungen.

47 Stockholmer Friedensinstitut Sipri: [http://www.t-online.de/wirtschaft/unternehmen/id\\_67702596/neue-sipri-liste-das-sind-die-groessten-ruestungshersteller-der-welt.html](http://www.t-online.de/wirtschaft/unternehmen/id_67702596/neue-sipri-liste-das-sind-die-groessten-ruestungshersteller-der-welt.html)

48 taz vom 3.02.2014

49 Statistik-Portal und Bundesforschungsministerium: <http://www.bmbf.de/>

50 Forbes-Liste, zitiert u. a. in <http://www.welt.de/politik/deutschland/article116427584/Angela-Merkel-bleibt-die-maechtigste-Frau-der-Welt.html>

51 Berichte und Kommentare in diversen deutschen Tageszeitungen von Anfang Februar

den eigentlichen (ungelösten) Krisen der EU ablenkte, zog zeitgleich der Präsident des EU-Parlamentes Martin Schulz als deutscher Spitzenkandidat der Sozialdemokraten für das Europaparlament mit dem zivilgesellschaftlichen Slogan in den Wahlkampf: „Europa neu denken.“ Wenn in diesem Jahr erstmalig das EU-Parlament den Nachfolger des ausscheidenden EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso auf Vorschlag des Europäischen Rates mit absoluter Mehrheit wählen darf, gilt Martin Schulz als aussichtsreicher Bewerber für dieses Amt. Auf seiner Homepage wird er aufgrund der Kompetenzstärkung seitens des EU-Parlamentes als „Revolutionär“ und „glaubwürdiger und authentischer Idealist“ dargestellt.<sup>52</sup> Er bezeichnet die europäische Integration als das „größte Zivilisationsprojekt des 20. Jahrhunderts“. Als konservativer Gegenkandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten geht der luxemburgische Ex-Ministerpräsident Jean Claude Juncker als „dienstältester Staatschef in Europa“ ins Rennen, der auch die Unterstützung der deutschen Kanzlerin hat.<sup>53</sup>

Die Wahlchancen der Bewerber für das Amt als Spitzenbeamter der EU-Kommission hängen aber vom Ausgang der 8. Europawahl in diesem Jahr in den 28 Mitgliedsstaaten (mit 506 Mio. Einwohnern und ca. 400 Mio. Wahlberechtigten) ab und damit von der politischen Zusammensetzung des neuen EU-Parlamentes und seinen Mehrheitsverhältnissen. Zu vergeben sind insgesamt 751 Sitze, davon 96 für Abgeordnete aus Deutschland.<sup>54</sup> Das Wahlverfahren richtet sich in Deutschland nach dem Europawahlgesetz, wonach bloße Listenwahl mit nur einer Stimme erfolgt, es gibt also keine Direktkandidaten und Wahlkreise. Das Bundesverfassungsgericht hat am 26. Februar die 3%-Sperrklausel in Deutschland gekippt, was auch die Chancen für kleinere Parteien und Gruppierungen erhöht.

Das Straßburger EU-Parlament, das nach eigener Einschätzung „zu einer einflussreichen Volksvertretung herangewachsen ist“, hatte schon ab September 2013 eine Informationskampagne zur Wahl gestartet (für 16 Mio. € mit einem Kampagnenfilm)<sup>55</sup> unter dem Motto: „HANDELN. MITMACHEN. BEWEGEN“. In vier Phasen werden fünf zentrale Themen vermittelt: Die Befugnisse des EU-Parlamentes und seine Bedeutung für die EU-Bürger und Bürgerinnen sowie Wirtschaft / Arbeitsplätze / Lebensqualität / Geld und die Rolle der EU weltweit.<sup>56</sup> Ob allein eine solche Kampagne zu einer größeren Wahlbeteiligung beizutragen vermag, sei dahingestellt. Es wird sich zeigen, ob das Themenspektrum den Bürgerinnen und Bürgern reicht oder ob sie nicht lieber die Krisen thematisieren wollen, vor allem aber die Chancen und Perspektiven für die Menschen in den wirtschaftlich und sozial abgerutschten „Verlierer-Länder an der Peripherie“. Wie bereits erwähnt, formiert sich im Wahljahr eine

breite Front anti-europäischer Kräfte. Um eine Debatte über Ursachen und Folgen der Krise kommt die Politik nicht umhin, aber es fehlt so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit und europäische Medien für einen derartigen unverzichtbaren gesellschaftlichen Diskurs, der parlamentarischen Entscheidungen stets vorausgehen muss. Somit bleibt es oft bei einseitigen „Aufklärungskampagnen von oben“ ohne Beseitigung des Demokratiedefizites.

## Zur Gestaltungsmacht des EU-Parlamentes und seiner Beschränkung

Den wenigsten EU-Bürgern und Bürgerinnen dürfte überdies so recht klar sein, dass ihr EU-Parlament – das immerhin die Interessen von über 500.000 EU-Bürgern und Bürgerinnen vertritt – zwischenzeitlich zwar eine Fülle an erweiterten Anhörungs-, Mitwirkungs- und Beteiligungsrechten auch in Personal- und Haushaltsfragen etc. erkämpft und (seit dem Lissabonner EU-Reform- oder Grundlagenvertrag von 2009)<sup>57</sup> erhalten hat. Es besitzt aber nicht die eigentliche Kernkompetenz eines Parlamentes zur Gesetzesinitiative und zum alleinigen Beschließen von Gesetzen, und verfügt auch nicht über allzu weitreichende Kontrollrechte; es ist allenfalls „gleichberechtigt“ mit der Recht setzenden Exekutiv-Kommission. Ein wirklicher Parlamentarismus würde die EU zum existenziellen Staat machen. Von vielen wird eine solche „politische Union“ als Schritt in Richtung europäischer Bundesstaat gefordert – was aber quasi einen einheitlichen Souverän voraussetzt, welcher das Parlament wählt. Im noch bestehenden Staatenbund wird die Rechtsetzung in der EU im Wesentlichen von der Kommission mit dem machtvollen Beamtenapparat unter großem Lobby-Einfluss betrieben.<sup>58</sup> Die meisten Rechtssetzungsakte der EU können nur von den nationalen Parlamenten legitimiert und verantwortet werden; das EU-Parlament kann deren Legitimation allenfalls stützen.

Die nationalen Parlamente, deren Einfluss auf Vorschläge der EU-Kommission durch den Lissabonner Reformvertrag ebenfalls erweitert wurde, können aber das Defizit an Demokratie nicht decken oder ausgleichen, denn längst ist die EU von einem zwischenstaatlichen Bündnis zum eigenständigen Träger öffentlicher Gewalt geworden.<sup>59</sup> Kritiker halten deshalb das freiheitliche Prinzip der Gewaltenteilung in der EU so gut wie aufgehoben.<sup>60</sup> Der Mangel an europäischer Demokratie in der exekutivlastigen EU muss behoben werden. Dafür ist eine Stärkung des Europäischen Parlamentes, d.h. die Vergrößerung seiner parlamentarischen Befugnisse notwendig. Ein wichtiger Schritt wäre auch die Umwandlung des Europäischen Rates der Regierungen in eine Kammer der nationalen Parlamente, analog dem deutschen Bundesrat, wie sie Mehr Demokratie

52 <http://www.martin-schulz.info/>

53 Laut dpa-Meldung vom 8. Februar 2014

54 Siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl\\_2014](http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl_2014)

55 <http://future.arte.tv/de/was-erwartet-europa-im-jahr-2014>

56 Homepage der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

57 Der Vertrag auf einen Blick: [http://europa.eu/lisbon\\_treaty/glance/index\\_de.htm](http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm)

58 Karl A. Schachtschneider, a.a.O.

59 Dieter Grimm (Verfassungsrichter) im SPIEGEL Nr. 43/1992

60 Bundesverfassungsgericht im sogenannten Maasricht-Urteil

e.V. vorgeschlagen hat. All das alleine genügt aber noch nicht. Parlamentarische Formen alleine (ohne begleitende öffentliche gesellschaftliche Debatte mit Interessenartikulation und Basisdemokratie) gewährleisten noch keine demokratische Substanz, bei der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Immerhin lässt der Lissabonner Reformvertrag zusätzlich ein Europäisches Bürgerbegehren bei Vorliegen von 1 Mio. Unterschriften aus mehreren Mitgliedsstaaten zu. Davon hat unter anderem ELIANT erfolgreich Gebrauch gemacht in dem Bemühen, die Wahlfreiheiten und -möglichkeiten für zentrale Lebenswerte sicherzustellen.<sup>61</sup> Das mag als ein Beispiel für „positiven Lobbyismus“ zugunsten des Allgemeinwohls betrachtet werden, wiewohl das Begehren keinen Bürgerentscheid nach sich zieht. „Wie eine Krake breitet“ sich hingegen der allgegenwärtige Lobbyismus zugunsten von Konzern- und Partialinteressen am Standort Brüssel aus, der auch vor den Abgeordneten in Straßburg nicht Halt macht: Die Organisation Lobbycontrol hat 2013 ermittelt, dass, ähnlich wie im Bundestag, auch die Abgeordneten im Europa-Parlament in erheblichem Umfang bezahlte Nebentätigkeiten ausüben (50% der CDU/CSU-Abgeordneten, 17% der SPD-Abgeordneten)<sup>62</sup>, ohne die damit verbundenen Interessenkonflikte transparent zu machen.

Weiterhin erscheint das Europaparlament zwangsläufig als ein „Pseudo-Parlament“, zumindest aber als ein seltsames „Zwitterwesen“. Immerhin hat das EU-Parlament im November 2013 durch eine Parlamentsinitiative des Abgeordneten Gerald Häfner durchgesetzt, dass es selber anstelle der Nationalstaaten entscheiden darf, ob es den „teuren Wanderzirkus“ zwischen den Standorten Straßburg und Brüssel länger mitmacht.<sup>63</sup> Dieses (berechtigte) Eigeninteresse der Parlamentarier dürfte jedoch die Bevölkerung nur am Rande interessieren, auch wenn es der vielfach kritisierten Geldverschwendung entgegenwirkt und die politische Interessenvertretung gegenüber der wenig geliebten Brüsseler Zentrale stärkt. Dem europäischen Parlament fehlt es aber nicht nur deshalb an Legitimationskraft, weil es kein wirkliches Parlament ist, sondern weil auch die auffällig geringe Wahlbeteiligung seit jeher die Legitimationsbasis schwächt.

## Sinkendes Interesse europäischer Wahlbürger an der EU-Wahl

Zur Krise Europas gehört auch die niedrige und stetig sinkende Wahlbeteiligung bei den Europawahlen als Ausdruck der Haltung der EU-Bürgerinnen und Bürger zu den demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Seit den ersten direkten Europawahlen 1979 ist die anfängliche Wahlbeteiligung von durchschnittlich 63% (66% in Deutschland) von Mal zu Mal kontinuierlich um 1 bis 2% gesunken und lag 1999 erstmalig

unterhalb von 50% (in Deutschland sogar nur bei 45%). Danach ging es weiter abwärts bis auf 43% (46% in Deutschland) bei der letzten Europawahl 2009. Der EU-Durchschnitt lag 1979 bei lediglich 43%. In mehreren Beitrittsländern Osteuropas dümpelt die Wahlbeteiligung um die 20%, im traditionell Europa-skeptischen Großbritannien selten über 30%.<sup>64</sup> Damit stellt sich massiv die demokratische Legitimationsfrage für das EU-Parlament, auch wenn es Einschätzungen gibt, dass die Krise das Interesse an Europa und den diesjährigen Wahlen gestärkt habe, allerdings mit Stärkung der Kräfte am extremen rechten und linken Rand als Nutznießer.<sup>65</sup> Nur die wenigsten Wahlbürger dürften jedoch momentan die genauen Macht- und Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament kennen sowie die dortigen Fraktionen mit ihrer Sitzverteilung und die länderübergreifenden Allianzen.

In der derzeitigen Zusammensetzung des Europaparlamentes mit insgesamt 736 Abgeordneten und 7 Fraktionen werden 60% der Sitze allein von den beiden größten Fraktionsbündnissen eingenommen. Die stärkste Fraktion mit 265 Sitzen ist die Europäische Volkspartei (EVP) als Zusammenschluss christdemokratischer und konservativer Nationalparteien (einschl. CDU/CSU), gefolgt von der Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) einschl. der deutschen SPD mit 184 Abgeordneten (unter Einschluss der italienischen Mitte-Links-Partei). Es folgt die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) einschl. der deutschen FDP mit 84 Abgeordneten, dann die Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) einschl. der deutschen Grünen mit 55 Sitzen. Die Fraktion Europäische Konservative und Reformen (ECR) hat 54 Mandate und die Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) aus Ex-Kommunisten, Linkspartei und radikal-linken Grünen hat 35 Abgeordnete einschließlich der Abgeordneten der deutschen Linkspartei. Schlusslicht bildet die europaskeptische Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie/EFDD“ mit 32 Mitgliedern. Bei der deutschen Sitzverteilung der insgesamt 99 Mandate entfallen 42 auf die CDU/CSU, 22 auf die SPD, 14 auf die Grünen, 12 auf die FDP und 8 auf die Linkspartei.<sup>66</sup>

Eine Wahlprognose der „europäischen Föderalisten“<sup>67</sup> für die Verteilung der künftig 751 Sitze (davon nur noch 96 für Deutschland) in 2014 geht von Einbußen für die konservative EVP um ca. 50 Sitze. Für die Sozialisten (S&D) prognostiziert man einen Zugewinn von ca. 30 Sitzen, bei den Liberalen (ALDE) einen Verlust eines Dutzends Mandaten, ebenso bei den konservativen Reformern (ECR), bei den Grünen (G/EFA) von minus 15 Sitzen, bei den Linken einen Zuwachs von fast 20 Sitzen; die Europaskeptiker (EFDD) würden um ca. 7 Sitze wachsen. Die Sozialisten könnten im EU-Parlament stärkste Kraft werden und die konser-

61 Siehe Broschüre: „Bürgerengagement für Europa“, Hrsg. Götz Werner, Karlsruhe

62 [www.lobbycontrol.de/2013/nebeneinkuenfte-im-eu-parlament](http://www.lobbycontrol.de/2013/nebeneinkuenfte-im-eu-parlament)

63 siehe: <http://www.geraldhaefner.de/2013/11/historische-abstimmung-in-strassburg/>

64 Bundeswahlleiter und EU-Archiv

65 <http://diepresse.com/home/politik/eu/1433695/Politischer-Umbruch-bei-Europawahl-2014>

66 [http://www.bdi.eu/download\\_content/Marketing/Broschuere\\_EU\\_Parlament\\_2009-2014.pdf](http://www.bdi.eu/download_content/Marketing/Broschuere_EU_Parlament_2009-2014.pdf)

67 [foederalist.blogspot.de/2013/12/umfragen-zur-europawahl-2014-eine.html](http://foederalist.blogspot.de/2013/12/umfragen-zur-europawahl-2014-eine.html)

vative Europäische Volkspartei verlieren, obwohl sie weiterhin stärkste Fraktion wäre. In Deutschland prognostiziert man der CDU wieder um 42 bis 43% (andere Prognosen nur knapp 38%), der SPD einen Stimmenanteil in einem Korridor von 15 bis 25% (aktuelle Prognosen eher bei 21 bis 27%, für die Grünen bis zu 12%).<sup>68</sup> Das Institut Infratest dimap<sup>69</sup> ging im Februar 2014 von 41% für die Union, 27% für die SPD sowie je 9% für Grüne und Linke aus. (Die AfD bekäme 5% und die FDP 4%). Die Wahlbeteiligung läge wieder bei 43%. Insgesamt besteht in Europa die Sorge um Protestwähler von ganz rechts und ganz links. So werden der rechtsextremen EU-feindlichen Front National in Frankreich 24% (als damit stärkster Partei in Frankreich) vorausgesagt,<sup>70</sup> gefolgt von der konservativen UMP mit 22%, abgeschlagen die Sozialisten mit nur 19%.

Das nächste Europaparlament, zu dessen Wahl fast 400.000 Wahlberechtigte aufgerufen sind, wird also deutlich Europa-skeptischer. Und das gewählte Parlament kann sich dann weiterhin nur in dem zuvor beschriebenen Rahmen bewegen, ohne echte Gesetzgebungskompetenz. Dennoch darf man seinen gewachsenen Einfluss und seine politische Funktion bei der Entscheidungsfindung und öffentlichen Meinungsbildung nicht unterschätzen – vielleicht erfolgt zugleich auch ein vorsichtiger Politik-Wandel unter einem neuen EU-Kommissionspräsidenten?

### Zunehmende Entfernung der EU von den Bürgerinnen und Bürgern

Das Europa der Regierungs-, Wirtschafts- und Finanzmarktinteressen scheint weiter denn je von einem Europa der Bürgerinnen und Bürger entfernt. Das zeigen auch die aktuellen Auseinandersetzungen um das umstrittene EU-Freihandelsabkommen mit den USA, das auch die deutsche Regierungskoalition trotz der Einwände aus der Zivilgesellschaft schnellstmöglich verhandelt und unterzeichnet sehen möchte (siehe hierzu Beiträge in den vorherigen Heften 3/2013 und 4/2013 sowie den aktuellen Artikel an anderer Stelle dieses Heftes). Diese bislang unter Ausschluss der Öffentlichkeit laufenden Verhandlungen (unter Einbeziehung von Lobbyisten und Konzernvertretern) hat der für Handelsfragen zuständige belgische EU-Kommissar Karel de Gucht während des Europa-Wahlkampfes lediglich für den strittigsten Teil (Investitionsschutz für Konzerne mit Klagerecht vor Schiedsgerichten) ausgesetzt, damit es nicht zum unerwünschten Hauptwahlkampfthema wird. Obwohl ursprünglich nicht geplant hat er nun zugesagt, der Öffentlichkeit darüber Informationen zu liefern. Ansonsten werden die Verhandlungen mit Nachdruck weitergeführt.

Deshalb werden auch die kritischen Diskussionen unter den EU-Bürgern über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA im

68 <http://www.rp-online.de/politik/eu/europawahl-klarere-sieg-fuer-schwarz-gelb-aid-1.477643>

69 <http://www.infratest-dimap.de/>

70 <http://future.arte.tv/de/was-erwartet-europa-im-jahr-2014>

Wahlkampf weitergehen. Insbesondere die Frage, ob große Konzerne mittels Klagen gegen Staaten vor nichtöffentlichen Schiedsgerichten der WHO gültige Gesetze etwa zum Verbraucherschutz, Umweltschutz oder Arbeitnehmerschutz aushebeln und die Steuerzahler (außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit) zu Schadenersatzzahlungen für entgangene Profite verpflichten können, ist von zentralem Interesse. Auch hier würde gewissermaßen „Wettbewerb über Demokratie siegen“, passend zur Fehlentwicklung der EU.

Dies ist eines von vielen Beispielen für die bevorzugte Hinterzimmer-Politik der EU-Kommission (wie zuvor schon beim Lissabon-Vertrag, beim Urheberrechtsabkommen ACTA, bei der Konzessionsrichtlinie mit dem Streitpunkt der Wasserprivatisierung, bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie usw.). Stets mussten Zivilgesellschaft und anschließend das Europaparlament ihre frühzeitigen Beteiligungsrechte oder Änderungen erkämpfen und öffentliche Transparenz statt Geheimhaltung einfordern. Solch ein Vorgehen schafft kein Vertrauen in die Entscheidungsstrukturen in Brüssel, die exekutivlastig angelegt sind und eklatante Demokratie-Defizite erkennen lassen. Die Bürgerinnen und Bürger haben deshalb keine besonderen Erwartungen in Verbindung mit der Europa-Wahl.

Diesem demokratischen Missstand und Defizit setzt die bereits erwähnte Initiative „Europa neu begründen“ konkrete Vorschläge entgegen: „Europa braucht eine Demokratieoffensive. Als abgehobenes Elite-Projekt hat die EU keine gute Zukunft. Politische Weichenstellungen dürfen nur unter strikter Beachtung europäischer Verträge und Institutionen getroffen werden. Die Regierungen haben kein Mandat, Krisenpolitik an den Parlamenten vorbei zu betreiben. In Kernfragen Europas müssen die Bevölkerungen befragt werden. Europa muss sich neu begründen! Der Einigungsprozess braucht eine neue identitätsstiftende Leitidee. Immer mehr Menschen verbinden mit Europa Staatsschulden, Sozialabbau und Bürokratie. Sie entziehen der EU Sympathie und Zustimmung. Soll Europa eine Zukunft haben, muss aktiv um die Zustimmung und Zuneigung der Menschen geworben werden. In einer europäischen Öffentlichkeit müssen sich die Akteure über eine Leitidee für ein soziales und demokratisches Europa verständigen. Wir plädieren für eine europäische soziale Bürgerbewegung, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Pfadwechsel antritt“.<sup>71</sup>

### Realistische Alternativen und Initiativen für „ein anderes Europa von unten“

Europa – wohin? Diese Frage stand wiederholt auf Tagungseinladungen und in Aufsätzen des Dreigliederungsnetzwerkes mit dem Versuch, herauszuarbeiten, dass „ein anderes Europas möglich“ ist.<sup>72</sup> Schon vor

71 [www.europa-neu-begruenden.de](http://www.europa-neu-begruenden.de)

72 (ergänzt z.B. auch um „Sieben Thesen zur nachhaltigen Zukunft Europas – Beitrag zu einem europäischen Leitbild“ [Rundbrief Dreigliederung Nr. 2/2005].) Auch die eingangs erwähnten Lösungsansätze und der Handlungsrahmen für eine mögliche Krisenbewältigung sind diskussionswürdig und noch weiter entwicklungsfähig.

der letzten Europawahl 2009 gab es von verschiedener Seite Szenarien etwa unter dem Motto: „Europa neu erfinden“.<sup>73</sup> Und „Mehr Demokratie e.V.“ kämpft unter dem Motto „Europa – nicht ohne uns“ weiterhin für einen europäischen Bürgerkonvent, um schrittweise eine demokratischere Weiterentwicklung der Europäischen Union zu erreichen. Dazu gehört auch die erfolgreiche EU-Wahlrechtsklage gegen die 3%-Hürde bei den Europawahlen.

Ein „Europa von unten“ ist auch das Ziel der Kampagnen von Attac, die den politischen Einigungsprozess in Europa unter sozialen, ökologischen und demokratischen Blickwinkeln begleiten.<sup>74</sup> „Europa menschen- und zeitgemäß gestalten“ war 2013 das Thema eines Kolloquiums des Internationalen Kulturzentrums Achberg. Im Januar 2013 legte der „Initiativkreis Demokratiekonferenzen“ eine „Charta für ein Europa der Regionen“ vor, um Wege zur Selbstbestimmung auf freiheitlicher und demokratischer Grundlage aufzuzeigen und das Subsidiaritätsprinzip stärker einzufordern. In gleiche Richtung zielten auch die Veranstaltungen des Forums integrierte Gesellschaft zum Jahresende 2013, zu denen Kai Ehlers eingeladen hatte. Doch in Brüssel sind trotz der Europawahl keine wirklichen Kurskorrekturen, geschweige denn „Runderneuerungen“ oder gar ein etwaiger „Neubeginn“ mit „Aufbruchsstimmung und Visionen“, erkennbar, auch wenn das rührige Europa-Parlament von seinen geringfügig erweiterten Beteiligungsrechten rege Gebrauch macht und demnächst ein neuer Kommissionspräsident an die Spitze gewählt wird. Mehr denn je sind also europaweite Bündnisse der Zivilgesellschaft vonnöten, die im Zusammenspiel mit progressiven Kräften im Europa-Parlament ein gesamteuropäisches Veränderungsprojekt auf die Beine stellen.

Dabei sollte sich niemand davon abschrecken lassen, dass Kritik an politischen Fehlentwicklungen oder an bestehenden Missverhältnissen und Strukturen in der EU immer gleich als „anti-europäische“ oder gar „rückwärtsgewandte nationalistische Haltung“ diffamiert wird, wie etwa seinerzeit bei den EU-Verfassungskritikern in Frankreich, den Niederlanden und in Irland. Dem möchte man am liebsten entgegenen: Die wahren Europa-Gegner sitzen in Brüssel, die ein Europa „ohne uns“ wollen und die Europa und die europäische Idee mit ihrer Krisenpolitik an den Abgrund gebracht haben. – Mit dieser Bemerkung soll allerdings nicht einem undifferenzierten Freund-Feind-Schema der Befürworter und Gegner das Wort geredet werden, denn die Grenzen sind fließend und die Standpunkte vielfältig. Aber es stellt sich sehr wohl die Grundsatzfrage:

- Erstreben wir vorrangig ein Europa der Märkte und des Wettbewerbs oder ein soziales Europa der Menschen?
- Wollen wir ein kommerzielles oder ein kulturelles und zivilisiertes Europa?

<sup>73</sup> Siehe Zeitschrift „NOVOArgumente für den Fortschritt“

<sup>74</sup> <http://www.attac.de/themen/europa/>

Deshalb stehen wir jetzt an einem Scheideweg bzw. an einem Entscheidungspunkt: Die europäische Bürgergesellschaft, die erst noch öffentlich als solche in Erscheinung treten muss, ist die wahre pro-europäische Bewegung, die „ein anderes“ Europa“ nachhaltig und demokratisch gestalten kann (wenn sie sich zugleich als europäische Kulturbewegung versteht). Mit dieser realistischen Erkenntnis und Zielsetzung sollten Initiativen gestartet werden – aber nicht als populistisch-blinder Aktionismus, sondern mit fundierten inhaltlichen Alternativen und mit Ausdauer, Kreativität und sozialer Phantasie.

### Kulturelle Vielfalt für ein zukunftsfähiges Europa

Der Präsident des Deutschen Kulturrates Christian Höppner sagte im Januar 2014 auf einer deutsch-französischen Konferenz über Daseinsvorsorge und EU-Binnenmarkt: „Mit Transparenz und Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei maßgeblichen Weichenstellungen der europäischen Zukunftsgestaltung ließe sich ein Zeichen gegen die zunehmende Europaverdrossenheit setzen.“<sup>75</sup> (Anlass war die Debatte um das geplante, aber umstrittene EU-Freihandelsabkommen mit den USA). Und in einem 2012 auf facebook veröffentlichten „Zornesruf“ schreibt der frühere deutsche Arbeits- und Sozialministers Norbert Blüm (CDU): „Die Hostie des Finanzkapitalismus ist das Geld. Mit Kaufen und Verkaufen von Firmen lässt sich mehr Geld verdienen als in Firmen zu produzieren. Große Unternehmen sind Bankhäuser mit angeschlossenen Produktionsfilialen geworden. [...] Auch die Staaten schrumpfen auf einen virtuellen Geldwert. [...] Auch unser Land opfert bereits Teile seiner Hoheitsaufgaben dem Gott Mammon.“<sup>76</sup>

Last but not least sei deshalb hier dem zunehmend am „Mammon“ interessierten Europa entgegengehalten: Der wahre Reichtum Europas liegt in seiner kulturellen (und sprachlichen) Vielfalt. Es geht in Europa um demokratie-stiftende und kulturelle Werte. Die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt setzt den völkerrechtlich verbindlichen Rahmen für den Doppelcharakter von Kultur – als Wirtschafts- und Kulturgut – und das Recht auf nationale Kulturpolitiken. Deshalb fordert der Deutsche Kulturrat: „Diese Konvention muss endlich Anwendung durch die EU-Kommission finden und darf nicht durch das Freihandelsabkommen ad absurdum geführt werden.“<sup>77</sup> Die Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission Dr. Verena Metzke-Mangold<sup>78</sup> fügt hinzu: „Die Handels- und Marktpolitik der EU trifft unsere Vorstellungen von Kultur im Kern. Die Kultur darf deshalb nicht dem liberalisierten Markt unterworfen werden“. Kunst und Kultur dürfen keinen Warencharakter bekommen. Somit ist die zentrale

<sup>75</sup> <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2730&rubrik=142>

<sup>76</sup> <http://www.facebook.com/notes/echte-demokratie-jetzt/der-neue-gott-mammon-ist-zum-g%C3%B6tzen-der-welt-geworden/411429285556357>

<sup>77</sup> Christian Höppner, [www.kulturrat.de/detail.php?detail=2730&rubrik=142](http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2730&rubrik=142)

<sup>78</sup> <http://www.unesco.de/presidium.html>



Bedeutung der Kultur und der kulturellen Vielfalt in Europa für seine Zukunftsfestigkeit herauszustellen, um sich nicht nur in den ökonomischen Fragen der Eurokrise, der Finanzmärkte und des Binnenmarktes sowie der politischen Institutionen in Europa zu verlieren.

- Wie würde denn eine „kulturverträgliche Marktöffnung“ aussehen?

### Zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft zur Kultur in Europa

Es stellt sich somit generell die Frage, wie sich Kultur und Wirtschaft sowie Politik in Europa zueinander verhalten. „Kultur ist der Inbegriff menschlicher Verhaltensweisen, der damit auch den Kapitalismus und seine Gebräuche einschließt, ohne diesem jedoch eine führende, alles regulierende Rolle einzuräumen.“<sup>79</sup>

- Darf deshalb die Ökonomie der vorrangige Modus bleiben, in dem sich menschliche Bedürfnisse und Handlungsweisen organisieren?
- Ist Kultur nur ein ökonomischer Anwendungsfall unter vielen, weil kulturelle Produkte und das damit verbundene ökonomische Interesse an ihnen auf den Märkten einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren haben? – Längst ist der internationale Handel mit kulturellen (und audiovisuellen) Produkten ein Wirtschaftsfaktor ersten Ranges. Auch für die Exportindustrie geht es hierbei europä- und weltweit um Milliardensummen.
- Sollen Kulturgüter, deren gesellschaftlicher Dienst ihren Warenwert bei weitem übersteigt, dem Prozess der Marktliberalisierung unterworfen werden?
- Und dürfen kulturpolitische Maßnahmen oder die öffentliche Finanzierung freier Schulen und anderer Einrichtungen künftig als „unzulässige Handelsbarrieren“ eingestuft werden?

Solche Fragen wurden in dieser Zeitschrift bereits im Zusammenhang mit dem GATS- und TRIPS-Abkommens aufgeworfen.<sup>80</sup> Die EU-Kommission betont bei jeder Gelegenheit, dass der Schutz der kulturellen Vielfalt „ein Kernprinzip der EU“ sei. Deshalb hat die EU auch die UNESCO-Kulturkonvention ratifiziert und damit internationales Völkerrecht in die europäische Rechtsarchitektur integriert. Aber hält sie sich selber daran?

Gefragt sind jetzt neue Denkansätze für ein neues Verhältnis von Kultur und Wirtschaftsentwicklung sowie eine verantwortliche Politik, die der Kultur den notwendigen Schutz und die erforderlichen Freiräume zu ihrer Entfaltung sichert. Dazu bringt die soziale Dreigliederungsbewegung einiges an Kompetenz mit: Aus der Idee eines freien Kulturlebens heraus muss sich eine „neue“ Idee von Europa bilden, ein Bild vom Ziel seiner Einigung, denn dann „blüht der Kontinent auf“. Wenn jedoch die „Idee Europa“ – und „Europa ist eine Idee und kein Ort“ (Bernhard Henri Lévy) – als Ausdruck hegemonialen Strebens einzelner (wie derzeit der Bundesrepublik

Deutschland) empfunden wird, „gerät Europa als Idee und als Einheitswirklichkeit ins Wanken“<sup>81</sup>.

### Die Krise als Chance für Veränderungen

Die sich zuspitzende Krisensituation in Europa ist im Grunde Anlass zu Hoffnung und Anstoß zu handeln. Geschichtlich betrachtet gingen allen großen sozialen Umbrüchen, die auch jetzt wieder gefordert sind, stets Krisen und Skandale voraus: Das war nicht nur vor dem Untergang des römischen Reiches (heute noch Grundlage aller heutigen Staaten Europas) und bei der französischen Revolution der Fall, sondern auch vor dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches oder zuletzt beim Zusammenbruch der DDR. Dieses Phänomen erstreckt sich aktuell auch auf die katholische Kirche, den ADAC, und schließt auch die Finanzmarktkrise, die Parteispenden- und Steuerkandale, die zunehmenden Korruptionsfälle, die Lebensmittelskandale usw. ein. Krisen sind fast immer Auslöser und Ausdruck überfälligen gesellschaftlichen Wandels und verweisen auf den Reformbedarf, ja sie erleichtern und erzwingen jahrelang vor sich hergeschobene Veränderungen mit Nachdruck.

Wir erleben in diesem Sinne den Werdegang Europas und das Werden der europäischen Einheit in ihren Verwandlungsprozessen als ein höchst dramatisches Geschehen – und wir befinden uns als Bürgerinnen und Bürger in der Zivilgesellschaft mittendrin. Von uns hängt es ab, ob eine Ethik der Kooperation und Solidarität in Europa gelebt wird oder ob die vielfältige Kultur Europas und die aus ihr hervorgegangene Demokratie mitsamt den Menschenrechten und dem europäischen Sozialmodell immer mehr dem Markt geopfert werden. Nicht mehr und nicht weniger sollte jetzt das große und zentrale Thema im Europawahlkampf sein, bei dem wir uns nicht auf Nebenschauplätze locken lassen und in finanzmarktpolitischen Detailfragen verlieren sollten.

### Der Autor

Wilhelm Neurohr (62) ist seit zwei Jahrzehnten Autor regelmäßig erscheinender Beiträge in dieser Zeitschrift, darunter auch vieler Aufsätze zu jeweils aktuellen Europa-Fragen. Er veröffentlichte 2008 das Buch „Ist Europa noch zu retten? Wie die EU den Europa-Gedanken verfälscht. Wege zu einer europäischen Identität“. In Sozialimpulse 2/2005 wurden seine „Sieben Thesen zur nachhaltigen Zukunft Europas“ als ein Beitrag zu einem europäischen Leitbild veröffentlicht. Insgesamt erschienen in diversen Publikationsorganen ca. 70 Aufsätze von ihm zu Europa-Themen, insgesamt über 500 Aufsätze zu vielen anderen Themenbereichen. In mehr als 40 Städten hielt er über 80 Vorträge oder war an zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen beteiligt.

79 Verena Metzler-Mangold, a.a.O.

80 Siehe z.B. Rundbriefe Nr. 2/2002 und 4/2001

81 Ludger Kühnhardt, Zentrum für europäische Integrationsforschung der Universität Bonn, zitiert in dem Buch „Ist Europa noch zu retten?“, a.a.O.

# Die Zukunft der Information

## „In-formation“, Informationssicherheit und globale Entwicklung

**Roland Benedikter im Gespräch mit Christoph Strawe**

**C. Strawe:** Jeder Tag bringt Meldungen über neue Entwicklungen von Informationstechnologien, über Viren, Trojaner und Hackerangriffe, aber auch neue Enthüllungen über die Datensammelwut von Geheimdiensten. Allein die technischen Dimensionen übersteigen schon alles, was man sich bisher vorzustellen vermochte. Die Zukunft der Information und die Frage der Informationssicherheit sind große Themen geworden. Sie haben immer wieder versucht, auch den inneren Aspekt dieser Entwicklungen zu verstehen. Zu welchen Ergebnissen kommen Sie?

**R. Benedikter:** Durch die technologischen Revolutionen kehrt Information heute zu ihrem Ursprung als formende, sich einprägende Kraft zurück. Wörtlich übersetzt heißt In-formation „Ein-bildung“, aber im positiven Sinne, nicht in der umgangssprachlich Bedeutung von Arroganz, Dünkel und Selbsttäuschung.<sup>1</sup> Damit schließt sich ein Kreis. Waren technische und menschliche Dimensionen seit dem Beginn der Moderne immer stärker voneinander getrennt, wachsen sie heute wieder zusammen, jedoch in ambivalenter Weise. Wie Sie schon andeuteten, sind damit ebenso viele Fragen verbunden, wie sich Möglichkeiten nach verschiedenen Seiten eröffnen. Das Zusammenwachsen von Information und Einbildungs- bzw. Vorstellungskraft ist nicht nur eine anthropologische Schlüsselbewegung, sondern auch eine kontextpolitische Kernentwicklung der Gegen-

<sup>1</sup> Formare bedeutet im Lateinischen sowohl formen, einrichten, bilden, gestalten, schaffen. Informare bedeutet „Auskunft geben“, informatio „Auskunft“, auch „Vorstellung“, formatio: Gebilde, Bildung, Gestaltung. Das englische Wort „imagination“ hat jene Vieldeutigkeit noch, die das deutsche Wort „Einbildung“ verloren hat. „Imagination“ bedeutet Einbildungskraft, Vorstellung, Vorstellungsgabe oder Vorstellungsvermögen, Phantasie, Einfalls- und Ideenreichtum oder schlicht Imagination. Im Interview werden daher aus dem jeweiligen Kontext heraus manchmal unterschiedliche Ausdrücke für das Gemeinte verwendet. (Anm. CS)

wart. Meine These ist, dass die Zukunft dieser Kraft von der Sicherheit der Information abhängen wird.

**C. Strawe:** Das Thema Informationssicherheit wurde lange vor allem im Zusammenhang mit wachsender Cyber-Kriminalität diskutiert. Welche Qualität hat dieses Phänomen inzwischen angenommen?

**R. Benedikter:** Im Mai 2013 führten global operierende Internet-Kriminelle einen Jahrhundert-Bankraub aus. Sie manipulierten zeitgleich die Daten von Bankomatkarten in 26 Ländern und machten innerhalb von 10 Stunden auf mehreren Kontinenten eine Beute von 45 Millionen Dollar. Nicht zuletzt dieser Fall zeigte eindrucksvoll: Information und Informationssicherung bestimmen globale Kernbereiche und gesellschaftliche Basisvorgänge von Jahr zu Jahr stärker. Wer Information beherrscht, indem er die Informationssicherheit umgeht, kann die Kybernetik hypermoderner transnationaler Schaltstellen ganz unterschiedlich für sich nutzen.

Intelligente Kriminelle, die, wie es die New Yorker Staatsanwältin Loretta Lynch ausdrückte, „statt Pistolen und Masken Laptops und das Internet verwenden“ und über die Fähigkeit verfügen, über Zugang, Koordination und Logistik zu bestimmen, werden mithilfe der neuen Kommunikationstechnologien und der immer stärkeren Virtualisierung des Geldsektors in die Lage versetzt, hoch komplexe strategische Operationen in Echtzeit auf globaler Ebene durchzuführen. Entscheidend sind dabei nicht vorrangig ihre technischen Fähigkeiten, sondern ihr Vorstellungsvermögen, das heißt ihre Fähigkeit, „kybernetisch“ vernetzte Prozesse zu antizipieren, deren Abläufe sie besser vorwegnehmen können (müssen) als die professionellen Abwehrstrategen von Nationen und Institutionen.

Damit hat sich neben Staaten bzw. supranationalen staatlichen Organisationen, NGO's und global agierenden Konzernen erstmals eine vierte Ebene gebildet: die Dimension „anderer“ globaler Akteure, die ganz anders operieren als herkömmliche Kriminelle, die im Hinblick auf ihre Fähigkeiten und Instrumente den Staaten prinzipiell unterlegen waren und sind. Aufgrund der Tatsache, dass die „Werkzeuge“ nicht mehr Waffen, sondern Computer sind, befinden sich diese Akteure erstmals voll und ganz auf demselben Niveau wie die Staaten und andere Instanzen. Konnten Kriminelle bislang das Gewaltmonopol des Staates schon aufgrund ihrer Unterlegenheit in Bezug auf Waffen nicht brechen, so sieht das im Internet anders aus. Und nicht nur das: Die elektronische Allverbindung und Internetabhängigkeit des Großteils kritischer Information, die ohne eine solche Verbindung nicht effektiv genutzt werden könnte, ist schuld daran, dass kriminelle Akteure auch direkt mit den innersten Bereichen vernetzt sind und jederzeit Zugriff haben auf die Zentren. Waren früher Raum und Zeit die Faktoren, die sich am schwersten überwinden ließen, so sind diese Hindernisse heute durch das Internet trotz aller Schutzbemühungen faktisch ausgeschaltet. Nicht nur finanztechnische, sondern auch militärische und zivile Entwicklungen sind davon immer umfassender betroffen.

**C. Strawe:** Ich kann mir vorstellen, dass sich sehr unterschiedliche Kräfte diese Konstellation zunutze machen.

**R. Benedikter:** Ja, die entsprechenden Phänomene häufen sich von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche. So meldete Yahoo Japan in der dritten Mai-Woche 2013, sein System sei gehackt und mehr als 22 Millionen Benutzerdaten entwendet worden. Man habe das erst eine Woche nach der Attacke bemerkt. In derselben Woche hackte die „Syrian Electronic Army“, eine Gruppe von Syrern, die Präsident Assad unterstützt, Webseite und Twitter-Feeds der „Financial Times“, um darauf Links zu einem YouTube-Video zu posten, das angeblich die Hinrichtung syrischer Regierungssoldaten durch Rebellen zeigt. Bereits im April hatte die „Electronic Army“ den Twitter-Feed der Nachrichtenagentur AP gekapert. Eine gefälschte Meldung über Explosionen im Weißen Haus löste damals an den Aktienmärkten einen Kursrutsch aus. Nachdem ein spanischsprachiger Sender Anfang 2012 berichtet hatte, die damalige venezolanische Konsulin in Miami habe Pläne für gemeinsame Cyber-Angriffe Venezuelas mit Kuba und dem Iran auf die USA entworfen, wurde die Frau von der Regierung der Vereinigten Staaten des Landes verwiesen, worauf der venezolanische Geheimdienst mit der Überwachung zweier Journalisten des Senders in den USA reagierte.

Die Reaktion der Angegriffenen ist meist dieselbe: Sie reagieren mit teuren Sicherungsmaßnahmen, die nicht selten von ehemaligen Hackern ausgeführt werden, die für viel Geld oder auf Regierungs- und Polizeidruck die Seiten gewechselt haben. Diese Reaktionen bleiben zu 99% Reaktionen und das strategische Heft der Offensive verbleibt in fast allen Fällen in der Hand der Angreifer, die im Netz aufgrund seiner Grundstruktur sowohl virtuell allpräsent wie ungreifbar sind. Nach den Maßnahmen wird regelmäßig bekanntgegeben, die Zugänge seien gesichert worden. Dass die bestehenden Strukturen unsicher bleiben, zeigt unter anderem die Meldung – ich zitiere – „dass eine simple Computer-Abfrage in Süddeutschland Anfang Mai 2013 beinahe einen Totalausfall der Stromnetze in Österreich verursacht hat. Das zeigt, wie verletzlich die wichtigen Versorgungsnetze und andere Einrichtungen wie Wasserleitungen, Kraftwerke, große Spitäler durch Internet und Computer-Vernetzung geworden sind. Damit diese im vorliegenden Fall in Summe 180 Einrichtungen künftig vor Cyber-Attacken besser geschützt sind, richtet das Österreichische Innenministerium nun ein neues Zentrum zum Schutz dieser ‚kritischen Infrastruktur‘ ein.“<sup>2</sup> Soweit das Zitat. Das Ganze kommt zehn Jahre zu spät – wie in den meisten anderen Ländern auch. Der zunehmende Druck von mutmaßlich aus China stammenden Cyber-Attacken auf Infrastrukturen, Firmen und Know-how, führt im Westen allmählich zu einem Bewusstseinswandel, verringert jedoch den Rückstand der „Beschützer“ gegenüber den „Angreifern“ nur langsam.

**C. Strawe:** Ein gewaltiges Problem scheint mir dabei zu sei, dass die „Beschützer“ bei ihrem Versuch, ihrerseits in die Offensive zu gehen, selber zu „Angreifern“ werden – wobei sie an die Grenze zur staatlichen Cyber-Kriminalität gelangen – ich selbst denke sogar: immer häufiger auch darüber hinaus. Gerechtfertigt wird diese digitale Aufrüstung ja vor allem mit der Terrorismusbekämpfung. Darauf werden wir sicher noch zurückkommen. Aber ich habe Sie unterbrochen. Wollen Sie über die Entwicklung, die Sie geschildert haben, und über ihre Folgen noch mehr sagen?

**R. Benedikter:** Die Weltmeere und mit ihnen die wichtigsten strategischen Wege für Ressourcen wurden ja seit dem zweiten Weltkrieg physisch weitgehend gesichert, wenn auch in den vergangenen Jahrzehnten weniger zum Wohl der Menschheit, als vielmehr zum Vorteil einzelner Leitmächte und ihrer Allianzen, zu deren diplomatischer Verhandlungsmasse sie gehören. An Stelle der Weltmeere wird heute jedoch das Internet zum globalen Feld der Piraten. Infolge bemühen sich die Betroffenen um die Entwicklung und den Einsatz von Kriegsschiffen, die die Schifffahrtsrouten der Zukunft im Cyberspace sichern sollen. Man hat den Eindruck – oder versucht ihn jedenfalls zu erwecken –, dass hier ein gewaltiger Nachholbedarf besteht.

**C. Strawe:** Dabei tritt aber doch die gleiche Frage auf wie bei der Sicherung der Weltmeere: Geschieht es zum Wohle der Menschheit oder zum Vorteil partieller Interessen?

**R. Benedikter:** Diese Frage ist berechtigt und nicht so leicht zu beantworten. Ich sehe mit Sorge, dass man in der internationalen Gemeinschaft angesichts überproportionaler angreifbarer Infrastrukturen und mangelhafter Sicherheitseinrichtungen immer noch nicht überall ausreichend bemerkt zu haben scheint, dass hier ein Kernaspekt der (anstehenden) zivilisatorischen Entwicklung auf dem Spiel steht. Dieser Aspekt tangiert nicht nur alle sechs Schlüsselfelder der heutigen „globalen Systemverschiebung“ – Wirtschaft, Politik, Kultur, Religion, Technologie und Demografie –, sondern er betrifft einen weit grundlegenden Bereich: die Anthropologie, die Dimension des Menschlichen selbst. Denn „In-formation“ heißt, wie schon erwähnt, wortwörtlich: „Ein-bildung“. Wer sie beherrscht, beherrscht in der Epoche universaler Technisierung damit nicht nur die abstrahierten Werteströme, sondern auch die Voraussetzung für alle anderen Bereiche. Das zeigen bereits die obigen Beispiele, bei denen wirklichkeitsbildende, vorwegnehmende Vorstellungskraft stärker war als die bestehende Realität. Und da frage ich mich: Sollte es im Zusammenhang mit „Informationssicherheit“ in den kommenden Jahren nicht auch um die Sicherung dieser „In-formation“ im ursprünglichen Wortsinn gehen?

**C. Strawe:** Die ökonomische Dimension drückt sich nicht zuletzt im Boom internationaler Wirtschaftsspionage mittels Internet aus...

**R. Benedikter:** Das stimmt. Das ist sogar zu einem realpolitischen High-Tech Faktor weltweiter Macht-

2 ORF Teletext, 18.05.2013, S. 115

beziehungen geworden. Zunehmend werden kalte und auch „heiße“ Kriege auf virtueller Ebene mittels Hackerangriffen geführt. Das haben zuletzt die Internet-Gefechte um kritische Informationen gezeigt, die sich seit 2012 auffallend häufen: zwischen den „G-2“ des 21. Jahrhunderts, China und den USA, sowie auch zwischen ihren „Stellvertretern“ den großen Weltfirmen – Google, Yahoo, Apple oder Microsoft. Nicht zufällig fand die Mehrzahl der mutmaßlich von Chinas geheimer „Militäreinheit 61398“ ausgehenden Hackerattacken auf Silikon Valley statt – denn dort holt man sich nicht lediglich Produkte für Information, sondern deren Basisbausteine, von denen aus dann alle anderen Bereiche zugänglich werden. Davon ausgehend werden politische Strategien und diplomatische Warnungen zunehmend mit Viren-Attacken kombiniert, wie etwa die auffällig auf den Nahen Osten (Iran) begrenzten Fälle Stuxnet und Flame unterstreichen. Kriege zwischen konventionellen Armeen ohne vorhergehende Cyber-Attacken auf Verteidigungssysteme und Abwehrnetzwerke sind bereits seit dem Kosovo-Krieg 1998-99 undenkbar.

**C. Strawe: Wie werden nun über die ökonomischen und politisch-militärischen Aspekte hinaus die weiteren von Ihnen benannten Dimensionen, die kulturelle, religiöse und demografische, tangiert?**

**R. Benedikter:** Die beiden Erstgenannten sind vielleicht nicht einmal die wichtigsten, die in das neue virtuelle „Great Game“ involviert sind. Das Entstehen einer multidimensionalen Zivilisation und der weltweite Aufstieg von Kontextpolitiken zu neuen Zentren des Politischen, welche die traditionelle Vorherrschaft des ökonomisch-politischen Komplexes und damit von Partei- und Institutionenpolitiken brechen, zeigt sich nirgends so deutlich wie in der Zunahme der Bedeutung von Informationen auch auf anderen Feldern der entstehenden Weltzivilisation. Kulturell dienen Cyberkriege zunehmend der Unterminierung der Vorherrschaft des Westens und der Etablierung einer Welt der „competing modernities“, in der verschiedene globale Ordnungsvisionen konkurrieren. Und selbst religiöse Botschaften werden spätestens seit 2001 zunehmend mit Cyberkämpfen um Recht und Unrecht kombiniert – was unter anderem dadurch bewiesen ist, dass im Jahr 2012 nach offiziellen UNESCO-Statistiken nicht erotische oder militärische, sondern religiöse Internet-Seiten die mit Abstand infektiösesten der Welt waren. Technologisch wird der Cyberwar zu einem Experimentierfeld fortgeschrittenster Avantgarden, der in seiner Vorreiterrolle sogar die Raumfahrt und den Hochtechnologie-Rennsport überholt hat. Und auch die Demografie spielt eine Rolle. Denn nicht nur individuelle Begabung, sondern auch Migrationsströme zwischen Hacker-Kulturen und -Gesellschaften, die rasche Vervielfältigung von Kompetenz im Umgang mit EDV durch den Generationenwechsel (die neuen Generationen sind mit dem Internet aufgewachsen und sind „natürlich“ fähiger und sie sind es biographisch früher) sowie die Anzahl der verfügbaren Cyber-Krieger sind von wachsender Bedeutung im „Kräftemessen hinter dem Vorhang“.

**C. Strawe: Könnten Sie den grundlegenden Bedeutungswandel von Information nochmals kurz erläutern?**

**R. Benedikter:** Die sechs Schüsseldimensionen drehen sich bereits heute im Zentrum um „Cyberdialektiken“. Diesen geht es nicht um Gegenstände oder Ressourcen, sondern um das künftig allem Wesentlichen Vorausgehende und Zugrundeliegende: um Information. Es geht dabei um das Wesen und die Praktiken von „Ein-Formung“ (in-formare): also nicht um das Ergebnis von Imaginations-, Gestaltungs-, Portionierungs- oder Proportionsvorgängen (0 und 1), sondern vielmehr um den Prozess, der diese ausmacht. Genau genommen geht es nicht um das Produkt der Ein-bildung, sondern um die Einbildungskraft als Vorgang und Befähigung selbst. Oder etwas aristotelischer ausgedrückt: Es geht dabei weniger um die Aktualisation einer bereits vorliegenden Form, sondern um den Schnitt- und Übergangspunkt zwischen Potentialität und Aktualisation.

Was anderes als „In-formation“ in eben diesem Sinne aber ist die genannte Einbildungskraft in den intellektuellen und kulturellen Traditionen des Westens? Genau an diesem noch kaum ausreichend wahrgenommenen Punkt, finden sich die humanistischen und anthropologischen Traditionen, wie auch die des deutschen Idealismus, auf unverhoffte Weise in den postmodernen Informationskulturen nicht nur wieder und wiederholen ihre Probleme und Chancen, sondern sie heben sich auch auf im Hegelschen Doppelsinn, indem sie sich sowohl in die Zukunft hinein aufbewahren wie auch auflösen, und zwar beides zugleich.

**C. Strawe: Wohin führt diese Entwicklung Ihres Erachtens?**

**R. Benedikter:** Die Perspektiven dieses paradoxalen Vorgangs, den man nicht zu Unrecht als zweischneidiges Schwert bezeichnen kann, sind heute noch kaum absehbar. Sicher ist, dass sie sehr tief reichen werden, ja zu einer „Umwertung aller Werte“ führen könnten – in ganz buchstäblichem, „informatischem“ Sinn. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo Einbildungskraft und Information eins werden und dabei zu einer Umwertung beider beteiligter Dimensionen geführt haben und führen.

**C. Strawe: Können Sie unseren Lesern einige davon nennen bzw. beschreiben, wie diese Umwertung sich konkret auswirkt?**

**R. Benedikter:** Die Beispiele sind sehr konkret, für manchen vielleicht sogar unvorstellbar konkret. Als Erstes will ich die in den USA vor allem die jüngere Generation betreffende neue Kultur des „Bodyhacking“ und „Biohacking“ nennen. Biohacker sind – ich zitiere – „besessen von der Idee, den menschlichen Körper zu verbessern, indem sie neue Wege erkunden, Maschinen und technische Geräte in ihre Körper einzufügen. Sie fügen zum Beispiel magnetische Implantate in ihre Körper ein... Computer sind für sie die Hardware. Apps sind die Software. Menschen sind die Wetware. Biohacker sind anti-autoritär

eingestellt, sowohl gegen Anarchisten wie gegen Christen... sie sind Techno-Libertarians.“<sup>3</sup> Zitat Ende.

Als weiteres Beispiel will ich ein Forschungsergebnis nennen, das im August 2008 um die Welt ging: Es sei Wissenschaftlern gelungen, mittels des Scans von menschlichen Gehirnen Daten aus diesen zu extrahieren – also gewissermaßen Gedanken zu lesen. Unter dem Titel: „Gedankensteuerung: Interface hackt Gehirn. Forscher extrahieren Informationen wie Pin-Codes aus Köpfen“ meldeten die Nachrichtenagenturen: „Hirn durchleuchtet: Informationen nicht sicher.“ Wissenschaftler haben einen Weg gefunden, Gedankensteuerungs-Interfaces dazu zu verwenden, Informationen aus den Gehirnen von Probanden zu extrahieren. Forscher der Universitäten Oxford, Kalifornien und Genf haben gezeigt, dass Daten wie Pin-Codes gefunden werden können, indem den Versuchspersonen passende Bilder gezeigt werden, während sie Elektroden auf dem Kopf tragen. Bei bekannten Bildern verrät das Gehirn sich durch spezifische Signale. Das Verfahren ist bei weitem noch nicht perfekt, aber in 20 Prozent der Fälle konnte ein vierstelliger Pin-Code im ersten Versuch erraten werden. Ihre Ergebnisse haben die Forscher bei der USENIX-Konferenz in Bellevue in den USA präsentiert.<sup>4</sup> Ich zitiere: „Mit ihrer Arbeit wollen die Wissenschaftler darauf hinweisen, dass Gedankensteuerungs-Interfaces, die sich unter anderem unter Videospilern immer größerer Beliebtheit erfreuen, ein Sicherheitsrisiko darstellen. Solche Interfaces haben für Computerspiele sicher großes Potenzial. Der eigentliche Nutzen liegt aber in der Medizin, wo vielen Patienten geholfen werden kann. Die Wissenschaftler haben für ihre Experimente eine kommerziell erhältliche Elektrodenhaube verwendet. Die Geräte kosten mittlerweile nur noch um die 200 Euro. Über die Programmierschnittstellen können

3 ORF Teletext, 18.05.2013, S. 115

4 B. Popper: Cyborg America. Inside the Strange New World of Basement Body Hackers. In: The Verge, August 8, 2012, <http://www.theverge.com/2012/8/8/3177438/cyborg-america-biohackers-grinders-body-hackers>. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter). Er schreibt weiter: „Magnetische Chips aus seltenen Erden wie Neodymium in den Körper einzupflanzen, wurde von Künstlern aus der Avantgarde der Piercing-Kultur sowie Transhumanisten vorgemacht, die daran interessiert waren, mit der Entwicklung eines sechsten Sinnes zu experimentieren. Steve Harworth, der sich als einen „Menschen-Evolutionskünstler“ (human evolution artist) bezeichnet und dessen Spezialisierung die Körpermodifikation ist, inspirierte eine ganze Generation, sich magnetische Chips implantieren zu lassen... Das Implantat erlaubt es einer Person, elektromagnetische Felder in der Umgebung zu fühlen: einen Mikrowellen-Ofen in der Küche, eine U-Bahn, die unterirdisch vorbeifährt oder die Hochspannungsleitungen hoch über dem Kopf. Diese zusätzliche Wahrnehmung ist zwar interessant, hat aber wenig Nutzen. Aber der Magnet ist, glaubt man seinen Propagatoren, nur ein erster Schritt auf dem Weg zu Größerem. Der Eingriff ist billig, mit einem Minimum an invasiver Operation. Der Empfänger gewöhnt sich daran, etwas Fremdes im eigenen Körper zu tragen, und er erkennt, wie viel mehr der menschliche Körper kann, wenn er ein wenig Hilfe... in Form von digitalem Input erhält. Ein weiteres Beispiel ist ein Gerät, das sich Großer Tümler (Bottlenose) nennt, ein kleines schwarzes Rechteck von der halben Größe einer Zigarettenschachtel, das man über den Finger stülpt. Wie sein Namensgeber sendet es einen elektromagnetischen Impuls aus und misst die Zeit, die er braucht, um als Echo zurückzukommen. Damit kann man Entfernungen wahrnehmen und Bilder der Umgebung erhalten. ... Unser Gehirn arbeitet ohnehin mittels Elektrizität, also warum nicht dabei helfen, das zu intensivieren? – so die Frage der Bodyhacker.“

die gemessenen Hirnstrom-Daten praktisch beliebig verwendet werden. Mit cleveren Tricks könnten sich Außenstehende auf diesem Weg sensible Informationen aus den Köpfen der User holen.“<sup>5</sup>

### C. Strawe: Was macht diese Beispiele so bedeutsam im Hinblick auf das 21. Jahrhundert?

**R. Benedikter:** Nicht einzelne Entwicklungen dieser Art, sondern ihre Kombination in Bezug auf alle sechs Kerndimensionen der heutigen globalen Systemverschiebung sowie ihr Übergang von Einzelfällen zu grundlegenden Systemkonstanten machen Information und Informationssicherheit zu zentralen Themen des Weltkonflikts im 21. Jahrhundert: Dabei geht es um die Dialektik zwischen demokratischen und nicht-demokratischen, liberalen und illiberalen Gesellschaften. Denn auch die „Soft Power“ (Joseph Nye, Hillary Clinton), die dem Konzept globaler westlicher Vorherrschaft im 21. Jahrhundert zugrunde liegt, also die Dominanz der Demokratie aufgrund ihrer größeren Attraktivität und Überzeugungskraft durch Ideale wie Offenheit, Pluralität, Gleichheit, Freiheit und Individualität sowie der dazugehörigen Lebensstile und Gesellschaftssysteme, beruht letztlich auf Informationen und ihrer Sicherheit: Dazu gehört, dass Informationen erstens gültig sind, dass sie zweitens fair und allgemein zugänglich sind, dass sie drittens ausreichend transparent sind und dass sie viertens im offenen, globalen Vergleich positiv miteinander konkurrieren dürfen. Das war im Hinblick auf die traditionell aufgefasste „Ein-Bildung“ im Konzert der Weltkulturen bisher nicht immer der Fall.

Als Reaktion auf die exponentiell wachsende Bedeutung von Information, die im wahrsten Sinn des Wortes immer mehr zum kapillaren Grundbaustein der entstehenden Weltgesellschaft wird, ziehen Regierungen weltweit immer größere Sicherheitsteams für die Verteidigung im Internet heran. Zugleich nimmt die innenpolitische Überwachung und das Spiel mit dem Durchbrechen dieser Überwachung durch hochqualifizierte Gruppen rapide zu – sowohl in Gesellschaften mit demokratischen Traditionen wie den USA wie auch in nichtdemokratischen wie China.

5 On the Feasibility of Side-Channel Attacks with Brain-Computer Interfaces, USENIX Security Conference, August 8-10, 2012, <http://bit.ly/NMHiHo>. Über den Versuch heißt es dort: „Der Versuchsaufbau ist einfach nachvollziehbar. Haben die Probanden Assoziationen zu den gezeigten Bildern, entsteht im Hirn ein anderes Signal. Das evozierte Potenzial kann über die Elektroden abgelesen werden. Beim Erraten des Geburtsmonats der Versuchspersonen betrug die Erfolgsquote im ersten Anlauf sogar beinahe 60 Prozent. Hier wurden die Probanden via Bildschirm gefragt, in welchem Monat sie Geburtstag haben. Anschließend wurden in zufälliger Reihenfolge die Monatsnamen kurz eingeblendet und nach den verräterischen Hirnströmen gesucht. Mit ähnlichen Versuchsanordnungen haben die Wissenschaftler auch den Wohnort und den Namen der Bank, bei der die jeweilige Versuchsperson Kunde ist, zu erraten versucht. Hier liegen die Erfolgsquoten zwischen 20 und 30 Prozent. Mit implantierten Elektroden könnte die räumliche Auflösung noch deutlich erhöht werden. Das Signal, auf das sich die Forscher konzentrieren, heißt P300. Zur Kalibrierung des Neuro-Interfaces mussten die Probanden einige Testläufe mit Bildern von Ziffern machen. So konnten die Forscher ihre Apparaturen auf die individuellen Hirne einstellen...“ (s.a. Presstext Deutschland, 21.08.2012, <http://www.pressetext.com/news/20120821025>)

**C. Strawe:** Ich greife Ihr Stichwort Überwachung auf. Nicht zuletzt durch die Enthüllungen von Edward Snowden war spätestens Mitte letzten Jahres klar, dass die NSA in Deutschland jeden Monat 500 Millionen Verbindungen (Telefonate, Mails, SMS, Chats) speichert, um dann für sie relevante Informationen daraus zu selektieren.<sup>6</sup> Die Dimensionen sind derart, dass der Präsident des Europäischen Parlaments in einem Artikel in der FAZ sich zu folgender Warnung veranlasst sah: „Noch haben wir es nur mit einer alles durchdringenden Technologie, aber noch nicht mit einem totalitären politischen Willen zu tun. Doch die Verbindung von ‚big data‘, also der gewaltigen Sammelleidenschaft für Daten durch Private und den Staat, und ‚big government‘, also der hysterischen Überhöhung von Sicherheit, könnte in die antiliberalen, anti-sozialen und antidemokratischen Gesellschaft münden. Wenn der Bürger nur zum Wirtschaftsobjekt degradiert wird und der Staat ihn unter Generalverdacht stellt, kommt es zu einer gefährlichen Verbindung von neoliberaler und autoritärer Ideologie.“<sup>7</sup>

**R. Benedikter:** Diese Dimensionen sprengen in der Tat alles, was man sich bisher vorzustellen vermochte. Und in Europa ist ja keineswegs nur Deutschland betroffen. Die andere Seite ist, dass immer mehr Menschen Privates in sozialen Netzwerken preisgeben und sich damit bewusst Risiken aussetzen. Die Sicherheit der auf diese Weise gewonnenen Daten ist prekär. Als der 2011 im Amt befindliche italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi im Rahmen eines Handy-Privatgesprächs aus seiner schwer bewachten Privatwohnung um Mitternacht den Satz formulierte: „Italien ist ein Scheißland“, stand es am nächsten Tag in allen Zeitungen. Ähnliches passierte kürzlich der US-Diplomatin Victoria Nuland mit dem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Satz „Fuck the EU“. Obwohl Barack Obamas Telefon weit besser bewacht wird und die Informationssicherheit in den USA ein anderes Niveau hat als im Cyber-Entwicklungsland Italien, ist es im Prinzip doch ebenso angreifbar. Zugleich versucht man über internationale Abkommen, wie zwischen den USA und der EU, die individuelle Informationssicherheit bezüglich Identität, Aufenthaltsort und Reiseplänen zu relativieren oder zu umgehen. Das Bankgeheimnis wird aufgehoben – wie seit 2012 in Italien – und der automatische Datenaustausch über intime Steuerdaten zwischen EU-Staaten wird forciert. Währenddessen konzipieren führende „global player“ wie China und die USA ihre Rolle neu – und zwar über die „soft power“ des Internet.

**C. Strawe:** Entsteht da nicht eine Welt, in der unsere bisherigen Rechtsvorstellungen und Rechtsinstrumente nicht mehr greifen? Ich denke an den gerade von Friedensnobelpreisträger Obama ausgewei-

teten Drohnenkrieg. Man kann daran auch gut studieren, wie sich Dynamiken entwickeln, die zu ganz anderen als den beabsichtigten Wirkungen führen. Man träumte in bestimmten Kreise den Traum vom „clean war“, von der „chirurgischen Kriegsführung“, welche die verharmlosend „Kollateralschäden“ genannte Tötung Unschuldiger minimieren sollte. Das erweist sich in der Praxis als komplette Illusion und führt vielmehr dazu, dass rechtsfreie Räume entstehen, in denen Verdächtige unter Inkaufnahme der Tötung Unverdächtigter exekutiert werden. Die USA, so ein Sprecher von Amnesty International, gibt sich „eine Lizenz zum Töten außerhalb des Einflussbereichs von Gerichten und jenseits grundlegender Menschenrechtsstandards“.<sup>8</sup> Das Völkerrecht wird unterlaufen. Welche Entwicklungen auf dem Gebiet der Kriegsführung sind Ihrer Meinung nach noch zu erwarten bzw. zu befürchten?

**R. Benedikter:** Die genannten global player nutzen verstärkt Cybertechnologien, um die konventionelle Kriegsführung zu umgehen, etwa mithilfe der von Ihnen angesprochenen global einsetzbaren, ferngesteuerten Drohnen.

Wir sprechen heute aber auch schon vom „Neurowarfare“: Dabei geht es um Kriegsführung, die auf der direkten Verschaltung von menschlichem Nervengewebe mit Maschinen beruht und den sogenannten „super soldier“ zum Ziel hat und sich auf die Annahme stützt, dass das menschliche Bewusstsein – genauer: das Gehirn –, „von Natur aus aggressiv“ sei und daher im Auseinandersetzungsfall effektiver in der Reaktions- und Aktionsfähigkeit sei. Diese These wurde unter anderem im jüngsten Neurotechnologiereport 2013 des Pentagon und der U.S. Armeespitze (Joint chiefs of staff) kritisch diskutiert in einem White Paper, an dem ich mitarbeitete.<sup>9</sup> Sowohl die US- wie auch die chinesische Militär-Forschungsbehörde arbeiten an der Direktverschaltung von Gehirn und Computer, um die Informationsverarbeitung einerseits zu vermenschlichen und daher „sicherer“ zu machen, und andererseits zu beschleunigen.

**C. Strawe:** Was für viele noch als „Zukunftsmusik“ erscheint, wird also bereits praktiziert. Was sollen wir Ihrer Meinung nach angesichts dieser Entwicklung tun?

**R. Benedikter:** Wir sollten erstens aufhören zu glauben, dass die Rede vom „Cyberwar“ Zukunftsmusik ist! Wir befinden uns längst mitten im Cyberwar – zwischen global operierenden Kriminellen und Gemeinwesen wie auch zwischen Regierungen. Dieser Krieg wird kombiniert mit der rasch zum Kern künftiger Kriegsführung aufgestiegenen Neurokriegsführung. Letztere ist zu einem der wichtigsten

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.datenschutzbeauftragter-info.de/prism-erschreckendes-ausmass-der-ueberwachung/>

<sup>7</sup> Martin Schulz: Technologischer Totalitarismus. Warum wir jetzt kämpfen müssen. Internetkonzerne und Geheimdienste wollen den determinierten Menschen. Wenn wir weiter frei sein wollen, müssen wir uns wehren und unsere Politik ändern. FAZ, 06.02.2014. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/technologischer-totalitarismus-warum-wir-jetzt-kaempfen-muessen-12786805.html>

<sup>8</sup> Informationsplattform humandrights.ch: Gezielte Tötungen durch Drohnen – vier aufschlussreiche Studien. [http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/Nachrichten/Terrorbekaempfung/idart\\_9850-content.html](http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/Nachrichten/Terrorbekaempfung/idart_9850-content.html)

<sup>9</sup> D. de Eulius and H. Cabayan: Topics in the Neurobiology of Aggression: Implications for Deterrence. A Strategic Multi-Layer (SMA) Publication, The Pentagon and U.S. Ministry of Defense, February 2013

Investitionsthemen für private Firmen und öffentliche Institutionen geworden, auch wenn das Thema in der öffentlichen Diskussion noch nicht den Stellenwert hat, der ihm bereits faktisch in den Mechanismen der Weltordnung zukommt. In der „Neurowarfare“ wird die Frage der Information vielleicht am endgültigsten zur Frage der „Einbildung“. Beide Arten der Kriegsführung gehen ineinander über – zum Beispiel in der medial vermittelten und künftig über direkte Brain-Machine Interfaces (BMI's) gesteuerten Tötung von Menschen mittels Drohnen in Tausenden Kilometern Entfernung, die von der neuen Berufsgruppe professioneller „Virtualkriegsmanager“ bedient werden. Diese Personen führen ein kleinbürgerliches Leben in einer Vorstadt, frühstücken am Morgen mit ihren Kindern, gehen zur Arbeit, töten in den Bürozeiten mittels Drohnen Menschen meist auf anderen Kontinenten (obwohl sich das mit der US-Drohnenrichtlinie zum möglichen Einsatz im Mutterland bald ändern könnte), leisten anschließend die nötige Schreibtischarbeit zur Dokumentation und lassen den Abend dann mit ihrer Familie zuhause bei Abendessen und Fernsehen ausklingen.

Die Imagination dieser „Verteidigungsfacharbeiter“, die keine Waffen mehr bedienen, sondern einen Bildschirm per Computerstick, ist einerseits völlig von ihrem Leben abgetrennt. Andererseits ist für sie Information und Ein-Bildung zu exakt demselben geworden. Sie handeln in der Welt nicht aufgrund direkter, sondern ausschließlich aufgrund medial vermittelter Wahrnehmung; und ihre Gedanken und Urteile sind – notgedrungen – eins mit den erhaltenen Informationen. Man kann die neuen Tötungsberufe per Mausklick also getrost als „eingebildete Berufe“, als „Einbildungsberufe“ oder, etwas zynischer, als „Fachberufe für die Arbeit mit Einbildungskraft“ (wobei das in die Realität „Eingebildete“ hier der Tod ist) bezeichnen. Obwohl es diese Berufe bereits gibt und sie ständig an Bedeutung zunehmen, ist zu bezweifeln, dass wir auf die damit entstehende neue Beziehung zwischen Information und Einbildung politisch, philosophisch, vor allem aber menschlich, vorbereitet sind.

Zweitens sollten wir angesichts dieser Entwicklung nicht (mehr) glauben, dass „vorausgedachte“ bzw. imaginierte Gemeinschaften (imagined communities), Identitäten sowie die dazugehörigen Feindschaften und Vorurteile weiterhin weniger „real“ sind als „physische“. Solche Gemeinschaften werden heute, im Zeitalter des „global imaginary“, das erstmals entsteht, wichtiger denn je. Das hat ebenso mit der Rückkehr des Denkens in Kämpfen zwischen (imaginären) Kultur- und Zivilisationstypologien zu tun wie mit der rein virtuellen Hochstilisierung von „celebrities“ zu globalen Wiedererkennungsmarken. Es besteht wenig Zweifel daran, dass im Zeitalter des Aufstiegs der Einbildungskraft „die Eingebildeten“ – also diejenigen, die die Vorstellungskraft nicht beherrschen, sondern Gefangene illusionärer Vorstellungen geworden sind, in „natürlicher“ Weise zunehmen – ja zunehmen müssen. Die Folge ist: Kritik wird schwieriger. Wir sollten nicht wie bisher einseitig einzelne Mächte kritisieren, wie heute noch oft üblich. Eher geht es darum, einen Mechanismus

ins Auge zu fassen, der Mächte und Menschen in neuer Weise zueinander in Beziehung setzt – wenn es denn überhaupt eine „Beziehung“ im bisherigen Sinn des Wortes ist.

**C. Strawe: Wenn man Ihnen zuhört, wird einem klarer, wie tiefgreifend der Wandel ist, der sich durch die Entwicklung der Information für unser Leben ergibt. Wie verändern sich dadurch unser Bewusstsein und unser Selbstbild?**

**R. Benedikter:** Der deutsche Sozialphilosoph Jürgen Habermas hat in den 1980er Jahren von einem Zeitalter der „neuen Unübersichtlichkeit“ gesprochen. Inzwischen haben wir uns offenbar darüber hinaus entwickelt. Heute trifft eher zu, dass wir im Zeitalter der „neuen Informationsunsicherheit“ leben. „Unsicherheit“ bezieht sich dabei auf alle Dimensionen des Begriffs: auf den Gebrauch von Informationen seitens verschiedener gesellschaftlicher Akteure; auf die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Rolle von Information; aber auch auf das Wesen von Information im Hinblick auf das Menschliche und Unmenschliche. Nicht zuletzt erstreckt sich der Begriff „Unsicherheit“ auch auf die zunehmend zentrale Rolle von Information im Zusammenhang mit unserem Selbstbild der Menschen und den Zukunftsprojektionen, die sich daraus ergeben.

**C. Strawe: Könnten Sie das noch genauer darlegen?**

**R. Benedikter:** Mit Informationsunsicherheit meine ich das Phänomen, dass die Grenzen zwischen Anwesenheit und Abwesenheit, Anfang und Ende, Agitation und Verschwinden brüchig werden, dass die Umrisse verschwimmen und auch die Grenzen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft flüssig werden: Man nehme nur den mittlerweile politisch-militärischen Vorreiter, den mutmaßlich von Amerikanischen Hackern „designten“ Virus Flame, der bereits kulturellen Ikonenstatus hat. Er war so hoch komplex aufgebaut, dass er während seiner Angriffe bereits damit begann, sich selbst zu zerstören, um aus der Perspektive des Futurperfekts „nicht da gewesen zu sein“. Der Virus hatte nicht nur bestimmte Ziele (die Auslöschung der gesamten grundlegenden Infrastruktur eines Landes), sondern gleichzeitig auch seine Selbstausslöschung „genetisch eingebaut“ – was ihn dem Menschen ähnlicher als alle seine Vorgänger machte.

**C. Strawe: Das bedeutet, dass der Wandel auch unser Zeit- und Raumbewusstsein erfasst. Interessant ist das Auftauchen des Zeitmodus der vollendeten Zukunft (Futurperfekt): Wenn wir sagen, dass wir etwas getan haben werden, machen wir eine Aussage über unsere Handlungsmacht in der Zukunft. Das ist mehr als ein Vorsatz oder ein Entschluss, etwas zu tun. Diese Perspektive birgt sowohl die Chance einer wirklichen Gestaltung aus der Zukunft heraus, wie auch die Gefahr, durch Verfügewollen über die Zukunft deren Offenheit zu negieren und nur die Gegenwart zu verlängern.**

**R. Benedikter:** Jedenfalls wird die Perspektive bzw. der Zeitmodus des Futurperfekts die werdende

Informationszivilisation immer stärker bestimmen. Das Futurperfekt ist aus meiner Sicht grundsätzlich die interessanteste Zeitform, die mit Sicherheit in den kommenden Jahren auch zivilisatorisch an Bedeutung zunehmen wird – auf Kosten aller anderen Zeitformen, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eingeschlossen. Sie ist, wie Peter Handke einmal hervorhob, nicht nur die künstlerisch-literarischste, sondern auch die realistischste Zeitform. Denn sie schwebt zwischen dem erwartungsvoll Erhabenen des Humanismus und dem Immer-schon-Gewesenen des Pragmatismus, zwischen Streben und Einstimmung, Idealismus und Konkretisierung, die materialistische Kommerzialisierung eingeschlossen (wenigstens bis zu einem gewissen Grad). Wenn man die Dinge im Futurperfekt betrachtet, haben sie einen zugleich feierlichen und nüchternen Anstrich. Der Virus Flame war nur ein Vorbote, quasi ein „Ankündigungssymptom“ der beginnenden globalen Herrschaft dieser Zeitform.

Mit der Macht eines Virus über ein ganzes Land ist aber auch eine weitere Dimension der Epoche neuer Informationsunsicherheit beschrieben: Die Grenzen zwischen Klein und Groß verschwinden. Die Relation zwischen kleiner Ursache und riesigem Effekt kennzeichnet die Frage der Informations(un)sicherheit geradezu als Kernaspekt – wie davor interessanterweise die Fragen des Humanismus nach dem Willen und der Macht des Einzelmenschen und deren Verhältnis zu gemeinschaftlicher Moral Kennzeichen von Kernaspekten waren.

### C. Strawe: Könnten Sie diese These näher ausführen?

**R. Benedikter:** Die humanistische Annahme war, zumindest in individualitätsorientierten Zivilisationen wie den USA, dass der Einzelne alles entscheidet – letztlich auch das Schicksal der Gesellschaft, und dass von seinem Erfolg oder Scheitern, seinem Durchhalten oder Aufgeben das Schicksal ganzer Gesellschaften abhängt. Das zeigt jeder US-Blockbuster Film, in dem ein Held vorkommt: Der Held setzt sich immer gegen Zweifel, gegen sich selbst und gegen „die anderen“ durch. In einer gewissen Analogie dazu hat in der globalisierten Informationskultur jedes kleinste Leck sofort riesige Folgen, weil das Kleinste in der Informationslogik immer mit dem Ganzen, dem Größten verbunden ist. Das ist eine einigermaßen neue Relation. War früher das Kleine klein und das Große groß, so werden im Rahmen der Informationszivilisation das Kleinste und das Größte eins. Sie werden aufgrund ihrer direkten und vollständigen Interdependenz ununterscheidbar.

Damit vollendet sich nicht nur der hermeneutische Zirkel, der im 19. und 20. Jahrhundert eine philosophische, seit dem Beginn der Globalisierung auch eine politische, Tatsache beschrieb, und in unserer Zeit als doppelsinnige und tiefenambivalente „Aufhebung“ durch die technische Realität in Erscheinung tritt. Es verschwinden auch die Logiken von Größenverhältnissen und Proportionen, an die wir gewohnt waren. Damit ist eine Verschiebung und mittelfristig auch eine Veränderung unserer Wahr-

nehmung, ja unseres gesamten Seins, verbunden. Das Zusammenwachsen von Klein und Groß, das Proportionen allmählich ununterscheidbar macht, ist in gewisser Weise die technologische Entsprechung zur politischen und wirtschaftlichen Vernetzung, zur multipolaren Weltordnung, in der kleinen Nationen eine überproportionale Bedeutung zukommt, und zum globalen Zusammenwachsen der Kulturen, das nicht zuletzt der Tatsache geschuldet ist, dass Kultur von transnationaler Technologie ersetzt wird.

### C. Strawe: Könnten Sie weitere Phänomene nennen, in denen dies zum Ausdruck kommt?

**R. Benedikter:** Das exponentielle Wachstum von Online-Kriminalität, z.B. das Abbuchen von Kleinstbeträgen wie 50 Cent von 1 Million Konten, ist eine Analogie dazu, vielleicht auch eine Karikatur auf kriminologischem Gebiet. Man merkt es nicht, aber der Gesamteffekt ist riesig. Das Kleine hat große Effekte. Wie die deutsche Kriminalstatistik im Mai 2013 berichtete, wuchsen Internet-Straftaten allein 2012 um 7,5%, zwischen 2007 und 2012 um 87%. Die meisten von ihnen hatten ihren Schwerpunkt am Überschneidungspunkt von Klein und Groß.

Wie die US-Statistikbehörde im Februar 2013 berichtete, stiegen die Cyberattacken gegen Informationsinfrastrukturen von US-Organisationen zwischen 2006 und 2012 um 782%. U.a. betroffen waren das Energieministerium, TD Bank, Wells Fargo, Apple, Facebook, Microsoft, aber auch wichtige Zeitungen wie die New York Times, das Wall Street Journal und die The Washington Post. Das Interesse der Angreifer galt vor allem dem Diebstahl geschützter Informationen aller Art, darunter Businesspläne, interne Strategien, Produktions- und Handelsgeheimnisse, Banktransfers und Kundendaten.

Dazu kommt die ebenfalls exponentiell ansteigende Zahl von Internet- und Handy-Mobbing, die zu einem der größten Probleme der Jugendkulturen avanciert ist. Wie das Kölner „Bündnis gegen Cybermobbing“ im Mai 2013 berichtete, sind ein Fünftel aller Schüler in Deutschland bereits einmal Opfer eines Mobbing über das Internet geworden, der größte Teil davon über soziale Netzwerke wie Facebook. Etwa gleich viele gaben zu, mindestens einmal gemobbt zu haben. Das Problem stellt vor allem deshalb einen „Kontinent der Finsternis“ dar, weil das meiste darüber unbekannt ist, da es nie an die Öffentlichkeit gelangt: Die angenommenen Dunkelziffern in diesem Bereich übertreffen alle vergangenen Rekorde und erreichen Jahr für Jahr neue Höchststände.

Im Gegenzug wird Informationssicherung heute zu einem der größten Business-Zweige der Welt – nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Verlagerung breiter und zum Teil auch sensibler Speicherkapazitäten ins Internet bzw. auf ausgelagerte kommerzielle Speicher, die per Internet zugänglich sind (Cloud-computing). In Asien, etwa in Südkorea, hält sich bereits jede mittlere bis größere Firma spezialisierte Abwehr-Teams, weil man sich der Nähe Chinas bewusst ist. Aufgrund der Nähe zu



Nordkorea hat in Seoul eine große Abteilung der Armee – wie künftig alle Armeen – die Verbindung von Technisierung und Information zu einem zentralen Anliegen erhoben.

**C. Strawe: Letztlich taucht bei Problemen im Zusammenhang mit Sozial- und Technologieentwicklungen meist die anthropologische Frage auf.**

**R. Benedikter:** Die anthropologische Frage wird heute noch weitgehend unterbewertet. Aber gerade diese Frage bewegt sich genau am Schnittpunkt zwischen Öffentlich und Privat und drückt sich auf zweierlei Weise aus: Auf der einen Seite steigt Identitätsdiebstahl (Identity theft) stark an. Das Problem wird sich in den kommenden Jahren für die meisten westlichen Bürger schlimmer auswirken als internationale Angriffe und ökonomische Unsicherheiten und wird in Zukunft zu einer wichtigeren Kulturfrage als die meisten anderen werden. Es stellt sich sogar die Frage, ob das bedeutet, dass die Zukunft der Informationssicherung des Einzelnen gehört und nicht der Sicherung zwischen-nationaler Informationskanäle... Die zweite Ausdrucksform der anthropologischen Frage ist die Entstehung des Transhumanismus.

**C. Strawe: Sie haben immer wieder, auch in Beiträgen in dieser Zeitschrift, das Thema Transhumanismus behandelt und von dem Versuch gesprochen, auf technischem Wege den Menschen zu perfektionieren, den Übermenschen oder Cyborg zu erschaffen.**

**R. Benedikter:** Wir müssen heute schon vom Zeitalter des „Transhumanismus“ sprechen. Inverse, das heißt in den menschlichen Körper eindringende Technologien, greifen um sich – zunächst vorrangig am neuen Schnittpunkt zwischen Mediatisierung, Körper und Gesundheit. Sinne werden durch technische Geräte ersetzt, die direkt mit dem Gehirn verbunden sind. Es ist bereits Standard, dass Radiowellen bewirken, dass ein taubes Kind, dessen Hörnerv funktioniert, mittels im Ohr implantierter Empfänger (Cochlea-Implantat), also über Außenmikrophone, die unter der Haut eingesetzt werden, hören kann. Die Arbeiten an entsprechenden Implantaten für Hörnerv-Geschädigte durch direkte Anbindung an das Gehirn sind bereits weit fortgeschritten.

Kamerabrillen mit Chipimplantat im Sehzentrum des Gehirns ermöglichen bereits seit Ende der 1990er Jahre sehähnliche Eindrücke. Man kann heute einen Rollstuhl mit Gedanken steuern, man kann das Licht mit Gedanken ein- und ausschalten, auch bereits auf größere Distanzen. Nach Erwartung der meisten Beobachter werden die kommenden Jahrzehnte die drahtlose Gedankensteuerung von Geräten mittels Gehirn-Computer-Direktschaltungen (Brain-Computer Interfaces, BCI's) zu einer weithin selbstverständlichen Praxis machen, so etwa die Kontrolle eines Hauses mittels Gedanken – sogar von einem anderen Kontinent aus. Diese Entwicklung wird voraussichtlich von raschen Fortschritten in dringlichen Spezialanwendungsbereichen wie Prothetik und Gesundheit angeschoben.

**C. Strawe: Welche Dynamiken ergeben sich aus der Entwicklung des Themas Information in dieser Richtung?**

**R. Benedikter:** Bei alledem zeichnet sich ein noch weitgehend unterschätztes zentrales Dilemma der Zukunft ab: Man kann wieder hören, wieder sehen – aber über den Umweg eines technischen Mediums. Doch weiß man, inwieweit es verlässlich ist? Was, wenn sich jemand genau am Übergang zwischen Wahrnehmung und Begriff, Sinn und Gedanke, Maschine und Gehirn einschaltet – also an den bereits heute meist immateriellen (kabellosen) Schnittpunkt zwischen „Einspeisung“ von Information und „Verarbeitung“ im Bewusstsein? Das ist im Prinzip nicht schwerer, als in die schwerbewachte Information von US-Ministerien einzudringen oder die Daten von Hunderttausenden Bankkunden oder Millionen Internetusern zu stehlen. Wer schaltet sich dazwischen: Ist es Freund – oder Feind? Und wenn Letzteres der Fall sein sollte: Was bezweckt er? Vor allem: Was kann ich dann tun, da meine Vorstellung von manipulierten Informationen gespeist wird – was ich aber nicht wissen kann, da sie direkt in meinem Bewusstsein erscheinen?

**C. Strawe: Damit sind wir wieder bei dem am Anfang genannten Kernthema der Zukunft angelangt: der vorstellungsbildenden Kraft im Verhältnis zur Informationssicherheit.**

**R. Benedikter:** Das ist völlig richtig. Die Sicherheit des Übergangs von Einspeisung zu Verarbeitung wird, je weiter die neuen Humantechnologien fortschreiten, zu einem immer entscheidenderen Faktor – in anthropologisch viel tiefer reichendem Maß als bisher angenommen. Damit stellen sich nicht nur philosophische und praktische, sondern auch neue Legitimationsfragen: Wer kontrolliert den Übergang zwischen Sinneswahrnehmung und Bewusstseinsakt, also das, was von außen eingespeist innen ankommt? Wer ist von wem wie dazu befugt? Das ist heute die wichtigere Dimension der Informationssicherheit. Wenn, wie in den kommenden Jahren notwendig, der Zusammenhang zwischen Wahrnehmung und Begriff, äußeren Datenmengen und innerer Verarbeitung neu geregelt wird – wer ist dann der Legislator? Eine Frage der Informationssicherheit im wörtlichsten Sinn der „Einbildungskraft“.

Philosophisch ist es die erneuerte Frage nach dem „Ursprung“ und der „Eigentlichkeit“, die damit verbunden ist. Was ist die „eigentliche“ Information, die ankommen soll, und wie kommt sie wirklich an? Nehmen wir als Beispiel die Entscheidung eines Menschen zu sterben, die über Medien vermittelt werden muss, weil er nicht mehr in der Lage ist, sich anders zu äußern. Damit wird eine riesige Dimension der Informationsfrage berührt, die wir heute noch gar nicht wirklich im Blick haben. Und was, wenn „Humanforscher“, die selbst aktiv zu Cyborgs werden wollen, wie Kevin Warwick von der Universität Reading, Recht damit haben, dass die Zukunft die Realisierung der Noosphäre durch die drahtlose Zusammenschaltung nicht mehr von Computer mit Gehirnen, sondern von Gehirnen mit

Gehirnen ist? Gerade der Transhumanismus ist ohne Informationssicherheit nicht denkbar, und schon gar nicht realisierbar. Der Begriff der „Ein-Bildung“ bzw. „Ein-Formung“ spielt auch hier im vollen Spektrum seines Bedeutungsumfanges die zentrale Rolle.

Das sind grundlegende Fragen – nicht nur aus der Anwendungsperspektive, sondern auch aus einer anthropologischen Perspektive im Hinblick auf die Zukunft der Menschheit. „Grundlegend“ im Sinne der klassischen Philosophie, d.h.: an der Basis liegend, an den Ursprung zurückreichend, aber eben auch: neuen Grund legend. Überall spielt in Zukunft Informationssicherung die zentrale Rolle: Das betrifft auch die Frage, welche Wesen wir sind, und wie wir uns selbst erfahren – immer geht es um die Sicherheit der „Übertragung“ von Informationen von einem Ort zum anderen. Nicht zufällig ist die für die Informationssicherheit so zentrale Frage der „Übertragung“ auch ein Kernbegriff der Psychoanalyse.

**C. Strawe: Ein anderes Thema, das Sie für unsere Leser erschlossen haben, war das des Postmaterialismus. Wie lässt sich die heutige Cyberkultur dahingehend einordnen?**

**R. Benedikter:** Cyberkultur gilt heute paradoxerweise – weil im Widerspruch zu dem vorher Gesagten – vielen auch als eine in ihren Grundcharakteristiken zumindest potentiell „postmaterialistische“ Kultur. Oder wie es die südkoreanische Mediensoziologin Ji-Young Kim geradezu euphorisch ausdrückt:<sup>10</sup> „Die entstehende Charakteristik der Cyberkultur... ist: dass sie im Prinzip postmaterialistisch ist. Denn sie fördert und unterstreicht Lebensqualität, Selbstrealisation und Teilhabe. Der Trend zu postmaterialistischen Werten ist eine Paradigmenverschiebung im Licht der Kommunikationseffekte hinsichtlich politischer Partizipation, weil sie Protestpolitiken von unten aufwertet. Eben aufgrund der hohen Konnektivität des Internet sind die gesellschaftlichen Implikationen der postmaterialistischen Cyberkultur bedeutsam. Vor allem legt diese Paradigmenverschiebung eine strukturelle Beziehung zwischen Postmaterialismus, Cyberkultur und politischer Beteiligung nahe, indem sie den Fokus auf drei Faktoren legt, die das Internet mit postmaterialistischen Werteorientierungen verbinden: kognitive Mobilisierung durch steigende Bildungsniveaus, Informationsstreuung und politische Entscheidungsprozesse sowie die Entwicklung neuer sozialer Bewegungen.“<sup>11</sup> Soweit das Zitat.

Ich halte das zwar für eine im Prinzip richtige Analyse, die Teil des tiefenambivalent strukturierten Gesamtphänomens ist, mir begrifflich allerdings als ein Missverständnis erscheint, geboren vor dem spezifischen Hintergrund der südkoreanischen Situation und Kultur, da hier der Begriff „postmaterialistisch“

<sup>10</sup> Kim, Ji-Young: Cyberculture of Postmaterialism and Political Participation. In: The Review of Korean Studies, Vol. 10, No. 4, December 2007, pp. 291-320. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter Informationsplattform humandrights.ch: Gezielte Tötungen durch Drohnen – vier aufschlussreiche Studien. [http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/Nachrichten/Terrorbekämpfung/idart\\_9850-content.html](http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/Nachrichten/Terrorbekämpfung/idart_9850-content.html)

<sup>11</sup> ebenda.

anders – und für den vorliegenden Kontext m.E. sachfremd – gebraucht wird.

Richtig wäre, im Zusammenhang mit der Cyberkultur nicht von „postmateriell“, sondern von „immateriell“ zu sprechen, wie dies bereits Jean-Francois Lyotard in seinen späten Werken vorgeschlagen hat. Die entsprechenden Impulse tragen sowohl einschließende wie ausschließende Perspektiven in sich, schon aufgrund der mit ihnen verbundenen Fähigkeitsanforderungen, die den Bereich stark elitär färben. Ihr demokratiepolitisches Potential halte ich noch für keineswegs ausgemacht. Das zeigt unter anderem die wachsende Ambivalenz der Sicherungsmechanismen. Die Zukunft von Einfluss und Herrschaft liegt in „soft power“, also in der Imagination bestimmter Ideale; und soft power ist ohne Informationssicherheit, auf der Freiheit beruht, nicht denkbar. Paradoxerweise wird daher Freiheit immer stärker auf die Kontrolle von Informationen angewiesen sein. Das könnte die Freiheit selbst untergraben – zumindest ihrem bisherigen Begriff nach.

**C. Strawe: Erleben wir das nicht gerade? Und sind es nicht die „Snowdens“, deren Mut hoffen lässt, dass dieser Prozess doch noch aufgehalten werden kann? Darum wird ja von vielen für Snowden Asyl, das Bundesverdienstkreuz oder mindestens Zeugenschutz in Deutschland verlangt. Die strittige Frage lautet, ob Edward Snowden ein Whistleblower ist, d.h. ein Informant, dessen Gewissensentscheidung anzuerkennen ist und der im öffentlichen Interesse gehandelt hat, oder ob er als ein Verräter behandelt werden soll, der vor ein Gericht gehört. Daran, wie diese Frage beantwortet wird, hängt m.E. die gesellschaftliche Zukunft der Information. Es ist paradox, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte dadurch schützen zu wollen, dass man sie sukzessive abschafft. Der Weg, den zuerst die Bush-Administration eingeschlagen hat und der heute leider fortgesetzt wird, erscheint mir deshalb als Irrweg. Ich finde es wie viele andere beschämend, dass Snowden in Russland Asyl suchen musste. Ich gebe übrigens gerne zu, dass es sich um ein Dilemma handelt, das schwierige praktische Fragen im Gefolge hat. Der Anspruch der USA „auf die digitale Herrschaft über den Planeten“ ruft natürlich auch technologische Antworten Europas hervor.“<sup>12</sup>**

**R. Benedikter:** Wir haben es in der Tat mit einem echten Dilemma zu tun. Ein Beispiel für entsprechende Widersprüchlichkeiten war bereits Wikileaks – von vielen als politisches Avantgardephänomen der Cyberkultur angesehen. Wikileaks benutzte das Internet, um geheime Informationen, darunter sicherheitsrelevante, die großteils den Westen betreffen, global zugänglich zu machen, um für „totale Transparenz“ zu sorgen und bisherige Machtpraktiken zu verunmöglichen. Die Hintergründe für Wikileaks

<sup>12</sup> S.P.O.N. - Im Zweifel links: Der Kaiser und seine Vasallen. Spiegel online, 20. Januar 2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/augstein-kolumne-zur-obama-rede-und-obama-interview-im-zdf-a-944417.html>

liegen in radikalpluralistischen und anarchistischen Bewegungen des Westens.

Ich habe auch die Sorge, dass im Westen Informationsoffenheit als Credo der Demokratie an einen Punkt getrieben wird, an dem sie sich selbst zu untergraben droht. Am ersten Tag der Veröffentlichung vertraulicher US-Depeschen durch Wikileaks im März 2011 setzte China mutmaßlich 600 professionelle Staatshacker darauf an, das Material systematisch dahingehend durchzusehen, ob sich daraus Vorteile für China gegen den Westen ergeben. Nach den Snowden-Enthüllungen muss man aber vielleicht auch hier umdenken, da können Sie Recht haben. Es ist eine Gratwanderung, aber ich bleibe dabei: Zu große Informationsoffenheit, die zu Informationslecks führt, die auf Informationsunsicherheit beruhen, untergraben eben diese Informationsoffenheit und nützt deren Feinden.

Der Fall Julian Assange (Wikileaks) und der Fall Edward Snowden zeigen deutlich: Informationssicherung ist immer weniger ein rein technisches Problem. Der menschliche Faktor spielt eine zunehmend wichtige Rolle. Wenn in der exponentiell professionalisierten und hochqualitativen technischen Informationssicherheitswelt die Sicherheit immer besser wird, wird der menschliche Faktor zu etwas Entscheidendem – und es wird sich immer klarer zeigen, dass das gleichermaßen Chance wie Problem ist. Wir haben es hier mit Gewissensfragen zu tun.

**C. Strawe: Der ehemalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld unterschied in einem ebenso berühmten wie viel verspotteten, insgesamt aber weit unterschätzten, Diktum kurz vor seinem Abgang vier analytische Kernfelder für die Zukunft strategischer Entscheidungen, die in jede Planung einzubeziehen sind: 1. Es gibt Dinge, von denen wir wissen, dass wir sie wissen. 2. Es gibt Dinge, von denen wir wissen, dass wir sie nicht wissen. 3. Es gibt Dinge, von denen wir nicht wissen, dass wir sie wissen. 4. Es gibt Dinge, von denen wir nicht wissen, dass wir sie nicht wissen. Was wissen wir? Was wissen wir nicht? Und: Womit sollen wir rechnen? – Haben Sie eine Antwort auf diese drei Fragen?**

**R. Benedikter:** Rumsfeld war weder ein Verächter der Virtualisierung von Krieg, noch der Abstraktion von Realität – sofern damit größtmögliche Vorteile und Effektivität für die westlichen Leitmächte verbunden waren. Wenn man dazu Napoleons berühmten Ansatz nimmt, Entscheidungen in die Zukunft hinein zu antizipieren – durch Kombination aller verfügbaren Informationen a) über Intentionen und b) über Kapazitäten sowohl von einem selbst wie vom anderen – dann gilt: Wenn es heute ein Gebiet gibt, auf dem Rumsfelds Punkte 2 – 4 gelten und auf dem uns beide Dimensionen Napoleons zum Großteil unbekannt sind, dann ist es die Informationsfrage und die damit zusammenhängende Kulturfrage. Wir haben noch keine ausreichende Vorstellung davon, was vor sich geht.

**C. Strawe: Heißt das, dass wir keine wirkliche Vorstellung von diesen entscheidenden Entwicklungen**

**haben und diesbezüglich nichts mit Sicherheit wissen?**

**R. Benedikter:** Das stimmt nur teilweise. Denn dreierlei wissen wir mit Sicherheit.

Erstens: Die Aussicht ist eindeutig. Die Bedeutung von Information wird quantitativ und qualitativ weiter wachsen, und sie wird ihren bisherigen Status als einen der zentralen Bereiche globalisierter Zivilisation weiter ausbauen. Warum? Weil sich das Thema der universalen Vernetzung und Virtualisierung auf alle Kernbereiche, alle gesellschaftlichen Sub-Systeme und typologischen Systemrationalitäten der entstehenden Weltgesellschaft ausdehnt. Wenn Bücher zunehmend nur mehr im Internet publiziert werden und die Wahrnehmung transnational technisiert wird, dehnt sich das Thema Information und ihre Sicherheit von den bisherigen kritischen Strategiebereichen Politik (Spionage, soft power) und Wirtschaft (Know-how) auf die globale Kulturebene aus. Das wird umso mehr der Fall sein, als bisherige nationale Kulturen an Bedeutung abnehmen.

Zweitens: Mit der Virtualisierung kehrt die Frage der Information an ihren Ursprung zurück: informare = einprägen, einformen, einbilden. Wenn die Welt unsere Sinne zunehmend über Medien, also technisch vermittelt, unser Bewusstsein erreicht, wird unser Bewusstsein von Informationen bestimmt, und zwar an beiden dabei im Spiel befindlichen Polen: Wahrnehmung und Begriff, Sinneseindruck und Gedanke. Am wichtigsten wird aber die Kontrolle ihrer Schnittstelle werden: der Ort, wo Wahrnehmung und Begriff, Sinneseindruck und Gedanke sich verbinden. Genau an diesem Übergang – über den wir heute noch wenig wissen, und der mit die größten Forschungspotentiale bereithält – findet Information statt – im wörtlichen Sinn von einprägen, einen Eindruck hinterlassen. Was wird ein-geprägt, was hinterlässt einen Eindruck? Wie werden Wahrnehmungsinhalte vom bewussten Denken verarbeitet? Wer kontrolliert den Übergang zwischen Wahrnehmung und Denken? Wer kontrolliert den Prozess dieser Ein-Bildung?

**C. Strawe: Erkenntnis, d.h. die Synthese von Wahrnehmung und Denken, ist die ureigenste Tat des Menschen. Die gegebene Wahrnehmung wird mit dem hervorgebracht-gegebenen Begriff verschmolzen. Dadurch wird das Wesen der Erscheinung offenbar. Dadurch wird aber nicht nur die Wahrnehmung „universalisiert“, sondern auch der Begriff individualisiert. Eben das ist Vorstellungsbildung, wenn ich der aus seelischer Beobachtung gewonnenen und an ihr überprüfbar Darstellung R. Steiners in seiner „Philosophie der Freiheit“ folge. Der Anteil des Menschen an der Wirklichkeit ist auf diese Weise durch seine eigene Tätigkeit vermittelt. Insofern sehe ich ein Doppeltes: Die Chance, dass die technische Entwicklung uns an die Beobachtung dessen, was Sie „Schnittstelle“ nennen, heranführt, aber auch die Gefahr eines zerstörerischen Eingriffs seitens einer autonomiefeindlichen Macht in das Denken als den innersten Quellort von menschlicher**

**Autonomie. Ob wir Menschen in Zukunft die Chance wahrnehmen oder der Gefahr erliegen, scheint mir die entscheidende Frage zu sein.**

**R. Benedikter:** Genau um diese Frage geht es: Abzuklären, wer zum Zugang autorisiert ist und wer nicht. Herauszufinden, wer sich möglicherweise dazwischenschalten könnte, um den Schnittpunkt mit zu kontrollieren. Eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie sich im Zusammenhang damit der Begriff „Daten“ entwickeln wird. Das sind langfristig die wichtigeren strategischen Fragen als die meisten militärischen, diplomatischen und politischen Fragen unserer Zeit – jedenfalls in den Formen, wie wir sie heute kennen.

Es gibt noch einen dritten Aspekt, über den Sicherheit besteht: Wenn sich das Thema weiterentwickelt, wird im Kern verständlich sein, dass weder die Kontrolle des einen noch des anderen Pols entscheidend sein wird, also weder die Kontrolle von Information durch Wahrnehmung bzw. durch Daten noch die Kontrolle der Art und Weise, wie derlei Informationen bewusstseinsmäßig verarbeitet werden von ihren Empfängern. Der entscheidende Punkt, um den man in den kommenden Jahrzehnten zweifellos viele Auseinandersetzungen und Kämpfe in Worten wie in Taten führen wird, ist der Kampf um die Schnittstelle zwischen Wahrnehmung und Begriff, zwischen Empfang und Verarbeitung – also um Information nicht als Datenmenge, sondern als geistiger Bildeprozess.

**C. Strawe: Worauf also müssen wir uns in der Zukunft einstellen?**

**R. Benedikter:** Versuche, den Menschen zum Cyborg umzubauen, stehen ebenso unmittelbar bevor wie Versuche, die Menschheit in das umgebende Weltall expandieren zu lassen. Sie werden, unabhängig davon, welche Formen sie im Detail annehmen, das Leben der kommenden drei Generationen maßgeblich mitbestimmen: erstere nach innen hin, letztere nach außen hin. Umbrüche in der Wirtschafts- und Finanzwelt, das Ende der bisherigen politischen Weltordnung mit dem Aufstieg Chinas und der Entstehung einer multipolaren Welt, die damit verbundene „Post-Empire“-Depression des Westens, der bereits erfolgte Beginn von Cyberkriegen sowie „humanpenetrative Mobilität“ an der Grenze zwischen Maschine und Bewusstsein prägen die Gegenwart. Mit dem Aufstieg dieser Entwicklungen und Parameter zu bestimmenden gesellschaftlichen Kräften ist ein neuer Weltanschauungskampf verbunden, der hinter den Kulissen politisch korrekter öffentlicher Rationalität längst im Gange ist: der Kampf zwischen einem schwächelnden, bereits weitgehend historisierten Humanismus und einem „Transhumanismus“, der – mit seinem intellektuellen Hauptsitz am „Zukunft der Menschheit Institut“ der altehrwürdigen Universität Oxford – mit allen Kräften aktiv über den bisherigen Menschen hinaus gelangen will. Mit diesen Entwicklungen tritt eine Fragenhäufung auf, die wenige Beispiele in der Geschichte der Moderne hat.

**C. Strawe: Welche Aufgaben haben aus Ihrer Sicht die Menschen in Europa vor diesem Hintergrund?**

**R. Benedikter:** Europa ist trotz jahrelanger Krisen bis heute eine der größten und vor allem sozial erfolgreichsten Wirtschaftszonen der Welt. Trotzdem besteht heute die Notwendigkeit, seine humanistische Tradition neu zu hinterfragen – was bisher kaum erfolgte. Außerdem wird auch ein stärkerer Anschluss an globale Zukunftsthemen im Spannungsfeld zwischen Technologie, Intelligenz und Kultur notwendig. Denn deren Überschneidungen nehmen an Bedeutung rapide zu. Cyberrealitäten, die nicht mehr nur auf Information beruhen, sondern daraus bestehen, bilden als gelebte Kontextpolitiken keine Rand- oder Spezialthemen mehr, sondern steigen zu neuen Zentren des globalen Politischen auf.

Wir müssen auf diese neue Konstellation reagieren und künftig eine äußere und eine innere Dimension technologischer Veränderung des Humanen bei zumindest teilweiser gleichzeitiger menschlicher „Re-Information“ der Technik unterscheiden. Diese Entwicklung kann als Wechsel- und teilweise stark widersprüchliche Doppelbewegung auf den sechs Feldern von Wirtschaft, Politik, Kultur, Religion, Technologie und Demografie aufgezeigt werden. Sie verbindet sich dort zu einem großen Veränderungsvorgang. Weil in diesem Rahmen Information nach und nach zu ihrem Ursprung als Prägekraft zurückkehrt und diesen zugleich immer stärker in eine „transhumanistische“ Dimension hinein überschreitet, steht mit der Zukunft von Information und Informationssicherung auch die Zukunft des schöpferischen Erkenntnisvermögens zur Disposition. Es liegt (wie immer) an uns, was wir daraus machen.

## Roland Benedikter

geboren 1965, ist Europäischer Stiftungsprofessor für multidisziplinäre Politikanalyse und Politische Antizipation an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und Visiting Scholar an der Stanford University, Regierungsberater am Potomac Institute Washington DC und Trustee der Toynbee Prize Foundation Boston. Vorlesungen in Asien, USA und Europa, Mitarbeiter am Pentagon White Paper über die Militarisierung der Neurotechnologie, Publikationen in führenden Fachzeitschriften wie Foreign Affairs, The National Interest und Blätter für deutsche und internationale Politik, Kommentare in den Tageszeitungen Die Welt, Der Standard, Frankfurter Rundschau, Die Presse. Homepage: [http://europe.stanford.edu/people/roland\\_benedikter](http://europe.stanford.edu/people/roland_benedikter).

# Transatlantisches Freihandelsabkommen

## Zur Auseinandersetzung um das „TTIP“ im Europawahljahr

### Angriff auf die Demokratie und auf europäische Sozial- und Umweltstandards statt fairer Handelspartnerschaft

*Wilhelm Neurohr*

Nach der Fixierung Europas auf den liberalisierten „Binnenmarkt“ rückt der globale „Außenmarkt“ wieder verstärkt in den Fokus des Interesses europäischer und transatlantischer Wirtschafts- und Handelspolitik – vor allem auf Drängen der USA, aber auch der deutschen Kanzlerin und der EU-Kommission. Nachdem in der Vergangenheit bereits Zölle weitgehend gesenkt und Subventionen sowie Regulierungen vielfach abgeschafft wurden, soll nunmehr der grenzüberschreitende Handel durch weitere Marktliberalisierung noch massiv gesteigert werden, weil nach „Abbau regulatorischer Hindernisse“ angeblich positive wirtschaftliche Effekte<sup>1</sup> zu erwarten sind. Darüber wird schon seit Beginn der 1990er Jahre diskutiert. Noch mehr Wettbewerb und Wachstum sollen den Wohlstand steigern und zugleich gesellschaftliche Probleme lösen, so lautet die Verheißung der Eliten. Dazu heißt es auf den

<sup>1</sup> Es wird u.a. eine Steigerung von 2,5% bis 2,8% des BIP erwartet laut „Wirtschaftswoche“ und „Finanznet“, a.a.O.; die EU-Kommission selber rechnet mit einem zusätzlichen Wachstum des realen Nationaleinkommens der EU von bis zu 0,48% bzw. 86,5 Mrd. €. Der EU-Handelskommissar spricht von 119 Mrd. € jährlich für die Wirtschaft (und 500 € pro Familie in der Geldbörse) – über 10 Jahre gerechnet geht es gerade einmal um insg. 0,5%, also 0,05% pro Jahr.

„Nachdenkseiten“: „Transnational agierende Konzerne, deren Lobbyverbände und Denkfabriken, träumen seit geraumer Zeit von einem globalen Markt ohne Schranken. Lobbyorganisationen und Politik verbünden sich im Freihandelsfieber, um die Führungsrolle in der Weltwirtschaft zu halten und auszubauen.“<sup>2</sup> Das Verhandlungsmandat wurde der EU-Kommission übertragen, die Federführung hat der belgische EU-Handelskommissar Karel de Gucht inne.

Unter dem Kürzel TTIP („Transatlantic Trade and Investment Partnership“) oder auch TAFTA („Transatlantic Free Trade Agreement“) ist das geplante Abkommen zwischen den USA und der EU sowie weiteren Staaten seit Mitte 2013 in der konkreten Verhandlungsphase. Die Inhalte sind stark umstritten. Das Abkommen soll in Form eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen den USA und den Staaten der EU abgeschlossen werden, wobei auch Kanada, Mexiko, die EFTA-Staaten<sup>3</sup>, die Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island sowie die EU-Beitrittskandidaten Mazedonien, Türkei u.a. mit einbezogen werden. Einmal in Kraft getreten, wäre es praktisch irreversibel. Zudem kann der Vertragstext mit einem Umfang von ca. 2000 Seiten von den Mitgliedsstaaten nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden, ist also nicht in einzelnen Punkten veränderbar. (Diese in der EU durch das pauschale Verhandlungsmandat zwangsläufig geltende Verfahrensweise wollte US-Präsident Obama kürzlich so auch für den US-Kongress übernehmen, scheiterte damit aber am Widerstand der Abgeordneten seiner eigenen Demokratischen Partei.)

### Die größte Freihandelszone der Welt soll entstehen

In der dann größten Freihandelszone der Welt mit weit über 800 Mio. Einwohnern wird fast 60% des globalen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet und 40% des Welthandels bestritten<sup>4</sup> werden. Damit würde das Abkommen zur „Investitions- und Handelspartnerschaft“ zwangsläufig auch der „restlichen Welt“ die Standards für derartige Abkommen sowie die Spielregeln der Handelsfreiheit auf den globalen Märkten diktieren,<sup>5</sup> wie etwa zwischen der EU und China. Deshalb sprechen einige auch von einer „Elefantenhochzeit“ zwischen den USA und der EU. Die Hans-Böckler-Stiftung<sup>6</sup> sagt hingegen voraus, das TTIP-Abkommen mit den USA werde Handelsverbindungen zementieren, die immer unwichtiger würden – statt neue etwa mit China zu stärken.<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Charles Derber: „One World“ – Von globaler Gewalt zur sozialen Globalisierung, Europa-Verlag Hamburg 2003; zitiert in [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de) vom 27. Januar 2014

<sup>3</sup> Der Europäischen Freihandelszone EFTA gehören die nicht der EU beigetretenen europäischen Staaten an, siehe <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17435/europaeische-freihandelszone-efta>

<sup>4</sup> <http://www.wiwo.de/politik/ausland/usa-eu-transatlantischer-wirtschaftsrat-kommt-nicht-in-schwung/5588798.html>

<sup>5</sup> <http://www.attac-netzwerk.de/index.php?id=12920>

<sup>6</sup> <http://www.boeckler.de/index.htm>

<sup>7</sup> [www.tagesschau.de/wirtschaft/fac-Freihandelszone-eu-usa102.html/](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/fac-Freihandelszone-eu-usa102.html/)

„Mit TTIP soll die Harmonisierung von Arbeits-, Sozial- und Umweltrechten in einem Regelsystem für die Weltwirtschaft durchgesetzt werden. Dazu gehören einheitliche Mindeststandards, die von keinem anderen Land unterschritten werden dürfen.“<sup>8</sup>

- Sind die USA und Europa bei dem Vorhaben wirklich auf gleicher Augenhöhe, sodass TTIP ein „akzeptabler Kompromiss“ werden könnte, wie die EU-Verhandlungsführer behaupten?
- Und können solche Abkommen überhaupt eine gute und faire Handels- und Wirtschaftspolitik ersetzen?
- Müssten solche Abkommen nicht wenigstens begleitet werden durch Vereinbarungen, mit denen die Lage und Lebensqualität der Menschen sowie der Datenschutz verbessert werden?

„Durch eine Freihandelszone EU/USA bleibt im Welthandel kein Stein auf dem anderen“,<sup>9</sup> es sei ein „Sargnagel für den Welthandel“ und überdies ein „Todesstoß für die WTO“ (die jetzt schon am Ende ist), prophezeit Professor Langhammer vom Institut für Weltwirtschaft Kiel.<sup>10</sup> Die großen Verlierer werden die traditionellen Handelspartner der USA sein, nämlich Kanada, Australien und Mexiko; denn mit TTIP verliert die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA<sup>11</sup> an Bedeutung.

Verlierer und Gewinner ließen sich jetzt schon zuordnen: „Verlierer sind die Beschäftigten, die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Umwelt und der profitfreie öffentliche Sektor“, so befürchtet Prof. Rudolf Hickel vom wissenschaftlichen Beirat von Attac.<sup>12</sup> Als Gewinner stünden ihnen einzig und allein die multinationalen Konzerne gegenüber. TTIP hat tatsächlich eine „andere Qualität“ als die bereits seit 1959 mit deutscher Beteiligung abgeschlossenen 140 Handels- oder Investitionsabkommen; um die 3000 gibt es inzwischen weltweit,<sup>13</sup> andere sprechen von 1900 Abkommen<sup>14</sup> insgesamt. (Deutschland hatte den ersten bilateralen Investitionsvertrag 1959 mit Pakistan abgeschlossen, zum Nachteil des Entwicklungslandes.<sup>15</sup>) „Die neue Liberalisierungswelle ist umso gefährlicher, weil sie mit transatlantischer Wucht kommt“, so befürchtet sogar der Bayrische Städtetag.<sup>16</sup> Deshalb sollen die eigentlichen Hintergründe, Absichten und Ziele des geplanten Freihandelsabkommen und seine Gefahren und Risiken hier näher betrachtet werden.

## Freie Bahn für Beutezüge der Konzerne?

In diesem Beitrag wird im Folgenden verdeutlicht, dass TTIP von langer Hand auf Betreiben und unter maßgeblicher Beteiligung von Lobbyisten und Profiteuren vorbereitet wurde, beginnend mit einem ersten Entschluss der EU schon im Jahr 1990, vor fast 25 Jahren. Konkret eingeleitet und besiegelt wurde das Vorhaben dann am 30. April 2007<sup>17</sup> auf dem transatlantischen EU-USA-Gipfel zwischen US-Präsident Bush, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und EU-Kommissionspräsident Barroso unter Beteiligung von Außenminister Steinmeier. Zunächst wurde ein vorbereitender „Transatlantischer Wirtschaftsrat“ (TEC)<sup>18</sup> zur „Harmonisierung von Marktregulierungen“ und „Beseitigung von Handels- und Investitionsbarrieren“<sup>19</sup> eingerichtet. Das Ziel war die Errichtung eines gemeinsamen transatlantischen Wirtschaftsraumes, auch wenn eine schnelle Konkretisierung an Präsident Bush und der Agrarlobby zunächst scheiterte.

Das Vorhaben an sich sehen Kritiker heute als problematisch an: „Eine transatlantische Freihandelszone, frei von sozialen und moralischen Verpflichtungen, ohne Kontrolle, ohne Rechenschaftspflicht und ohne politische Gegenmacht fördert eine anarchische Weltwirtschaft, der eine nie dagewesene Macht zuteil wird.“<sup>20</sup> Speziell US-Konzerne wie Monsanto, die bislang am europäischen Umwelt- und Verbraucherrecht gescheitert sind, könnten mit ihren Produkten doch noch in Europa Fuß fassen. Denn ein Kapitel zum Verbraucherschutz fehlt bislang völlig in den geplanten Regelungen des Abkommens. Ein „Eldorado für Investoren soll geschaffen werden, die in der Ausübung ihrer Geschäfte nicht mehr durch nationale Umweltauflagen, Arbeitnehmerrechte oder Verbraucherschutz gehemmt werden wollen. Dieser Traum könnte allerdings zu einem Alptraum für EU-Bürger werden, weil politisch erkämpfte Standards und Schutzrechte mit dem Investor-Staat-Klageverfahren sturmreif geschossen werden.“<sup>21</sup> TTIP wird inzwischen als „Ermächtigungsgesetz für Konzerne“ bezeichnet. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass Europa auch von Amerika lernen kann, weil dort beispielsweise der Zuckergehalt in Nahrungsmitteln besser gekennzeichnet ist...

Die gemeinsame Freihandelszone war und ist gleichwohl ein „Lieblingsprojekt“ der deutschen Kanzlerin, das sie auch 2009 in ihrer Rede im US-Kongress thematisierte<sup>22</sup> und von dem sie sich „binnen-

8 Prof. Rudolf Hickel (wiss. Beirat Attac) in der taz vom 11.02. 2014

9 [http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Media-Coverage/international/Press\\_Echo\\_\\_int\\_\\_2013/medienecho\\_echo-presse-18-06-2013.html](http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Media-Coverage/international/Press_Echo__int__2013/medienecho_echo-presse-18-06-2013.html)

10 <http://www.theeuropean.de/rolf-langhammer/5930-kritische-sicht-auf-das-freihandelsabkommen>

11 North American Free Trade Agreement

12 taz vom 11.02.2014

13 FAZ vom 25.01.2014

14 WDR 5 im Januar 2014 in einer Sendung zu TTIP

15 Klimenta/Fisahn: „Die Freihandelsfalle, VSA-Verlag 2014, AttacBasisZexte45

16 [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

17 [http://www.eu2007.de/de/News/Press\\_Releases/April/0501BPAEUUSASummit.html](http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/April/0501BPAEUUSASummit.html); [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/EU-USA\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/EU-USA_node.html), <http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/diebeziehungeneuus/TEC/TECtransatlWirtschaftsrat/print.html>

18 <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/Transatlantischer-Wirtschaftsrat-tritt-erstmals-zusammen-248117>

19 <http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/diebeziehungeneuus/TEC/AufbauArbeitTEC>

20 Charles Derber: „One World“, von globaler Gewalt zur sozialen Globalisierung, Europa-Verlag Hamburg 2003; zitiert in [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de) vom 27. Januar 2014

21 [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

22 <http://www.cducus.de/presse/pressemitteilungen/transatlantischer-wirtschaftsrat-tec-ist-wichtiger-denn-je-fuer-die/>

marktähnliche Strukturen“ erhofft.<sup>23</sup> Wörtlich sagte sie im US-Kongress: „Ebenso kann der Transatlantische Wirtschaftsrat eine wichtige Aufgabe erfüllen. Wir können damit Subventionswettläufe verhindern und Anstöße zum Abbau von Handelshemmnissen zwischen Europa und Amerika geben. Ich bitte Sie: Lassen Sie uns gemeinsam für eine Weltwirtschaftsordnung eintreten, die im Interesse Europas und Amerikas ist.“<sup>24</sup> Es geht also erklärtermaßen um eine (neue) Weltwirtschaftsordnung vornehmlich im Interesse Europas und Amerikas.

## Starke antidemokratische Tendenzen

Auch die deutschen Koalitionsparteien CDU und SPD erklärten 2013 nach gemeinsamen Arbeitsgruppensitzungen, das Freihandelsabkommen mit den USA „entschlossen voranzutreiben“.<sup>25</sup> Sie wollen „die Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss führen“, weil das geplante „Freihandelsabkommen mit den USA eines der zentralen Projekte zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen“ sei. Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag: „Unser Ziel ist dabei, bestehende Hindernisse in den transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so umfassend wie möglich abzubauen.“

- Warum aber wird das Ganze behandelt wie eine „geheime Kommando-Sache“?
- Warum erhielten bislang weder die Mitgliedsstaaten der EU noch andere EU-Kommissare außer dem zuständigen Handelskommissar, geschweige denn die Abgeordneten des Europa-Parlaments bzw. der nationalen Parlamente, Einblick in die geheim gehaltenen Verhandlungsdokumente für das TTIP-Abkommen?

Diese Haltung offenbart Abgründe im Demokratieverständnis der deutschen Regierung und der EU-Kommission:

## Wird der Bürger als Gefahr gesehen?

Politiker verhandeln mit Unternehmen über Belange der Bevölkerung – während diese völlig außen vor bleiben soll?

Die Versicherung der schwarz-roten Parteipolitiker, auf soziale, ökologische und rechtliche Standards bei dem Abkommen zu achten und auf zulässige Ausnahmen zu drängen, erscheinen wie „bloße Lippenbekenntnisse, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen“<sup>26</sup>, kritisiert Attac. Seitdem mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 das Handelsmandat auf die EU übertragen wurde, sind die Mitgliedsstaaten außen vor.

23 <http://www.wiwo.de/politik/ausland/usa-eu-transatlantischer-wirtschaftsrat-kommt-nicht-in-schwung/5588798.html>

24 <http://www.welt.de/politik/ausland/article5079678/Angela-Merkels-Rede-im-US-Kongress-im-Wortlaut.html>

25 Inlandsmeldungen vom 5.11.2013

26 Attac in einer Presseerklärung vom 5.11.2013

Der Freihandel stärkt also nicht die Demokratie, wie immer wieder behauptet wird, sondern weist stark antidemokratische Tendenzen auf. Das ganze Modell des Freihandels incl. der Stoßrichtung dieser Verträge ist problematisch und gefährdet auch Verfassungs- und Menschenrechte.<sup>27</sup> Es erscheint eher wie eine Unterwerfung der Staaten unter eine neue Weltordnung, in der nicht demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Finanzeliten darüber bestimmen, was für öffentliche und private Daseinsfürsorge notwendig ist.<sup>28</sup> „Einer der fiesesten Lobbyisten-Tricks ist das Andocken an internationale Handelsabkommen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden.“<sup>29</sup> Obwohl TTIP sich wahrscheinlich noch stärker auf den Geldbeutel der Wähler auswirken wird als die Energiewende, wird es im Wahlkampf viel zu wenig thematisiert. Lobbynetzwerke sind dagegen viel näher am Thema und Teil der Vorbereitungsprozesse, sodass der harte Vorwurf eines „Komplots der Konzerne gegen Rechtsprechung und Demokratie“<sup>30</sup> nicht an den Haaren herbeigezogen scheint.

Bezeichnend und entlarvend ist auch eine Textpassage im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien SPD und CDU, die als gemeinsames Ziel den Abschluss des Freihandelsabkommen TTIP bis spätestens Ende 2015 wollen: „Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist ein verringerter Regelungsaufwand auf Ebene der EU erforderlich. Die EU-Kommission muss Regelungsbereiche identifizieren, die das größte Potenzial zur Vereinfachung und zur Verringerung der Regulierungskosten bieten, vor allem soweit sie für kleine und mittlere Unternehmen besonders relevant sind. Für diese Bereiche fordern wir konkrete Abbauziele. Dem Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz muss dabei Rechnung getragen werden. EU-Vorgaben wollen wir grundsätzlich ‚eins zu eins‘ umsetzen – das sichert auch Chancengleichheit im europäischen Binnenmarkt.“<sup>31</sup>

## Der Einfluss der Bertelsmann-Stiftung auf die EU-Handelspolitik

Nach nur schleppenden Verhandlungen des vorbereitenden Transatlantischen Wirtschaftsrates TEC, riet die Bertelsmann Stiftung in einem „Strategiepapier“ dazu, dieses Gremium in der Hierarchie künftig ganz oben beim amerikanischen Vizepräsidenten und dem EU-Kommissionspräsidenten zu platzieren.<sup>32</sup> Auf dem 10. Internationalen Bertelsmann Forum (IBF) in Berlin zur Zukunft der EU<sup>33</sup> in 2006,

27 <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/536.html>

28 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/?s=ttip&searchsubmit=>

29 <http://www.neunetz.com/2013/03/20/trips-acta-tafta-internationale-handelsabkommen-als-trojanische-pferde/>

30 Aussage auf einer Attac-Veranstaltung in München

31 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/27/koalitionsvertrag-die-plaene-der-bundesregierung-fuer-europa/>

32 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantischer-wirtschaftsrat-tec-braucht-mehr-biss/3288020.html>

33 <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/>

hielt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel eine europapolitische Grundsatzrede<sup>34</sup>, bei der sie eine „neue wirtschaftliche Dynamik bei fortschreitender Liberalisierung der Märkte“ einforderte sowie eine darauf bezogene „Neubegründung Europas“<sup>35</sup>.

Zugleich plädierte die Bertelsmann-Stiftung dafür, „den Nutzwert Europas für den Bürger in neuen Großprojekten spüren zu lassen“.<sup>36</sup> 2008 ergänzte sie in einem Strategiepapier<sup>37</sup> ihre Vorstellungen über die „künftige globale Machtenfaltung Europas“ und über ein „modernisiertes transatlantisches Verhältnis“ mit „strategischen Optionen“, auch zur Sicherung von Unternehmensinteressen. TTIP ist mit Sicherheit eines dieser machtvollen Großprojekte „im Unternehmensinteresse“. In einer eigenen Studie prognostiziert die Bertelsmann-Stiftung übertrieben hohe wirtschaftliche Nutzeffekte durch TTIP bezüglich Wachstum und Arbeitsplätzen – sie trifft jedoch der Vorwurf der Befangenheit, da sie seit 2011 einem in seiner Zusammensetzung geheim gehaltenen Beratungsgremium<sup>38</sup> für die TTIP-Vorbereitung angehört, das von Präsident Obama und EU-Ratspräsident Van Rompuy auf einem Gipfeltreffen eingerichtet wurde.

### Mahnung zur Eile, bevor Kritiker mobil machen

Im Unternehmens- und Bankeninteresse empfahl die Deutsche Bank 2013 die strikte Einhaltung des straffen Zeitplanes für das Freihandelsabkommen, bevor sich in Europa die kritischen Stimmen der NGOs verstärken.<sup>39</sup> Dazu passt die Mahnung von US-Vizepräsident Jo Biden im Februar 2014 auf der Münchener Sicherheitskonferenz, Eile bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP oder TAFTA walten zu lassen, die „nur mit einer Ladung Benzin durchzuziehen“ seien.<sup>40</sup> Auch EU-Kommissionspräsident Barroso und Kanzlerin Merkel stimmten ein: Keine Ausnahmen, ein sehr

allgemeines Mandat und „nur schnelle Verhandlungen“ könnten helfen, gegnerische Populisten und Lobbyisten „in Schach zu halten“.<sup>41</sup> Dass die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen deshalb „schnell abgeschlossen werden müssen“, forderte auch der französische Regierungschef und Sozialist Hollande bei einem Treffen mit US-Präsident Obama im Februar 2014.<sup>42</sup> Denn in seinem Nationalparlament gab es schon heftiges Aufbegehren.

- Sollen alle Kritiker, die sich einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ unter Konzernherrschaft widersetzen, ausmanövriert werden?

Andererseits haben 600 offizielle Berater von Großkonzernen privilegierten Zugang zu den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern, wie Lori Wallach, eine auf Handelsrecht spezialisierte Anwältin aus den USA (von der weltweit größten Verbraucherschutzorganisation „Public Citizen’s Global Trade Watch“ mit Sitz in Washington<sup>43</sup>) aufgedeckt hat. Für TTIP macht sich u.a. auch die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE)<sup>44</sup> stark und fordert oberste Priorität für den Abbau nicht-tarifärer und regulatorischer Handelshemmnisse. Ebenso gehört der Deutsche Bauernverband (DBV)<sup>45</sup> zu den Befürwortern und sieht „Chancen für den Agrarmarkt“, derweil die Agrarindustrie der USA die Landwirtschaft weiter industrialisieren will. In den USA macht besonders der US-Energie-Konzern Chevron für TTIP mobil und hat sogar einen kompletten Beitrag für die US-Konsultationen zum Verhandlungsteil Investitionsschutz geliefert.<sup>46</sup> Damit will er regulatorische Eingriffe bei den kapitalintensiven Langzeit-Investitionen für große Energieprojekte verhindern. Die Unternehmensinteressen an einer weiteren Marktliberalisierung sind also vielfältig.

Im November 2013 gelangte ein vertrauliches Papier an die Öffentlichkeit, mit dem die EU-Kommission die Mitgliedsregierungen und Staatsmänner anweist, für eine TTIP-freundliche Berichterstattung zu sorgen, die Bevölkerung TTIP-positiv zu stimmen und Zweifel am TTIP so schon von vornherein zu zerstreuen.<sup>47</sup> Der zuständige EU-Handelskommissar Karel de Gucht beklagte sich anschließend öffentlich darüber, dass ausgerechnet die deutsche Regierung dem zu wenig nachkomme. Inzwischen wirbt Bundespräsident Gauck öffentlich für das Freihandelsabkommen.<sup>48</sup> Offensichtlich haben sich politische und wirtschaftliche Eliten zusammengetan, um in „machtvoller Geheimnistuerei“, intransparent und ohne demokratische Legitimation, Konzerninteressen zum Durchbruch zu verhelfen – so und ähnlich lauteten

SID-2CA8C30C-22F5659D/bst/hs.xsl/33440.html

34 <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-2E3F004C-8E2366/bst/hs.xsl/33710.htm>

35 <http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2006/ibf.php>

36 [http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_18553\\_18554\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_18553_18554_2.pdf)

37 Das Strategiepapier, das die Firmenstiftung des Medienkonzerns Bertelsmann unter dem Titel „Beyond 2010 – European Grand Strategy in a Global Age“ veröffentlicht hat, ist von der sogenannten Venusberg-Gruppe erstellt worden. Bei dieser handelt es sich um einen Expertenzirkel, der seit 1999 kontinuierlich tätig ist – ebenfalls auf Initiative der Bertelsmann-Stiftung, die als mit Abstand einflussreichster privater Thinktank der Bundesrepublik gilt. Zahlreiche Konzept- und Strategiepapiere der Stiftung sind in den vergangenen Jahren zur Grundlage für politische Maßnahmen Berlins und Brüssels geworden. In der „Venusberg-Gruppe“ arbeiten sechs Experten der Stiftung gemeinsam mit sieben weiteren Wissenschaftlern und Politikern aus unterschiedlichen europäischen Staaten an Blaupausen für die künftige EU-Außen- und Militärpolitik. Das jetzt vorliegende Dokument ist bereits ihr drittes umfassendes Strategiepapier. Siehe auch <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=11983>

38 EU-US High Level Working Group on Jobs and Growth, siehe <http://ec.europa.eu/enterprise/policies/international/cooperating-governments/usa/jobs->

39 [http://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD/PROD000000000323269.pdf](http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000323269.pdf)

40 [www.unesco.de/8034.html](http://www.unesco.de/8034.html)

41 ebenda

42 <http://www.nrhz.de/flyer/suche.php>

43 <http://www.citizen.org/trade/>

44 <http://www.bve-online.de/>

45 <http://www.bauernverband.de/>

46 Klimenta/Fisahn: „Die Freihandelsfalle; VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte45

47 Zeitschrift „Brennstoff“ Nr. 35 vom Januar 2014 sowie [www.corporateeurope.org](http://www.corporateeurope.org)

48 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/trotz-nsa-affaere-gauck-wirbt-fuer-freihandelsabkommen-a-946081.html>



die kritischen Reaktion darauf. Natürlich wissen die Verantwortlichen mit ihrer Geheimniskrämerei ganz genau, dass sie dieses Abkommen anders nicht durchbekommen würden.

Immerhin forderte der deutsche FDP-Vorsitzende Christian Lindner im Oktober 2013 in einem Gastbeitrag für die FAZ mit dem Titel „Freiheit geht vor Freihandel“, dass „Gespräche über ein transatlantisches Freihandelsabkommen ohne transatlantisches Datenschutzabkommen keinen Sinn ergeben“.<sup>49</sup>

### TTIP im Kontext der übrigen zahlreichen Handelsabkommen

Ein Anliegen dieses Beitrages ist es auch, TTIP im Kontext der zahlreichen anderen internationalen und multilateralen Handelsabkommen und Bestrebungen (auch der WTO und der OECD u.a.) zu betrachten. Denn von GATT über GATS und TRIPS<sup>50</sup> etc. bis zur EU-Dienstleistungsrichtlinie und TTIP sowie neuerdings PTiSA<sup>51</sup>, die alle nicht zu einer fairen Handelspartnerschaft beitragen, wird durchgängig eine einheitliche Stoßrichtung erkennbar: das Streben nach einer Vormachtstellung internationaler Dienstleistungs- und Handelskonzerne über demokratisch legitimierte staatliche Vollmachten. Das bedeutet die Beendigung des Primats der Politik. TTIP ist ein neuer und gewaltiger Vorstoß in diese Richtung, quasi eine „Allzweckwaffe von Unternehmen in politischen Auseinandersetzungen“, wie es die Organisation „Corporate Europe Observatory“<sup>52</sup> benennt. Bisherige Abkommen hätten etliche Milliarden Dollar fast ausschließlich in Konzernkassen fließen lassen.<sup>53</sup> Wie ein Spinnennetz wird ein Geflecht von miteinander verwobenen Liberalisierungsabkommen um den Globus gesponnen, aus dem es schließlich kein Entrinnen mehr gibt.

Dass trotz alledem die deutsche Bundesregierung und ihre Kanzlerin, aber auch der Koalitionspartner SPD nicht erst seit dem Koalitionsvertrag,<sup>54</sup> Befürworter und sogar „Treiber“ des TTIP-Vorhabens in der EU sind – obwohl sie laut Amtseid Schaden vom Volk abzuwenden haben – wird immer offenkundiger. Schon der damalige deutsche EU-Kommissar und EU-Vizepräsident Günter Verheugen (SPD, vormals FDP) hatte sich als Vorsitzender des TEC-Wirtschaftsrates (zusammen mit dem jeweiligen Wirtschaftsberater des US-Präsidenten als Ko-Vorsitzendem und den EU-Kommissaren für Handel, Außenbeziehungen und Binnenmarkt)<sup>55</sup>, für das Freihandelsabkommen stark gemacht, dessen negative Auswirkungen bis in die kommunale Selbstverwaltungsebene mit den

öffentlichen Dienstleistungen für die Daseinsfürsorge reichen würden (wie schon zuvor bei der ebenfalls umstrittenen EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Konzessionsrichtlinie, dem gescheiterten ACTA-Abkommen zur Produkt- und Markenpiraterie oder beim GATS-Abkommen)<sup>56</sup>.

### Einschränkung kommunaler Planungs- und Gestaltungshoheit

Neben den Verhandlungen über das TTIP-Abkommen haben zu allem Übel im Frühjahr 2013 gleichzeitig auch Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services)<sup>57</sup> begonnen, dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das 1995 in Kraft trat. Nunmehr geht es unter dem Kürzel PTiSA (Plurilateral Trade in Services Agreement) um ein „plurilaterales“ Abkommen über Dienstleistungen mit mehreren außereuropäischen Vertragspartnern.<sup>58</sup> Damit wird eine umfassende Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels angestrebt. Während in der EU noch ein bemerkenswerter Sektor an öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand sind, wurden diese Dienstleistungen in den USA bereits weitgehend liberalisiert. Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge wird allein mit schwammigen Vertragsklauseln über „Dienste von allgemeinem Interesse“ ohne klare Definition keineswegs gesichert.<sup>59</sup>

Das erregt große Besorgnis vor allem auch bei den Kommunen, weil damit gleich zwei globale Abkommen die öffentlichen Dienstleistungen international liberalisieren wollen. Das EU-Handelsmandat für TTIP umfasst auch kommunal-relevante Handlungsbereiche, etwa das öffentliche Auftragswesen, Energiepolitik und Umweltschutz. Eine Mitwirkung der Kommunen an den Verhandlungen ist jedoch nicht vorgesehen. Deshalb sorgt sich u.a. der Verband der kommunalen Wasserwirtschaft (VKU)<sup>60</sup> erneut um Beeinträchtigungen für die kommunale Wasserwirtschaft und den Gewässerschutz durch die beiden Abkommen. Darum hat er bereits aus kommunaler Sicht Stellung genommen, wurde doch gerade erst, nach langem Kampf, die Wasserwirtschaft aus der EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen. Autonome Gestaltungsräume von Gebietskörperschaften innerhalb der EU können nur dann geschützt und gesichert werden, wenn sie gar nicht erst Gegenstand von Handels- und Investitionsverträgen werden.

Bei näherem Hinsehen werden durch das TTIP-Abkommen viele Regelungen infrage gestellt, die der kommunalen Planungshoheit unterstehen: einschränkende Raumordnungs- und Flächennutzungspläne,

49 [www.christian-lindner.de](http://www.christian-lindner.de)

50 Siehe hierzu zahlreiche vertiefte Beiträge in früheren Dreigliederungs-Rundbriefen

51 Plurilateral Trade in Services Agreement (in Verhandlung befindliches Nachfolgeabkommen für GATS)

52 <http://corporateeurope.org/>

53 [www.camoact.de](http://www.camoact.de), Kampagne „Stoppt TTIP“

54 Siehe Text des Koalitionsvertrages unter <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>

55 <http://erikamann.com/themen/transatlantischebeziehungeneuus/TEC/AufbauArbeitTEC>

56 [http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie\\_2006/123/EG\\_%C3%BCber\\_Dienstleistungen\\_im\\_Binnenmarkt](http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie_2006/123/EG_%C3%BCber_Dienstleistungen_im_Binnenmarkt)

57 Siehe u. a. Rundbrief Dreigliederung Nr. 2/2001, Christoph Strawe: „Wem dient GATS“

58 [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

59 Fisahn/Klimenta: „Die Freihandelsfalle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte45

60 [www.vku.de/wasser/ordnungspolitik/freihandelsabkommen/ttip](http://www.vku.de/wasser/ordnungspolitik/freihandelsabkommen/ttip)

Bebauungspläne z.B. mit Ansiedlungsverbot von Kaufmärkten auf grüner Wiese, kommunale Nachhaltigkeits- und Klimaschutzregelungen, planerische Umweltauflagen etc. Gleiches gilt aber auch für Ratsbeschlüsse zur Fair-Trade-Stadt, zur öffentlichen Auftragsvergabe nur an Firmen mit tarifgerechter Bezahlung und mit bestimmten Umweltstandards sowie Anschluss- und Benutzungszwang sauberer Energieträger, zur Subventionierung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen, zum subventionierten öffentlichen Personennahverkehr, zu Wirtschaftsförderungsregeln zur bevorzugten Förderung des örtlichen und regionalen Handels sowie zur Gründung eigener Stadtwerke und Wasserwerke. Letztere sind gerade im Zuge von Rekommunalisierungsbestrebungen an vielen Orten in der Gründungsvorbereitung. Sie wollen ihre Beiträge zur Energiewende und zum Klimaschutz leisten.

Von dem nun zusätzlich geplanten PTiSA-Abkommen für den Dienstleistungshandel über Europa hinaus wären fast alle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge betroffen, wie z.B. in den Bereichen Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr und Wasserversorgung. Es wird angezweifelt, ob die EU in den Verhandlungen willens und in der Lage ist, die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland hinreichend zu schützen. Denn die Kommunen stehen bei den geheimen Verhandlungen ebenso draußen vor der Tür wie die europäische Bürgergesellschaft.<sup>61</sup>

Die kommunale Daseinsvorsorge als Teil des Sozialstaatsprinzips sowie das Wesen der kommunalen Selbstverwaltung sind durch die geplanten Abkommen ernsthaft in Gefahr. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich die negativen Folgen und Gefahren für die Kommunen auszumalen.<sup>62</sup> Doch der mit verantwortliche EU-Direktor Rupert Schlegelmilch wies Befürchtungen zurück, dass bei den Verhandlungen mit den USA öffentliche Leistungsbereiche wie die Wasserversorgung oder der öffentliche Nahverkehr zur Disposition gestellt werden könnte: „Ich möchte ganz klar sagen: wir haben nicht vor, irgendeine Kommune in Deutschland oder Europa zu zwingen, zu liberalisieren.“<sup>63</sup>

- Warum aber werden dann die öffentlichen Dienstleistungen nicht ganz aus TTIP herausgenommen?

## Lockende Privatisierung auf dem Dienstleistungssektor

Dienstleistungsmärkte funktionieren schließlich nicht wie Warenmärkte. Der kleine entscheidende Unterschied ist: Dienstleistungen werden von Menschen für Menschen erbracht<sup>64</sup> – wenngleich das in

61 [www.bay-staedetag.de](http://www.bay-staedetag.de)

62 Dies auch Thema einer Sonderveranstaltung im Rahmen von „Stuttgart Open Fair“ am 19. März 2014 im Stuttgarter Forum3 unter dem Titel: „Die Freihandelsfalle verhindern“: <http://www.forum3.de/vortraege/284/>

63 <http://www.nrhz.de/flyer/suche.php>

64 <http://www.einblick-archiv.dgb.de/download/2004/21/tx042102.htm/>

Bezug auf die ebenfalls zur Deregulierung statt zur strengeren Regulierung anstehenden Finanzdienstleistungen inzwischen vielfach bezweifelt werden darf. Besonders sorgen sich also die Kommunen um ihre kommunalen Dienstleistungen für die öffentliche und örtliche Daseinsvorsorge, die sie schon einmal gegen das GATS-Abkommen und die in zahlreichen Punkten abgeschwächte EU-Dienstleistungsrichtlinie verteidigen mussten. Der mit TTIP bevorstehende Kampf für das Gemeinwohl wird ein noch härterer „Kampf von David gegen Goliath“.

Auch wenn laut EU-Vertrag von Lissabon die öffentlichen Dienstleistungen Angelegenheit der nationalen Regierungen sind, sind Freihandelsgegner besorgt: Anstatt das Freihandelsabkommen für nur ganz eng begrenzte Bereiche von Dienstleistungen zu öffnen, wird erst einmal alles offengehalten, so dass eine Privatisierungswelle öffentlicher Dienstleistungen in großem Umfang zu befürchten ist. TTIP soll über bisherige bi- und multilaterale Handelsabkommen noch hinausreichen, d.h. insbesondere eine weitergehende Liberalisierung des gesamten „überregulierten“ Dienstleistungsbereiches durchsetzen. Denn der EU-Binnenmarkt und die globalen Handelsmärkte sind heutzutage in erster Linie Dienstleistungsmärkte: Auf dem europäischen Binnenmarkt machen die Dienstleistungen 60% bis 70% der Aktivitäten aus.<sup>65</sup> Alleine die kommunalen Dienstleistungen von ca. 11.200 Kommunen in Deutschland<sup>66</sup> und der (grob geschätzt) über 200.000 Gebietskörperschaften in Europa<sup>67</sup> wecken mit ihren öffentlichen Dienstleistungen Begehrlichkeiten auf den Märkten bezüglich einer gewinnbringenden Privatisierung und damit Kommerzialisierung durch Investoren. Hinzu kämen 275 große Städte in den USA sowie 3.144 Countys als mittlere regionale Verwaltungsebenen mit Hunderttausenden Ortschaften, wo allerdings vieles bereits jetzt schon durch Private erledigt wird.

## Massive Bedenken und Sorgen der Kritiker von TTIP

Die Kritiker aus der Zivilgesellschaft und den NGOs sehen in dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP – auch „Wirtschafts-NATO“ genannt – ein Art „trojanisches Pferd“<sup>68</sup> bzw. eine „Freihandelsfalle“ mit durchschaubaren Absichten dominierender Lobbyisten und Konzernvertreter, die in die bislang nicht-öffentlichen Verhandlungen von Anfang an, aber auch schon im Vorfeld, eingebunden waren. Ihnen gehe es mit der „konzerngesteuerten Agenda“ um den unumkehrbaren Abbau europäischer Sozial- und Umweltstandards sowie des Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzes, der demokratischen Bürgerrechte und des Datenschutzes etc., die sogenannte „Handelshemmnisse“ darstellen. Fast alles gerate ins

65 <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Mittelstand/Mittelstandspolitik/dienstleistungen,did=239888.html>

66 [http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinde\\_%28Deutschland%29](http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinde_%28Deutschland%29)

67 In vielen EU-Ländern gibt es keine Gemeindestatistik und andersartige Gliederungen der Gebietskörperschaften wie in Deutschland.

68 <https://www.campact.de/presse/mitteilung/campact/unterstuetzen/pm-2013-0618ttipprotest/>

Rutschen: Klimaschutz, Energiewende, Umwelt- und Sozialgesetze, Bildung, öffentliche Dienste, Daseinsvorsorge, Arbeitszeiten, Mindestlöhne, Banken- und Finanzmarktregulierungen, Lebensmittel- und Produktsicherheit, diverse Kennzeichnungspflichten, Datenschutz u.v.m. Es gehe also nicht nur um rein handelsbezogene Bestimmungen.<sup>69</sup> Der Zugang zu Medikamenten soll begrenzt und lokale und regionale Kaufstrategien unterbunden werden. Arbeitnehmerschutzrechte und Lebensmittelkennzeichnungen sollen gelockert werden usw. Das deutsche Wirtschaftsministerium tue so, als wisse es von alledem nichts – oder es stelle sich nur unwissend, beklagt die Gewerkschaft ver.di.<sup>70</sup>

Ferner geht es bei TTIP um den höchsten bisher erreichten Investitionsschutz und den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen auf allen Ebenen nach dem Prinzip der Inländerbehandlung.<sup>71</sup> Zudem sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt und damit Bürgerbeteiligung „ausgebremst“ werden. Das bedeute zwangsläufig eine Schwächung der rechtlichen Position von Staaten gegenüber internationalen Konzernen, denen Klagemöglichkeiten vor nichtöffentlichen Schiedsgerichten als „geheime Schattengerichte“ außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingeräumt werden sollen.<sup>72</sup> Sie würden Staaten aus Sorge vor unternehmerischen Schadenersatzforderungen dazu bringen, von vornherein von etwaigen Gesetzgebungsvorhaben zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt abzusehen. Dies bedeute eine „Unterwerfung der Teilnehmerstaaten unter Konzerninteressen“<sup>73</sup> und eine Preisgabe der demokratischen Gewaltenteilung. Freier Handel dürfe sich nicht der Justiz demokratischer Staaten oder regulärer internationaler Gerichtsbarkeit entziehen. Als Negativbeispiele gelten die Klage des US-Ölkonzerns Oxy gegen den Staat Ecuador im Jahr 2006, die laufende Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall gegen die deutsche Bundesrepublik nach der Energiewende sowie eine zurückliegende Klage gegen die in Kanada geltende Einschränkung des umstrittenen Fracking zur Erdgasgewinnung.

Befürworter halten entgegen, dass die Prozessordnung des von allen Vertragspartnern anerkannten Schiedsgerichts in Kursen der UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) gelehrt werde und die Schiedsgerichte mit Vertretern aus beiden betroffenen Ländern besetzt seien.<sup>74</sup>

## Zivilgesellschaft lehnt TTIP ab und klärt die Öffentlichkeit auf

Es gibt aber noch weitere Sorgen seitens der Zivilgesellschaft: Mit der angestrebten „Harmonisierung von Standards“ und dem Abbau „nichttarifärer Handelsbeschränkungen“<sup>75</sup> sei die Absenkung auf die jeweils niedrigsten Standards zu befürchten sowie ein neuerlicher Angriff auf den Sozialstaat. Im Ergebnis würden sich für die Menschen soziale Ungleichheiten und unfaire Handelsbeziehungen verstärken und Schutzrechte für Umwelt, Klima, Verbraucher usw. geopfert. Damit würden internationale Megakonzerne die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung verhindern.<sup>76</sup> Mit TTIP und anderen Freihandelsverträgen würde auch die beabsichtigte weitere Deregulierung der Finanzdienstleistungen ermöglicht und damit der Weg in die nächste verheerende Finanz- und Wirtschaftskrise geöffnet. Es droht zudem eine verschärfte Sparpolitik der öffentlichen Haushalte, Ausgliederungen und Deregulierungen, zunehmende Niedriglohn-Jobs im Dienstleistungsbereich wie auch eine geringere Tarifbindung, ferner Arbeitsplatzverluste in ländlichen Gebieten und zunehmende Einkommensungleichheit.<sup>77</sup>

TTIP gefährdet zudem unsere Gesundheit, denn was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal – so wäre der Weg frei z.B. für das ökologisch umstrittene Fracking zur Erdgasgewinnung, für Gen-Essen und Hormonfleisch. Die bäuerliche Landwirtschaft würde geschwächt und die Agrarindustrie erhalte noch mehr Macht. Schließlich könnte TTIP auch als „Waffe gegen Mindestlöhne“ genutzt werden, denn auch diese könnten als unzulässige „indirekte Enteignungen“ von ausländischen Investoren im jeweiligen Gastland betrachtet werden.

Das sind die Gründe, warum eine handelspolitische Debatte ein so breites Bündnis an Kritikern und Skeptikern hervorgerufen hat wie noch nie zuvor – vom deutschen Kulturrat und Börsenverein des deutschen Buchhandels bis zur kommunalen Wasserwirtschaft.<sup>78</sup> Bereits im Dezember 2013 haben sich über 200 Organisationen in Europa, den USA und weiteren Staaten zusammengetan. Sie fordern von Karel van Gucht sowie vom EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz einen Verhandlungsstopp, auch aus Sorge um die gefährdete Demokratie in

69 Zeitschrift „Brennstoff“ Nr. 35/2014

70 ver.di Publik Nr. 8 von Dezember 2013

71 Siehe „Gegenblende“, das gewerkschaftliche Debattemagazin des DGB vom 29. September 2013

72 [http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-AttacBasisTexte45-Klimenta-TTIP\\_01.pdf](http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-AttacBasisTexte45-Klimenta-TTIP_01.pdf)

73 Siehe Internetseiten von ATTAC, campact, BUND, infairhandelbar u.v.a. sowie [wikipedia.org/wiki/Transatlantisches\\_Freihandelsabkommen](http://wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen)

74 [www.profil.at/articles/1403/982/371566/ttip-warum-panik-vor-dem-freihandelsabkommen-unbegruendet-ist](http://www.profil.at/articles/1403/982/371566/ttip-warum-panik-vor-dem-freihandelsabkommen-unbegruendet-ist)

75 Darunter versteht man indirekte protektionistische Maßnahmen der Außenhandelsbeschränkung, die nicht Zölle, Abschöpfungen oder Exportsubventionen sind. (NTBs = Non-tariff barriers to trade). Sie erschweren den Marktzugang ausländischer Anbieter. Als hinderlich werden z.B. „Local-Content-Gesetze“ betrachtet, mit denen bestimmte Anteile eines Endproduktes aus inländischer Herstellung (z.B. bei der KFZ-Herstellung) gemeint sind, aber auch technische Normen und Standards wie DIN, Verpackungs- und Kennzeichnungsvorschriften (wie „Made in Deutschland“), Antidumping-Regeln, Sozial- und Umweltstandards, Ausschreibungsmodalitäten von Aufträgen (z.B. im Bauwesen), Importdepots oder Diskriminierungen bei der Zollabwicklung u.a.m. Siehe auch [http://de.wikipedia.org/wiki/Nichttarif%C3%A4res\\_Handelshemmnis](http://de.wikipedia.org/wiki/Nichttarif%C3%A4res_Handelshemmnis)

76 ebenda

77 [www.camapct.de](http://www.camapct.de)

78 [www.greenpace.de](http://www.greenpace.de)

Europa und weltweit.<sup>79</sup> Das Umweltinstitut München hat gemeinsam mit Naturschutz- und Bio-Anbauverbänden eine Petition<sup>80</sup> an Bundeskanzlerin Merkel gegen das TTIP-Abkommen gestartet. Laut campact sind nur 119 Unternehmensvertreter eingeweiht.<sup>81</sup>

Im deutschen Bündnis „UNFAIRhandelbar“ hatten sich bereits 22 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengetan, um über die Gefahren und Risiken von TTIP aufzuklären.<sup>82</sup> Sie haben ein bereits im Sozialimpulse Nr. 3/2013<sup>83</sup> veröffentlichtes Positionspapier verfasst: „TTIP nein danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders!“<sup>84</sup> Hunderttausende Menschen hatten allein auf der deutschen Webseite von campact<sup>85</sup> einen Stopp der Verhandlungen mit den USA gefordert. Zwischenzeitlich hat sich diese Protestbewegung erheblich erweitert bis hinein in die Politik (auch die Grünen<sup>86</sup> und die Linkspartei<sup>87</sup> lehnen als Oppositionsparteien TTIP inzwischen ab, da sie sozial-ökologische Errungenschaften in Gefahr sehen). Die Grünen haben eigene „Verhandlungsleitlinien“ entworfen. Inzwischen fordern sogar die Sozialdemokraten im Europaparlament, die umstrittene Schiedsgerichts-Regelung ISDS („Investor-state-dispute-settlement“) in den Verhandlungen ganz fallen zu lassen.<sup>88</sup>

Massive Kritik entzündete sich vor allem an den geheimen und intransparenten Verhandlungen, die einer Demokratie unwürdig sind und vermuten lassen, dass die wahren Absichten vor der kritischen Öffentlichkeit verborgen bleiben sollen. Sogar die Parlamentarier sind weitgehend außen vor, da sie zwar über das Abkommen als Gesamtpaket am Ende abstimmen dürfen, aber keine Einzelheiten des Verhandlungspaketes beeinflussen können, zumal es dazu immer der Zustimmung auch der anderen Vertragspartner bedarf. Gleichwohl plädiert der CDU-Europaparlamentarier Daniel Caspary dafür, in einer öffentlichen Anhörung der NGOs den Befürchtungen der Bürger „mit sachlichen Argumenten entgegenzutreten“.<sup>89</sup>

## Einschränkung der kulturellen Freiheit

Überdies will das Abkommen auch die kulturellen Dienstleistungen als Handelsgüter einbeziehen und würde so die Abhängigkeit der Kultur von der Ökonomie verstärken und die kulturelle Freiheit

einschränken.<sup>90</sup> Doch Kultur und Umwelt brauchen keine Deregulierung. Aus Sorge um die kulturelle Vielfalt haben sich sowohl der Deutsche Kulturrat wie auch der WDR-Rundfunkrat, die Akademie der Künste und die Gewerkschaft ver.di unter Berufung auf die UNESCO-Kulturkonvention mit deutlichen Worten kritisch bis ablehnend hierzu geäußert (siehe auch nähere Ausführungen in dem Beitrag zur Europakrise in diesem Rundbrief). Kulturelle Güter und Dienstleistungen vollends dem Markt zu überlassen – „Kultur als Ware“ gehandelt – hätte verheerende Folgen. In Deutschland träfe das etwa die Buchpreisbindung, die Filmförderung oder den verminderten Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter.<sup>91</sup> Der WDR-Rundfunkrat fragt:

- „Wollen wir wirklich, dass unser europäisches Wirtschaftsmodell noch stärker als bisher an das Wirtschaftssystem der USA angepasst wird?“<sup>92</sup>

Die Kulturschaffenden fordern die Herausnahme des Kultur- und Mediensektors aus dem Abkommen. Arg betroffen wären auch die kulturellen Aktivitäten der Kommunen sowie ihr Auftragswesen. Mit der angestrebten Gleichbehandlung bei öffentlichen Aufträgen würde überdies bis hinunter auf die kommunale Selbstverwaltungsebene in die demokratisch legitimierte Regelungskompetenz und Hoheit der öffentlichen Hand eingegriffen. Darum gab es hunderte Gespräche der Verhandlungsführer mit Industrielobbyisten.

„Im Namen des Volkes“ verhandeln also von niemandem gewählte Funktionäre mit der Privatwirtschaft über die Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit und Bürgerbeteiligung in Europa, so lautet die harsche Kritik aus der Zivilgesellschaft.<sup>93</sup> Große Empörung rief vor allem die Entsendung eines „berühmten Industrielobbyisten“ namens Klaus Heiner Lehne<sup>94</sup> (EU-Abgeordneter der CDU / Fraktion EVP) in den EU-Rechnungshof durch Bundeskanzlerin Merkel hervor, trotz erheblicher Widerstände gegen diese Personalie (und mit 169 Gegenstimmen sowie 55 Enthaltungen im EU-Parlament). Als Parlamentarier entschied er über die EU-Anti-Tabakrichtlinie oder das Urheberrecht, obwohl Zigarettenhersteller (Camel, Japan Tobacco International) und Musikkonzerne (Sony-Tochter Music Entertainment) zu seinen Mandanten zählen.<sup>95</sup> Er wurde 2008 von der Organisation LobbyControl beim „Worst Lobby Award“ zum schlimmsten deutschen Europa-Lobbyisten gekürt. Er soll nach dem Willen der Kanzlerin trotzdem eine wichtige Rolle in der Beurteilung im Freihandelsabkommen TTIP mit den USA spielen, um als Rechnungsprüfer dem Abkommen eine „Un-

79 Klimaretter Info 2014

80 <https://www.openpetition.de/petition/argumente/petition-gegen-die-freihandelszone-mit-den-usa>

81 Kampagne „Stoppt TTIP“ unter [www.campact.de](http://www.campact.de)

82 <http://ttip-unfairhandelbar.de/>

83 Auf Seite 35

84 [www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG\\_Handel/pospap\\_ttip\\_fin.pdf](http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Handel/pospap_ttip_fin.pdf)

85 Siehe [www.campact.de](http://www.campact.de) sowie <http://www.zeit.de/2014/05/freihandelsabkommen-europaeische-union-usa>

86 <http://www.gruene.de/themen/energiewende/das-transatlantische-freihandelsabkommen-chance-oder-gefahr-fuer-klima-und-umwelt.html>

87 [inksfraktion.de/pressemitteilungen/freihandelsabkommen-usa-stoppen/](http://inksfraktion.de/pressemitteilungen/freihandelsabkommen-usa-stoppen/)

88 Dpa-Bericht vom 22.01.2014

89 Berliner Zeitung vom 21.01.2014

90 Siehe Kritik der Deutschen UNESCO-Kommission, des deutschen Kulturrates und des WDR auf ihren Internet-seiten

91 Ver.di Publik Nr.8 vom Dezember 2014

92 <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/freihandel>

93 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/28/geheimtreffen-eu-schwoert-staaten-auf-neue-weltordnung-ein/>

94 [http://www.europarl.europa.eu/meps/de/2224/KLAUS-HEINER\\_LEHNE\\_home.html](http://www.europarl.europa.eu/meps/de/2224/KLAUS-HEINER_LEHNE_home.html)

95 <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/28/geheimtreffen-eu-schwoert-staaten-auf-neue-weltordnung-ein/>

bedenklichkeitsbescheinigung“ zu erteilen. Denn bislang war der EU-Rechnungshof eine der wenigen Institutionen, die sich kritisch mit der Verschwendung von Steuermitteln etc. auseinandergesetzt hat. Demgegenüber gilt Lehne als Mann der Industrie ohne Berührungängste.

### Entwurf eines „alternativen Handelsmandates“

Kurz vor Beginn der zurückliegenden Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO in Bali im Dezember 2013 und der dritten Runde für das Freihandelsabkommen EU-USA hatte Attac Deutschland gemeinsam mit weiteren 49 zivilgesellschaftlichen europäischen Organisationen deshalb ein „Alternatives EU-Handelsmandat“ (ATM-Projekt) veröffentlicht. Die Organisationen entwerfen darin eine EU-Handels- und Investitionspolitik, die der Mehrheit der Menschen statt den Profitinteressen weniger dient und die Umwelt bewahrt.<sup>96</sup> Das 20seitige Dokument schlägt vor, zentrale Prinzipien wie Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte und Umweltschutz zur Grundlage der EU-Handelspolitik zu machen. Damit würden auch die EU-Grundrechte-Charta von 2007<sup>97</sup> und die revidierte EU-Sozialcharta von 1996<sup>98</sup> ernst genommen. Der Mitinitiator Johannes Lauterbach (Attac) von der Allianz für ein alternatives Handelsmandat und Co-Autor von „Die Freihandelsfalle“ wird zusammen mit dem Verfasser dieses Beitrages am 19. März 2013 im Stuttgarter Kulturzentrum Forum 3 auch die Auswirkungen von TTIP auf die kommunale Selbstverwaltung darstellen.<sup>99</sup>

Das wichtige Anliegen von ATM (Alternatives Handelsmandat) ist die demokratische Kontrolle der Menschen über ihre Handels- und Investitionspolitik. ATM wendet sich deshalb gegen das Prinzip geheimer Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und setzt sich für neue Transparenz-Regelungen ein. Das Mandat zur Einleitung der Verhandlungen soll der EU-Kommission entzogen und den Parlamenten übertragen werden. Vor Verhandlungsbeginn sollen unabhängige und umfassende Notwendigkeits- und Bedarfstests unter Beteiligung der Zivilgesellschaft durchgeführt werden, begleitet von regelmäßigen öffentlichen Konsultationen zum Verhandlungsstand und von unabhängigen Untersuchungen zu Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte etc. Vor Vertragsabschluss sollen nochmals umfassende öffentliche Konsultationen durchgeführt werden. Diese ATM-Vorschläge sollen in Kampagnen in die Öffentlichkeit und an das EU-Parlament herangetragen werden, um so auch zur Stärkung des Widerstandes gegen TTIP beizutragen.<sup>100</sup>

96 <http://www.attac.de/presse/detailansicht/news/europaeische-zivilgesellschaft-praesentiert-alternatives-eu-handelsmandat/?cHash=d1555f38ccee5bec974ce725a1c61f2b>

97 <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/32007X1214/htm/C2007303DE.01000101.htm>

98 <http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ListeTrait-es.asp?MA=4&CM=7&CL=GER>

99 <http://www.forum3.de/vortraege/284/>

100 Johannes Lauterbach in Klimenta/Fisahn: „Die Freihandelsfalle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte45

Wie wichtig jetzt Widerstand und Alternativen sind, zeigt die Befürchtung, dass die Regelungen von TTIP langfristig und dauerhaft angelegt sein sollen, also quasi unumkehrbar sind. Denn einmal beschlossene Regelungen und Verträge sind für gewählte Politiker nicht mehr änderbar, da bei jeder Änderung alle Vertragspartner zustimmen müssten. Deutschland allein könnte aus dem Vertrag nicht aussteigen, da die EU den Vertrag abschließt. Damit würden Demokratie und Rechtsstaat ausgehöhlt.<sup>101</sup>

### Gefährdung des Vorsorgeprinzips durch TTIP

Eine weitere große Sorge der Zivilgesellschaft ist die Gefährdung des in der EU geltenden Vorsorgeprinzips durch TTIP. In der EU müssen Firmen nachweisen, dass ihre Produkte unschädlich sind. In den USA gilt das Umgekehrte. Zum Beispiel stellen Gentech-Pflanzen so lange kein Risiko dar, bis das Gegenteil bewiesen ist. Kritiker befürchten deshalb, dass sich das angestrebte Abkommen als Türöffner für Gentechnik auf den Äckern der EU erweisen könnte, obwohl die meisten Verbraucher das nicht wollen. Die Befürchtung ist begründet: Denn die deutsche Bundeskanzlerin selbst möchte die Zulassung ermöglichen. Sie wies den deutschen Landwirtschaftsminister deshalb an, sich Mitte Februar 2014 bei den Verhandlungen in Brüssel zu enthalten. Dadurch kam es zu einem Abstimmungsdebakel, bei dem sich zwar eine deutliche Mehrheit von 18 EU-Staaten gegen die Zulassung von Genmais aussprachen, in Übereinstimmung mit 85% der Bevölkerung und der Bauern, aber der zuständige EU-Kommissar anstelle des EU-Parlamentes die auch von ihm gewollte Zulassung anordnen kann – wo bleibt da die Demokratie? Weil die Standards in vielen Bereichen in der EU höher sind als in den USA, könnte es am Ende darauf hinauslaufen, dass Europa sein Niveau senkt. Profitieren werden vor allem Großkonzerne.<sup>102</sup>

### Zugeständnisse an die USA erwünscht

Der für Energiefragen zuständige deutsche EU-Kommissar Oettinger hat sich bereits für Zugeständnisse an die USA ausgesprochen, im Sinne einer notwendigen „Kompromissbereitschaft bei den Verhandlungen“. Wörtlich erklärte er in einem Interview mit der Wochenzeitung Kontext: „Es stellt sich die Frage, ob wir unseren Handel erleichtern. Klar ist, da haben wir verschiedene Interessen, da haben wir Kulturunterschiede. Ein Abkommen wird nur über einen Kompromiss zu erreichen sein. Dann werden wir akzeptieren müssen, dass Hähnchenschlegel aus den USA nicht unseren Freilandbedingungen entsprechen. Das ist ein Geben und Nehmen, aber ich rate dringend dazu. Wir hatten früher zu den Amerikanern engste Kontakte, heute sind sie auf dem besten Wege, pazifisch zu wer-

101 <https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/?gclid=CJfBvrC5v7wCFSvHtAodoHwAZw>

102 <http://www.duckhome.de/tb/plugin/tag/%3C%BCnter+oettinger>

den, sprich: sich verstärkt Asien zuzuwenden. Die TTIP-Abkommen sind die letzte Chance einer Brücke USA, Kanada, Mexiko, Europa. Und deshalb sage ich: kämpfen ja, aber immer wissen, es wird immer ein Package sein, wenn es dazu kommt: 50 Prozent USA und Europa".<sup>103</sup> Außerdem erklärte er: „Wir brauchen in Europa die Option des Fracking".<sup>104</sup> Und neben Fracking macht er sich auch stark für eine ausgebreitete Energiewende zugunsten der Strom-Großkonzerne sowie für mehr Militäreinsätze in Nahost zur Ressourcensicherung; das werfen ihm die Kritiker der NGOs vor.<sup>105</sup>

Im Übrigen ist auch unwahrscheinlich, dass die US-Seite bessere Arbeitsbedingungen bei einem Freihandelsabkommen akzeptiert. „Das könnte sogar zu Arbeitsplatzverlusten in Deutschland führen – und nicht wie versprochen zu neuen Stellen“, warnen die Kritiker. Deutsche Firmen bekämen einen Anreiz, in die USA abzuwandern. Auch beim Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko gab es vorher Studien, in denen ein deutlicher Zuwachs an Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum in Aussicht gestellt wurden. Eigentlich sollten mexikanische Kleinbauern von dem Abkommen profitieren und die Abwanderung in die USA gestoppt werden. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Landflucht in Mexiko hat sich beschleunigt und die Armut zugenommen.

## Deutschland treibt TTIP voran, USA wollen kein Scheitern

In einem aufschlussreichen „politischen Ausblick“ machte Dr. Klaus Günter Deutsch von der Deutschen Bank (DB research)<sup>106</sup> 2013 am Schluss eines Folienvortrages über die Chancen von TTIP deutlich, dass die USA unbedingt den Erfolg des Freihandelsabkommens wollen und deshalb „Scheitern nicht zugelassen“ sei. Angeblich war das Abkommen für Präsident Obama lange Zeit nicht oberste Priorität. Zuerst wollte er das Handelsabkommen mit den asiatischen Ländern anpacken, danach erst das transatlantische Abkommen in Angriff nehmen.<sup>107</sup> Denn mit den Asiaten planen die Amerikaner eine eigene Freihandelszone, die transpazifische Partnerschaftsvereinigung TPP. Diese soll neben den USA elf Länder umfassen: Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam.<sup>108</sup> China wird hierbei außen vor gelassen.

<sup>103</sup> <http://www.kontextwochenzeitung.de/puls-schlag/139/der-kommissar-geht-um-1858.html>

<sup>104</sup> <http://www.duckhome.de/tb/plugin/tag/g%C3%BCnter+oettinger>

<sup>105</sup> <http://www.duckhome.de/tb/plugin/tag/g%C3%BCnter+oettinger>

<sup>106</sup> a.a.O.

<sup>107</sup> Einschätzung von Scott Miller, Chef für Internationale Wirtschaft in der Denkfabrik „Center for Strategic and International Studies“, die dem Weißen Haus nahesteht, zitiert in der „Wirtschaftswoche“: <http://www.wiwo.de/politik/europa/transatlantisches-abkommen-streit-um-freihandelszone/9057796.html>

<sup>108</sup> Die Transpazifische Partnerschaftsvereinbarung (TPP) TPP ist ein Projekt für eine riesige Freihandelszone in der Region, die vor allem von den USA vorangetrieben wird.

Doch inzwischen macht die USA Druck auf Europa TTIP voranzutreiben, da Präsident Obama Erfolge und Effekte auch für die Innenpolitik vorweisen will. Da die USA nun bis Dezember 2016 die Ratifizierung von TTIP anstrebt, müsse wegen des nötigen Vorlaufs der Hauptteil der Verhandlungen bis Dezember 2015 abgeschlossen sein. In den USA gebe es nach Einschätzung der Deutschen Bank<sup>109</sup> kaum Probleme mit Interessengruppen oder NGOs, (obwohl diese auch dort inzwischen sehr rührig und wirksam sind). In Europa gebe es angeblich nur von NGOs Kritik, aber Einmütigkeit von Rat, Kommission, Parlament und Verbänden. Deutschland sei bei TTIP neben Schweden und Großbritannien der „Treiber“, mit latenter Unterstützung aus Osteuropa und den Benelux-Ländern. Ein relativ schnelles Gelingen der politischen Einigung bei 2000 Seiten Vertragstext sei durchaus denkbar, wenn auch nicht innerhalb von 14 Monaten. Soweit die Einschätzung der Deutschen Bank.

Das deckt sich mit dem artikulierten Zeitdruck für das TTIP-Abkommen seitens der bereits zitierten Spitzenpolitiker aus den USA, der EU und Deutschland während der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014, die unmissverständlich zum Ausdruck brachten, den zivilgesellschaftlichen Kritikern und Gegnern im Europawahlkampf auch vom Zeitablauf her nur geringe Chancen zu geben.

## Ein „Geheimtreffen“ für einen infamen Propaganda-Feldzug für TTIP

Bereits im November 2013 hatte die EU zu einem „Geheimtreffen“ in Brüssel eingeladen, bei dem die Vertreter der Mitgliedsstaaten auf eine einheitliche Propaganda für das Freihandelsabkommen mit den USA eingeschworen wurden. Die EU verlangte, dass „alle mit einer Stimme sprechen“. Das Abkommen sei geheim und solle alle regulatorischen Fragen neu regeln, die Öffentlichkeit solle ausschließlich über die Vorteile von TTIP informiert werden.<sup>110</sup> Das Abkommen sei bedeutend als ein erster wichtiger Schritt zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung und Stärkung Europas mit Einschränkungen der nationalen Souveränität – in Verbindung mit einer neuen europäischen Sicherheits- und Weltpolitik ganz im Sinne der internationalen Experten-Empfehlungen der „Venusberg-Gruppe“ unter Prof. Weidenfeld und der Bertelsmann-Stiftung.<sup>111</sup>

Die EU definierte auf der geheimen Abstimmungsrunde fünf wichtige Punkte ihres „Propaganda-Feldzuges“ für TTIP: Die Details der nichtöffentlichen Verhandlungen sollen in jedem Fall geheim bleiben, auf positive Berichte in den Medien sei mit allem möglichen Einfluss hinzuwirken, die Kritiker seien

<http://blog.zeit.de/china/2013/10/08/wettlauf-um-die-vormacht-am-pazifik/>

<sup>109</sup> a.a.O.

<sup>110</sup> <http://www.nrhz.de/flyer/suche.php> sowie <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/28/geheimtreffen-eu-schwoert-staaten-auf-neue-weltordnung-ein/>

<sup>111</sup> <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2007/beyond2010.php>

zu beobachten und zu überwachen und in die Schranken zu weisen, die Akzeptanz-Werbung für TTIP müsse offensiver betrieben werden unter aktiver Beteiligung der Regierungsspitzen und das Europäische Parlament sei „an die Leine“ zu nehmen, weil auch von dort erste kritische Stimmen zu befürchten seien. Immerhin räumte die EU-Kommission ein, dass es sich bei TTIP um die weitreichendsten Veränderungen der Gesellschaften in Europa seit langem handle. Sie wisse, dass die „Breite der Themen, die diskutiert werden, viel breitere Elemente der politischen Willensbildung enthalte, als das bei traditionellen Handelsabkommen der Fall sei“.<sup>112</sup>

- Ist das die „neue Weltordnung“, wie die EU sie sich vorstellt: Hinterzimmer-Politik mit den Lobbyisten und Konzernen sowie beruhigende Propaganda für die Bürger?

### Verhandlungen unter beabsichtigtem Zeitdruck trotz Wahltaktik

Auch nach dem Willen der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung soll das Abkommen spätestens 2015 in Kraft treten, trotz der heftigen Kritik und Ablehnung aus der Zivilgesellschaft und teilweise aus der Politik, vereinzelt auch aus dem Europa-Parlament. Eigentlich sollte es schon 2014 fertig sein, aber die Verhandlungen hinken dem Zeitplan hinterher.<sup>113</sup> TTIP soll schnellstmöglich unter Dach und Fach, bevor durch rührige Gegner die Stimmung auch politisch umkippt, was ansatzweise im Europawahljahr schon der Fall ist.

Sowohl die EU-Kommission als auch die deutsche Bundesregierung der großen Koalition wollen zwar über problematische und strittige Detailfragen mit den USA noch nachdrücklich verhandeln, stellen aber keinesfalls das geplante Abkommen als Ganzes in Frage (und nutzen es auch nicht als mögliches „Druckmittel“ zur vorherigen Klärung des NSA-Skandals, wie lange Zeit verkündet). In der Öffentlichkeit verweist man auf die angeblich zu erwartenden, aber von Kritikern und Wirtschaftswissenschaftlern angezweifelte, positiven Wirkungen des geplanten Abkommens auf Wachstum und Arbeitsmarkt sowie Preissenkungen in Europa in wohl kaum messbarer Größenordnung. Der EU-Handelskommissar hält die Vorteile des Abkommens für die EU für größer als für die USA, wenngleich ein „ausgeglichenes Verhandlungsergebnis mit Geben und Nehmen“ erreicht werden solle.<sup>114</sup> Allerdings würden die USA mit ihren strengeren Finanzregeln nur widerstrebend die Finanzdienstleistungen in die Verhandlungen aufnehmen.

112 <http://www.nrhz.de/flyer/suche.php>; sowie <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/11/28/geheimtreffen-eu-schwoert-staaten-auf-neue-weltordnung-ein/>

113 <http://www.carta.info/65784/glyn-moody-das-ttip-freihandelsabkommen-ist-ein-angriff-auf-das-vorsorgeprinzip/>

114 Radio-Interview mit dem Deutschlandfunk am 21.01.2014

### Geschichte Schachzüge des EU-Verhandlungsstrategen

- Sind nunmehr sowohl der Zeitplan als auch die Geheimhaltungen für die TTIP-Verhandlungen am heftigen Widerstand aus der Zivilgesellschaft und politischen Opposition bereits „geplatzt“?

Das wäre wohl zu optimistisch, auch wenn es das Ziel bleiben sollte. Aufgrund der Kritik aus der Zivilgesellschaft, dass geheime statt transparenter Verhandlungen in Demokratien inakzeptabel seien, vollzog der EU-Handelskommissar Karel de Gucht einen auf den ersten Blick erstaunlichen Wandel: In einem Brief an den deutschen Bundeswirtschaftsminister Gabriel schrieb er Anfang Januar 2014, kurz vor den im Februar angesetzten Konsultationen der für Handel zuständigen Minister der EU-Mitgliedsstaaten: „Die verbreitete Kritik am Investitionsschutz überzeugt mich, dass öffentliches Nachdenken über die Ziele der EU nötig ist, bevor wir weitermachen.“<sup>115</sup>

Den umstrittensten Teil des Abkommens, den Investitionsschutz mit der Klagemöglichkeit der Investoren und Konzerne gegen Staaten wegen gesetzlicher und tarifärer Handelshemmnisse vor WTO-Schiedsgerichten, hat er mit der Begründung in den laufenden Verhandlungen für 3 Monate ausgesetzt, „um zunächst mit den Regierungen und Kritikern über die Ziele des geplanten Abkommens zu diskutieren“<sup>116</sup>. Die jetzt mit Pathos verkündete Pause macht die Kritiker besonders misstrauisch.

- Geht es bei der „Denkpause“ um ein Aussetzen oder ein „Aussitzen“ im Europawahlkampf aus Angst vor dem „Zorn der Bürger“<sup>117</sup>?

Nach Auffassung der Kritiker aus der Zivilgesellschaft tut der Kommissar damit lediglich bis zum Europa-Wahltermin so, als sei er bereit, die massiven Bedenken der NGOs aufzunehmen. Mit der „plötzlichen Bürgernähe“ wolle der EU-Kommissar in Wirklichkeit eine erneute „krachende Niederlage“ verhindern, so argwöhnen die Kritiker. Denn bereits im Sommer 2012 schmetterte das Europaparlament sein internationale Anti-„Piraterie“-Abkommen ACTA auf Druck der Öffentlichkeit ab.<sup>118</sup> Nach der Wahl solle es bei dem „Freibrief für Konzerne“ bleiben, zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Gewinne zu maximieren, so befürchtet man. Denn zum weiteren Ablauf des Konsultationsverfahrens gibt es bislang keine konkreten Aussagen.

Neuerdings will die EU-Kommission zwar ein Komitee einrichten, in dem neben sieben Industrievertretern zwei handverlesene Vertreter von Umweltschutzverbänden, zwei von Gewerkschaften (die sich mit der generellen Ablehnung von TTIP erstaunlich zurückhalten) und einer von Transparenz-Organisationen sitzen sollen. Für die übrigen Vertreter der

115 ebenda

116 <http://www.welt.de/wirtschaft/article124215246/Das-grosse-Dilemma-des-EU-Handelskommissars.html>

117 Siehe [www.greenpace.de](http://www.greenpace.de)

118 <http://www.carta.info/45597/acta-gescheitert/>

Zivilgesellschaft veranstaltet die EU-Kommission so genannte „Stakeholder Briefings“ mit „Allgemeinplätzen, ausweichenden Antworten und bewusstem Verschweigen“.<sup>119</sup> Außerdem kündigte Karel de Gucht an, Anfang März 2014 ein Papier vorzulegen, das auf die offenen Fragen eingeht – derweil die Verhandlungsgespräche über das gesamte übrige Abkommen ganz normal unter erhöhtem Zeitdruck weiterlaufen...

Tatsächlich hat der EU-Handelskommissar nach Aussagen von Beobachtern – etwa auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2014 – hinter den Kulissen, statt öffentlich, emsig Einzelgespräche mit Lobbyisten, Politikern und Vorstandschefs geführt, um TTIP als sein wichtigstes Projekt voranzutreiben.<sup>120</sup> Bei den Kritikern der Zivilgesellschaft macht er sich mit seiner Hinterzimmer-Politik immer unbeliebter. In einem Ende Januar 2014 versandten Brief an die 28 EU-Wirtschaftsminister zeigte sich Karel de Gucht „zunehmend besorgt über den immer negativeren Ton“ zum Abkommen – und zog nur deshalb die Notbremse für den umstrittensten Teil (Investitionsschutz) der Verhandlungsthemen. (Zeitgleich musste er sich zudem persönlich vor Gericht verantworten,<sup>121</sup> weil er angeblich fast 1 Million an Steuern hinterzogen haben soll<sup>122</sup>). Er steht also ziemlich unter Druck. Doch die Verhandlungen mit Washington soll das alles nicht stören.

## Investorenrechte vor staatlichen Rechten

Auch bei den laufenden TTIP-Verhandlungen zwischen der EU und den USA stehen die vermeintlichen Investorenrechte im Zentrum der Verhandlungen, die künftig Vorrang vor den umwelt- oder sozialpolitischen Entscheidungen der gewählten Regierungen genießen sollen. Kritiker halten die Schiedsgerichte für „eine alte neoliberale Lieblingsidee“, mit der eine eigene globale Konzernrechtsprechung etabliert werden soll.<sup>123</sup> „Es geht um hochgefährliche Instrumente zur Bekämpfung demokratischer Politik und um organisierte Lobbygruppen mit besten Verbindungen in Politik und Wirtschaft.“<sup>124</sup> TTIP regelt nicht etwa die Geschäftspraktiken von internationalen Investoren, zumeist transnationalen Konzernen, sondern sie schreiben umgekehrt vielmehr fest, wie Staaten mit diesen Investitionen und Unternehmen umgehen müssen. Die Investitionen, die im Hoheitsgebiet eines anderen Staates im Vertragsgebiet geschützt werden sollen, umfassen Vermögenswerte aller Art.

„Dazu gehören u.a. Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen, Anteilsrechte an Firmen und Portfolio-Investitionen, die sogenannten Rechte des geistigen Eigentums (u.a. Urheberrechte, Patente,

Marken, Sortenschutzrechte), öffentlich-rechtliche Konzessionen, z.B. im Bergbau, und andere Ansprüche und Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben.“<sup>125</sup> In Investitionsverträgen werden die Schutzstandards für den Investor festgelegt, z.B. Anspruch auf Entschädigung im Fall direkter oder „indirekter Enteignung“ (als unbestimmter Rechtsbegriff). In Schiedsklauseln werden Sonderklagerechte für Investoren in Schiedsverfahren eingeräumt, wenn sie ihre Rechte aus dem Investitionsabkommen verletzt sehen. In einem Streitfall in Kanada über Medikamente wurden sogar durch ein internationales Schiedsgericht Patente vorzeitig außer Kraft gesetzt. Das gilt deshalb als besorgniserregend, weil solche Fragen beim TRIPS-Abkommen über Patente etc. noch der Entscheidungsfreiheit der WTO-Mitgliedsstaaten überlassen wurden.<sup>126</sup>

Die über 500 Schiedsstellen, die seit den letzten Jahren weltweit tätig sind, haben sich bereits verselbstständigt und dienen überwiegend den Kapitalinteressen.<sup>127</sup>

Deshalb haben mehrere NGOs (wie Greenpeace, IBFAN; Global Marshall Plan Initiative, Naturefriends International, Transnational Institute sowie International Trade Union Confederation) am 16. Dezember 2013 einen gemeinsamen Brief an EU-Handelskommissar Karel de Gucht geschrieben. Darin fordern sie die endgültige Herausnahme des „Investor-State Dispute Settlement“ (ISDS) – also des Investorenklagerechtes gegen Staaten – aus den Verhandlungen zum dem Transatlantischen Abkommen.<sup>128</sup>

Der EU-Handelskommissar verteidigte in einem Interview<sup>129</sup> gleichwohl die Schlichtungsverfahren weiterhin, da 52% in den letzten 2 Jahren von europäischen und deutschen Unternehmen angestrengt worden seien und nur so eine Handhabe bestehe, unternehmerische Ansprüche durchzusetzen. Deswegen wäre eine Abschaffung dieses Systems „ein riesiger Fehler“, denn unsere europäischen Unternehmen „brauchen so ein Abkommen“. Die bestehende Gesetzeslage in Europa würde dadurch nicht angetastet. Der CDU-Europaabgeordnete Daniel Caspary schlägt vor, Transparenz der internationalen Schiedsverfahren dadurch zu erzielen, dass die Verhandlungen nach dem Vorbild des „Haager Tribunals“<sup>130</sup> öffentlich abgehalten werden.<sup>131</sup>

119 [www.campact.de](http://www.campact.de)

120 <http://www.welt.de/wirtschaft/article124215246/Das-groesse-Dilemma-des-EU-Handelskommissars.html>

121 taz vom 11.11.2013

122 ebenda

123 Zeitschrift „Brennstoff“ Nr. 35/2014

124 Harald Klimenta/Andreas Fisahn u. a. „Die Freihandelsfälle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte 45

125 ebenda

126 ebenda

127 Prof. Rudolf Hickel (wiss. Beirat Attac) in der taz vom 11.02.2014

128 Gemeinsamer Brief vom 16.12.2003

129 Rundfunkinterview mit dem Deutschlandfunk am 21.01.2014

130 Das Haager Tribunal mit Sitz in Den Haag wurde von der Uno während des Jugoslawien-Krieges eingerichtet zur Verhandlung von Kriegsverbrechen als ad-hoc-Strafgerichtshof

131 Berliner Zeitung 21.01.2014



## Die dubiose Rolle der WTO-Schiedsgerichte

Das Klagerecht vor internationalen Schiedsgerichten – und damit vorbei an den nationalen oder europäischen Gerichten der Gaststaaten – kann wahlweise vor dem „International Centre for Settlement of Investment Disputes“ (ICSID) erfolgen, das unter Aufsicht der Weltbank-Gruppe steht. Dort gilt eine Schiedsordnung des „UN Committee on International Trade Law“ (UNCITRAL). Die betreffenden Investoren können aber auch andere Schiedsstellen etwa in London, Stockholm oder bei der Internationalen Handelskammer in Paris anrufen.<sup>132</sup> Die WTO-Schiedsgerichte bestehen zumeist aus drei Fachanwälten (die evtl. zuvor im privaten Sektor als Unternehmensanwälte Firmen vertreten haben), von denen je einer vom klagenden Konzern und vom beklagten Staat bzw. von beiden Staaten benannt wird sowie einem „neutralen“ Dritten.

- Drei Juristen sollen über die höchsten Gerichte beider Länder gestellt werden?

Die Schiedsgerichte tagen nichtöffentlich (wegen der „Geschäftsgeheimnisse“) und eine Berufung gegen ihre Urteile ist nicht zugelassen; die Entscheidungen sind verbindlich und letztinstanzlich ohne Berufungsmöglichkeit. Kritisch und konfliktträchtig wird es immer, wenn gewinnschmälernde staatliche Maßnahmen oder Auflagen vor die Schiedsgerichte kommen, weil die Unternehmen einen Anspruch auch auf künftige Gewinne haben und quasi darauf, dass neue Gesetze diese nicht schmälern dürfen. Mit anderen Worten: „Neue Gesetz können nur verabschiedet werden, wenn sie die Unternehmensgewinne steigern – im Zweifel auf Kosten der Allgemeinheit. Die Unternehmen bekommen also eine Garantie auf zukünftige Gewinne. Und die Allgemeinheit bekommt die Garantie, dass sie draufzahlt.“<sup>133</sup>

## Streit um die Rechtmäßigkeit der Schiedsgerichtsklausel bei TTIP

Mit der Unterordnung von Staaten unter die Investoren an ihrer eigenen Gerichtsbarkeit vorbei sprechen Kritiker von einer Art „Putsch von oben“ durch die staatlich beauftragten Verhandlungsführer der EU beim TTIP-Abkommen: Die angestrebten Regelungen seien rechtsstaatlich bedenklich und teilweise verfassungswidrig. In Deutschland höhlen sie auch das Sozialstaatsgebot, eine unveränderbare „Ewigkeitsklausel“ im Grundgesetz, aus. Es darf nicht sein, so sagen die Kritiker, dass es einem geheim tagenden Gremium von Unternehmensanwälten gestattet ist, den Willen europäischer Parlamente kurzerhand außer Kraft zu setzen und unseren Rechtsschutz zunichtezumachen sowie die Bürger damit rechtlos zu stellen.<sup>134</sup> Nach Ansicht

132 Harald Klimenta/Andreas Fisahn u. a. „Die Freihandelsfälle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte 45

133 <http://www.cartia.info/65784/glyn-moody-dasttip-freihandelsabkommen-ist-ein-angriff-auf-das-vorsorgeprinzip/>

134 George Monbiot in einem Kommentar vom 27.11. 2013

des Democracy Center handelt es sich dabei um ein „privatisiertes Rechtssystem für globale Konzerne“.<sup>135</sup> „Mit der geplanten Investment-Schiedsgerichtsbarkeit kann jeder Versuch torpediert werden, Banken zu regulieren, die Gewinnsucht der Energiekonzerne zu zügeln“ oder Energieversorgung über örtliche Stadtwerke zu kommunalisieren, Bahnunternehmen zu renationalisieren oder Bergbauriesen zum Verzicht auf die Erschließung fossiler Bodenschätze in Naturschutzgebieten zu zwingen.<sup>136</sup>

- Wie kann unter diesen Umständen Demokratie funktionieren, wenn bei jedem neuen Umweltgesetz Abmahnungsschreiben von Privatkanzeleien aus den USA bei Regierungen mit Schadenersatzforderungen eingehen, „egal ob es um Wirkstoffe für die chemische Reinigung, um Medikamente oder Pestizide für die Düngung oder um das Patentrecht geht“<sup>137</sup>, oder um kommunale Planungsvorschriften?

Internationale Schiedsgerichte außerhalb der staatlichen Gerichtsbarkeit seien unverzichtbar wegen der ansonsten völlig unterschiedlichen Rechtslage in den beteiligten Einzelstaaten, so argumentieren die Befürworter: Für internationale Streitigkeiten seien internationale Gerichte das einzig neutrale Forum. Nationale Gerichte böten keinen ausreichenden Schutz, sie seien außerdem „parteiisch“ oder zu wenig „unabhängig“. Die TTIP-Regelungen zum Investorenschutz würden leer laufen, wenn es keine rechtliche Möglichkeit der Durchsetzung gäbe.<sup>138</sup> Dem wäre entgegenzuhalten: Die sogenannten Schiedsgerichte entscheiden quasi von außen ohne demokratische Legitimation, z.B. dass die Steuerzahler verklagter Staaten für entgangene Gewinne auswärtiger Konzerne finanziell aufkommen müssen, ohne sich politisch und rechtlich dagegen wehren zu können.

## Investoren fordern hohe Entschädigungen von Staaten

Die Erfahrungen mit dem seit 20 Jahren wirksamen NAFTA-Abkommens<sup>139</sup> zwischen USA, Kanada und Mexiko haben auch gezeigt, dass Investorenklagen gegen staatliche Regelungen oft vorkommen und Erfolg haben: Es gab weltweit bereits rund 500 Klagen gegen 95 Regierungen.<sup>140</sup> So etwa 2012 mit der Forderung der US-Firma Lone Pine nach 250 Mio. US-Dollar Entschädigung von der kanadischen Provinzregierung Quebec wegen eines Fracking<sup>141</sup>-Moratoriums. (Ein solches Moratorium oder vorläufiges Fracking-Verbot existiert auch in deutschen Bun-

135 <http://democracycenter.org/>

136 Siehe zu 84)

137 ebenda

138 FAZ vom 25.01. 2014

139 [http://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches\\_Freihandelsabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches_Freihandelsabkommen)

140 Diese Zahl wird in dem nachfolgend zitierten Brief genannt.

141 Das auch in Deutschland und Europa heftig umstrittene Fracking ist ein hydraulische Aufreißen von Gesteinsschichten durch Tiefbohrungen mit chemischen Zusätzen, um dadurch die Gasdurchlässigkeit der Gesteinsschichten zu erhöhen für die eigene Erdgasförderung unter Inkaufnahme von Umweltschäden.

desländern und wird laut Koalitionsvertrag bundesweit angestrebt).<sup>142</sup> Ein weiteres Beispiel ist die Klage des spanischen Ölonternehmens Repsol gegen den Staat Argentinien. Und ein anderes Beispiel ist die Klage des Tabakkonzerns Philip Morris auf Schadenersatz in Millionenhöhe von Australien wegen des missliebigen Gesetzes über Warnhinweise auf Zigarettenschachteln. Ein US-Unternehmen verklagt die Regierung von Peru für ihre Entscheidung, den Umgang mit Giftmüll zu regulieren sowie ein stark umweltschädliches Hüttenwerk zu schließen. Und der Ölkonzern Chevron greift über eine Investor-Staat-Klage ein ecuadorianisches Gerichtsverfahren an, in dem er wegen massiver Umweltzerstörung im Amazonas-Gebiet zu Schadenersatz-Zahlungen verpflichtet wurde.<sup>143</sup>

Seit einigen Jahren steigt die Zahl der Klagen vor solchen Schiedsgerichten ständig an und die Summen der zugebilligten Entschädigungen wachsen. Z.T. gehe es um Milliardenbeträge. Am klagefreudigsten sind US-Investoren mit bisher 123 Klagen, danach folgen die Niederlande mit 50, Großbritannien mit 30 und Deutschland mit 27 Klagen.<sup>144</sup> In 40% der Fälle haben die Regierungen das Schiedsverfahren gewonnen, in 30% der Fälle die Investoren und in weiteren 30% gab es Einigungen oder Kompromisse.<sup>145</sup> In der NAFTA-Freizone hat es bei fast jeder neuen Gesundheits- oder Umweltschutzaufgabe Briefe und Klagedrohungen von Kanzleien aus New York oder Washington an die kanadische Regierung gegeben, ob es um chemische Reinigung, Medikamente, Pestizide oder Patentrecht ging.<sup>146</sup>

### TTIP wurde von langer Hand vorbereitet

Das Vorgehen und die Zielrichtung bei TTIP erinnert an den bereits einmal klammheimlich gestarteten und gescheiterten Versuch, Mitte der 1990er Jahre das multilaterale MAI-Investitions-Abkommen für die damals 29 reichsten Länder der OECD auf den Weg zu bringen. Es war damals im allerletzten Moment an der Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft gescheitert. Lange wurde seither hinter den Kulissen geplant und überlegt, wie man auf andere Weise zu den erhofften Ziele und sogar noch darüber hinaus kommen könnte: mittels TTIP & Co. Um ein zweites Scheitern zu verhindern, verliefen die Vorbereitungen gründlich, vernetzt und schon sehr lange.

Formell liegen mehrere Entschließungen der EU aus den Jahren 1990, 1998 und 2005 vor, über die Schaffung einer Freihandelszone mit den USA zu

verhandeln.<sup>147</sup> Von diesen Festlegungen kann man nicht mehr Abstand nehmen. Bereits im April 2007 wurde eine „Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration“ zwischen der EU und den USA unterzeichnet. Der an anderer Stelle bereits erwähnte „Transatlantische Wirtschaftsrat (TEC)“<sup>148</sup>, der daraufhin im „Weißen Haus“ 2007 von US-Präsident George W. Bush, der damaligen EU-Ratspräsidentin Angela Merkel und dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso gegründet wurde, erhielt eine Doppelspitze aus je einem Vertreter der EU und der USA.<sup>149</sup> Er befasste sich bereits fünf Jahre lang mit den Hürden, die einer Einigung im Wege stehen könnten.

Der Berichterstatter für transatlantische Wirtschaftsbeziehungen im Ausschuss für Angelegenheiten der EU Thomas Bareiß bezeichnete TEC als die zentrale Plattform der transatlantischen Zusammenarbeit. Kritiker, wie der liberale Europa-Abgeordnete Alexander Graf von Lambsdorff, halten hingegen TEC für überflüssig, weil es die erhofften Ergebnisse nicht erbracht hat. Vor allem hätten die Gesetzgeber auf beiden Seiten neue Hürden errichtet, anstatt alte abzubauen. Die Arbeit des TEC litt von Anfang an. Während für die EU mit Günter Verheugen ein EU-Vizepräsident antrat, schickten die Amerikaner nur einen Präsidentenberater. Anfangs war das der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates des Weißen Hauses Allan B. Hubbard.<sup>150</sup>

Bemerkenswert ist die Zusammensetzung des Beratungsgremiums (Advisory Group<sup>151</sup>) des TEC, bestehend aus den Vorsitzenden der drei transatlantischen Zusammenschlüsse „Transatlantic Business Dialogue“ (TCD) und „Transatlantic Legislator Dialogue“ (TALD). Der deutsche BDI-Vizepräsident Jürgen Thumann nimmt als Vorsitzender und zugleich als Präsident des europäischen Wirtschaftsverbandes BUSINESSEUROPE von europäischer Seite an den Treffen von TEC teil.<sup>152</sup> Erstmals zählten auch Arbeitnehmervertreter zu den Teilnehmern des TEC-Treffens im Oktober 2009.

### Moderner Feudalismus

Bei den aktuellen Verhandlungen zwischen EU und USA sind zwar Lobbyvertreter in großem Umfang eingebunden, aber seit 2009 keine Gewerkschaftsvertreter, Verbraucherschützer oder NGOs mehr, vor denen man offensichtlich einiges zu verbergen hat. „Wirtschaftsmacht, Medien und Politik bilden damals wie heute eine Allianz gegen die Interessen einer großen Mehrheit der Bevölkerung mit dem

142 Siehe Text des Koalitionsvertrages der Bundesregierung: <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>

143 Harald Klimenta/Andreas Fisahn u. a. „Die Freihandelsfälle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte 45

144 [www.campact.de](http://www.campact.de)

145 Nach Aussagen der UN-Organisation für Handel und Entwicklung, zitiert in einer WDR-5-Sendung über TTIP im Januar 2014

146 Harald Klimenta/Andreas Fisahn u. a. „Die Freihandelsfälle“, VSA-Verlag 2014, AttacBasisTexte 45

147 [http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches\\_Freizoneabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freizoneabkommen)

148 Siehe u.a. <http://de.wikipedia.org/wiki/Freizoneabkommen> sowie <http://www.attac.de/ttip> und <https://www.campact.de/>

149 [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_zur\\_Gr%C3%BCndung\\_der\\_Europ%C3%A4ischen\\_Gemeinschaft](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_zur_Gr%C3%BCndung_der_Europ%C3%A4ischen_Gemeinschaft)

150 [http://en.wikipedia.org/wiki/Allan\\_Hubbard](http://en.wikipedia.org/wiki/Allan_Hubbard)

151 <http://www.advisorygroup.ch/>

152 [http://www.bdi.eu/download\\_content/Marketing/Transatlantisch\\_Wirtschaftsintegration.PDF](http://www.bdi.eu/download_content/Marketing/Transatlantisch_Wirtschaftsintegration.PDF); [http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantische\\_Economic\\_Council](http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantische_Economic_Council)

Ziel, die soziale Marktwirtschaft einem modernen Feudalismus zu unterwerfen.“<sup>153</sup>

Denn alle dem Abkommen entgegenstehenden oder beschränkenden nationalen Regelungen, soweit sie neu erlassen werden, etwa neue Gesetze zum Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz, zum Umwelt- und Gesundheitsschutz, zum Schutz kultureller Güter, Regelungen zu öffentlichen Ausschreibungen oder zur Raumordnung mit planerischen Einschränkungen etc., würden womöglich als unzulässige Handelshemmnisse angesehen – wenn nicht sogar als gewinnschmälernde „schleichende Enteignungen“, für die Schadenersatz verlangt oder vor nicht öffentlichen Schiedsgerichten außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit erstritten werden kann. Auch der Schutz regionaler Nahrungsmittelproduzenten oder kommunaler Subventionen für örtliche Einrichtungen wären als für auswärtige Investoren handelshemmend und wettbewerbshindernd zu untersagen. Der Abbau restlicher Zölle ist nur ein nachrangiges und unbedeutendes Motiv für das Abkommen.

Harsche Kritik wird von den Unterstützern der Petition gegen TTIP in einem Internet-blog<sup>154</sup> artikuliert: „Hinter dem als Wirtschaftsgenerator beschriebenen Abkommen verbirgt sich in Wirklichkeit ein Tributsystem, wie es das Universum noch nicht gesehen hat. US-Firmen erhalten mit dem Inkrafttreten des Abkommens den rechtlichen Status eines Staates, wenn sie sich in Europa niederlassen. Sie sind damit immun gegenüber jeglicher staatlichen Gesetzgebung.“ Man verdächtigt die deutsche Kanzlerin Merkel, dass sie mit dieser „Tributpolitik“ gegenüber den USA ihre politisch-wirtschaftliche Machtposition durch einen „ultimativen Raubzug“, für den sie eingesetzt wurde, sichern soll.<sup>155</sup>

### Interessenkollision zwischen den Verhandlungspartnern

Trotz der geringen Wachstums- und Arbeitsmarkteffekte, aber dennoch erhofften Gewinne, geht es bei aller Freundschaft der Handels- und Vertragspartner um knallharte Interessen, wie in der „Wirtschaftswoche“ anschaulich aufgezeigt:<sup>156</sup> „Denn je nachdem, wie die Regeln ausgestaltet werden, fallen die Milliardenwerte diesseits oder jenseits des Atlantik an: Welche Branchen können von der Zollsenkung profitieren? Werden einzelne Produkte oder ganze Warengruppen von den Fortschritten ausgeschlossen? Für die amerikanischen Hühnerzüchter ist es beispielsweise höchst wichtig, dass auch ihre mit genverändertem Futter aufgezogenen Viecher in die EU verkauft werden dürfen. Die Europäer möchten dagegen lieber kein Gen-Huhn aus US-Produktion. Dasselbe gilt für die Frage von Umweltstandards, beispielsweise bei Automobilen (...“

Und für die staatlichen amerikanischen Unterhändler ist es ein entscheidender Vorteil, wenn sie in Erfahrung bringen (etwa auch über NSA-Wirtschaftsspionage?), bei welchen Punkten die Europäer für sich noch Verhandlungsspielraum sehen oder wo die Schmerzgrenze liegt. Für sie wäre es zudem attraktiv zu erfahren, wie sich die „europäische Front“ zusammensetzt, welche Länder bei diesem oder jenem Produkt besonders kritisch sind, um ihre Verhandlungsstrategie besser festlegen zu können oder gar Druck auf einzelne EU-Staaten auszuüben sowie die Verhandlungsposition der Kommission anders festzulegen. (Das ist ein Anlass, warum die EU-Kommission, die Geheimhaltung ihrer Verhandlungspositionen gegenüber Kritikern verteidigt). Nicht jedes kleine EU-Land möchte beispielsweise seine eigenen Handelschancen gefährdet sehen, wenn die Agrargroßmacht Frankreich weiter auf den Schutz ihrer Landwirte setzt. Europa hofft zudem auch auf Aufträge für Projekte des Straßenbaus und des öffentlichen Verkehrs.

In den USA mit Hormonen behandeltes Fleisch sowie gechlorte Hühner sind derzeit in der EU verboten. Und beim Einsatz gentechnisch behandelter Pflanzen sieht die EU, anders als in den USA üblich, eine Mitteilungspflicht auf der Verpackung vor. Das soll sich ändern, denn die US-Unternehmen sollen künftig zu ihren vorwiegend niedrigeren Standards Waren in Europa anbieten können. „Aufgrund der fehlenden Qualitätsstandards sind die US-Produkte natürlich billiger als die europäischen – ein Verdrängungswettbewerb wird beginnen. Am Ende werden die niedrigeren Preise mit höheren gesundheitlichen Risiken bezahlt werden. Dieses Wegkonkurrieren von Qualitätsstandards wird auch die arbeitsrechtlichen, sozialen und ökologischen Mindestregulierungen schwächen.“<sup>157</sup> So siegt „heimliche Konzernherrschaft“ über offene Demokratie<sup>158</sup>...

### Wirtschaftslobbyisten sitzen stets mit am Tisch

Der US-Präsident Obama und Hermann Van Rompuy als Präsident des europäischen Rates hatten auf einem EU-US-Gipfeltreffen im November 2011 eine „High-Level Working Group on Jobs and Growth“ gegründet. Deren Mitglieder blieben lange geheim, bis sie auf Druck der NGO „Corporate Europe Observatory“ veröffentlicht wurde.<sup>159</sup> Diesem seit April 2012 tagenden Beratungsgremium gehören vor allem Wirtschaftslobbyisten wie „Business Europe“, ein europäischer Arbeitgeberverband mit Sitz in Brüssel, und Vertreter der Bertelsmann-Stiftung an, von denen natürlich keiner ein demokratisches Mandat hat.

153 Charles Derber, zitiert auf [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

154 <http://stopesm.blogspot.de/2013/11/jetzt-petition-gegen-ttipafta-zeichnen.html#.Uvpg4oXviWE>

155 <http://stopesm.blogspot.de/2013/11/jetzt-petition-gegen-ttipafta-zeichnen.html#.Uvpg4oXviWE>

156 ebenda

157 Prof. Rudolf Hickel (wiss. Beirat Attac) in der taz vom 11.02.2014

158 Oekumenischer Informationsdienst Nr. 104 Winter 2013/2014

159 Who's scripting the EU-US trade deal? Corporate Europe Observatory - Exposing the power of corporate lobbying in the EU", 17. Juni 2013"

Außerdem entsteht seit 2009 mit den laufenden Verhandlungen zum dem erwähnten EU-Kanada-Freihandelsabkommen CETA die „Blaupause“ zum „großen transatlantischen Abkommen“. Nach Aussagen des EU-Verhandlungsführers de Gucht seien die Verhandlungen zu CETA bald mit ratifizierungsfähigen Beschlüssen beendet.<sup>160</sup> Im Februar 2013 bekräftigten US-Präsident Obama und EU-Kommissionspräsident Barroso in einer gemeinsamen Erklärung das Vorhaben einer Freihandelszone ihrer beider Wirtschaftsböcke.<sup>161</sup>

Bislang hatten die einzelnen EU-Staaten bereits zahlreiche Investitionsabkommen mit anderen Staaten abgeschlossen, davon hat alleine Deutschland 140 solcher Verträge, wie schon erwähnt. Darin verpflichtet es sich gegenüber Investoren, als Staat „fair und ausgeglichen“ zu handeln. Aufgrund eines solchen Abkommens ist die Klage des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall ermöglicht worden, die Bundesrepublik Deutschland auf Schadenersatz für entgangene Gewinne wegen der Beschlüsse zum Atomausstieg zu verklagen. Nun möchte laut Karel de Gucht die EU den Flickenteppich an Einzelregelungen durch „moderne und nachvollziehbare“ Vereinbarungen ablösen und damit zugleich „ein für alle Mal einen Missbrauch der Investmentregeln verhindern“.

Trotz alledem stehen die Chancen zur Verhinderung des umstrittenen Abkommens nicht schlecht, da es am Ende in jedem einzelnen Mitgliedsstaat ratifiziert werden muss. Möglich sind auch Volksentscheide in einzelnen Mitgliedsländern. Wird der Vertrag von nur einem Staat nicht ratifiziert, wäre er vorerst gescheitert.<sup>162</sup>

## TTIP als Gegenbild zur sozialen Dreigliederung

TTIP zeigt die weltweit zunehmende Dominanz der Wirtschaft und des Marktes über die politischen und rechtlichen sowie kulturellen Entscheidungs- und Gestaltungsbereiche. Damit entfernen wir uns immer mehr von den Bedingungen der „sozialen Dreigliederung“ (die „Dreifaltigkeit von Freihandel, Deregulierung und Privatisierung“ hat wahrlich nichts mit ihr gemeinsam!), obwohl diese für die Menschen und ihr Zusammenleben im Sozialen lebensnotwendig wären. Das Gegenbild zur sozialen Dreigliederung und zur europäischen Idee wird Wirklichkeit, anstatt dass eine grundlegende Wende in der Handels- und Wirtschaftspolitik eintritt: Politik und Wirtschaft mit ihrer allzu engen Verflechtung treten machtvoll als „gemischter König“ auf und lassen der Freiheit zur Gestaltung eines anderen Europa und einer anderen Welt nur wenig Spielraum.

Indem unser Beitrag zu diesem Fazit kommt, ist er zugleich auch Aufruf zum energischen Handeln gegen diese Fehlentwicklungen. Alternativen müssen aufgezeigt werden! Denn immer, wenn auf einer Seite Reichtum unglaublich vermehrt wird, werden auf der anderen Seite Massenarmut und Korruption verbreitet.<sup>163</sup>

TTIP „führt zunehmend zu einer Unterordnung des Verhaltens des Einzelnen unter den Willen der Wirtschaft. Das sind im Kern Wesenszüge eines totalitären Regimes. Der Staat als Hüter der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung verliert seine Bedeutung und Macht, weil global agierende Konzerne ihre Regeln für allgemeingültig erklären.“<sup>164</sup> Die Wirtschaft gewinnt so die Oberhand über das Rechtsleben und erstickt damit die individuelle Freiheit und den Sozialimpuls.

Auch von einem „fairen Handel“, den TTIP für sich in Anspruch nimmt, sind wir angesichts der wenigen Gewinner und vielen Verlierer noch weit entfernt. TTIP gilt als das „unfairste Handelsabkommen aller Zeiten“. Deshalb ist die Zivilgesellschaft mehr denn je gefordert, dieser Fehlentwicklung entgegenzutreten, denn TTIP wäre – wie dieser Beitrag aufzeigt – eine weitere Todsünde der EU<sup>165</sup> und der Ausverkauf einer großen Idee von Europa für die Welt. Auch wenn der „europäische Traum“ und die Wirklichkeit ziemlich weit auseinander liegen, könnte die eigentliche Idee und Aufgabe Europas wiederbelebt werden. Das wäre besonders gut über die öffentliche Debatte um TTIP während des Europawahlkampfes zu erreichen, auch als Schritt von einer (egoistischen) nationalen zu einer europäischen Identität mit weltbürgerlicher Gesinnung, welche die richtigen Impulse für die Zukunft zu setzen imstande ist.

Zu Recht scheiden sich an TTIP die Geister: Es wird sichtbar, wer zum solidarischen Wirtschaften unter Beachtung von Sozial- und Menschenrechten und überdies zum Teilen bereit ist. Denn zu teilen statt zu übervorteilen macht alle reich.

<sup>160</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches\\_Freihandelsabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Transatlantisches_Freihandelsabkommen)

<sup>161</sup> Nicola Liebert am 14. Februar 2013 in der taz sowie Reuters-Meldung vom 21. Februar 2013 zu Merkels Äußerungen

<sup>162</sup> [www.campact.de](http://www.campact.de)

<sup>163</sup> [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)

<sup>164</sup> ebenda

<sup>165</sup> Michel Reimon/Helmut Weixler: „Die sieben Todsünden der EU. Vom Ausverkauf einer großen Idee.“ Verlag Ueberreuter 2006

## Internationale Handelsabkommen zur „Liberalisierung der Märkte“ als fragwürdige Instrumente des Scheiterns

Als kleineres Vorbild für das Freihandelsabkommen TTIP verweist man auf das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA („North American Free Trade Agreement“)<sup>1</sup> von 1994 zwischen USA, Kanada und Mexiko (dessen wirtschaftliche Erfolge allerdings zwiespältig und umstritten sind, wie bereits erwähnt). Insgesamt gibt es weltweit ca. 3000 zwischenstaatliche Handelsabkommen<sup>2</sup>. Denn internationale, bilaterale oder multinationale Handelsabkommen haben schon eine längere Geschichte, aus der leider eher Misserfolgsgeschichten hervorgegangen sind, mit einer Bilanz des anhaltenden Scheiterns „fairer Handelsvereinbarungen“:

Bereits vor 60 Jahren, im Oktober 1947, wurde in Genf das Allgemeine Zollabkommen GATT („General Agreement on Tariffs and Trade“)<sup>3</sup> von 23 Gründungsmitgliedern (darunter USA, China, Australien) abgeschlossen, mit dem Ziel, Zölle und gesetzliche Handelshemmnisse zu beseitigen, quasi als Grundlage für die heutige Globalisierung (zum Vorteil der westlichen Industrienationen und großen Konzerne und zum Nachteil vor allem der Entwicklungsländer und ihrer Kleinbauern). Deutschland trat dem Abkommen im Oktober 1951 bei. Seit 1948 wurden in zunächst acht Verhandlungsrunden ständig die Zölle der Vertragsstaaten gesenkt sowie Gesetze geändert, die dem freien Waren- und Geldverkehr „im Wege standen“, so auch Umwelt- und Sozialstandards.

Am 15. April 1994 wurde nach siebenjähriger Verhandlungszeit in der sogenannten „Uruguay-Runde“ die Welthandelsorganisation WTO („World Trade Organization“) als internationale Organisation für Regelungen von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Sitz in Genf gegründet. Ihr gehören inzwischen 159 bzw. 160 Mitgliedsstaaten<sup>4</sup> an. Die WTO ist neben dem IWF (Internationaler Währungsfond) und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen, die Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandelt und vor allem eine Koordinierungs- und Streitschlichtungsfunktion hat.<sup>5</sup> Von der WTO wurde ab 1. Januar 1995 die Betreuung des GATT-Abkommens sowie weiterer Abkommen wie GATS (Abkommen über den freien Handel mit Dienstleistungen) und TRIPS (Abkommen über die Verwertung geistigen Eigentums) übernommen. Sie setzt sich u. a. nachdrücklich für die Privatisierung staatlicher Aufgaben ein.<sup>6</sup> Mit der sogenannten Doha-Entwicklungsrunde („Doha Development Agenda“) wollten die Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) den globalen Handel auf eine neue Grundlage stellen<sup>7</sup>. Schon die Agenda der Verhandlungen war aber lange umstritten. Im November 2001 einigte sich auf der ersten Doha-Runde in Katar die WTO-Ministerkonferenz auf das Ziel, die Märkte weiter zu öffnen und die Entwicklungsländer besser in das System des Welthandels einzubinden.

### Erfolgreiche „Doha-Runden“ der WTO benachteiligen die Entwicklungsländer

Die Industrienationen wollten daher die Doha-Runde als „Entwicklungsrunde“ verstanden wissen und die Interessen der weniger entwickelten Länder bei allen Themen stärker berücksichtigen. Ursprünglich sollte vor dem 1. Januar 2005 eine Einigung zustandekommen. Als Schwerpunkte der Verhandlungen legten die WTO-Mitglieder den Abbau von Agrarzöllen und Subventionen für landwirtschaftliche Produkte, niedrigere Zölle für Industrieprodukte sowie die Liberalisierung im Dienstleistungssektor fest. Weitere Themen waren und sind unter anderem Anti-Dumping-Regeln, Umweltfragen und der „Schutz des geistigen Eigentums“ (Patentschutz etc.) – der z. B. den Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern erschwert.<sup>8</sup>

Nach insgesamt acht zumeist gescheiterten Freihandelsrunden bildeten sich schließlich zahlreiche Ländergruppen. Besonders Entwicklungs- und Schwellenländer organisierten sich auf diese Weise, um ihre Interessen gegenüber den Industrienationen durchzusetzen. Vielfach einigt die Gruppen eine Position zu Einzelthemen. Einige Länder gehören daher mehreren Zusammenschlüssen mit jeweils unterschiedlichen Partnern an. Zu den bekanntesten zählt die Gruppe der 20. Sie entstand im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz in Cancun 2003. Unter Führung von China, Indien und Brasilien bildete sie damals ein starkes Gegengewicht zu den USA und zur EU. Die größte Gruppe der Entwicklungsländer hat sich in der Gruppe der 90 (G90) zusammengefunden.

Alle Versuche, die unterschiedlichen Interessen der WTO-Mitglieder in einem Gesamt-Kompromiss auszubalancieren, scheiterten bisher. Die Regierungen haben vor allem die Unternehmen des eigenen Landes im Blick. Abhängig von deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt drängen sie in einigen Branchen auf eine Öffnung der Märkte und beharren in anderen auf Protektionismus. Nach dem Scheitern der WTO-Konferenz in Cancun 2003 markierte eine Rahmenvereinbarung im Juli 2004 den Ausgangspunkt für die Fortsetzung der Doha-Runde. In Hongkong stimmten die Industrienationen im Dezember 2005 zwar dem Ende ihrer Agrarexportsubventionen bis 2013 zu. In anderen zentralen Punkten kam es aber erneut zu keiner Einigung.

Seither verliefen die Verhandlungen zäh und standen zeitweise vor dem endgültigen Scheitern. Die Verhandlungsrunde im Juli 2008 in Genf galt mit Blick auf die anstehende US-Präsidentenwahl als vorerst letzte Chance für einen Abschluss der Doha-Runde. Aber erneut gab es keine Einigung. Beim G20-Gipfel der größten Industrie- und Schwellenländer in Toronto im Juni 2010 verabschiedeten sich die Staats- und Regierungschefs von dem Ziel, die Verhandlungen bis Ende 2010 zum Abschluss zu bringen.<sup>9</sup>

1 [http://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches\\_Freihandelsabkommen](http://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches_Freihandelsabkommen)

2 FAZ vom 25.01.2014

3 [http://www.wasistwas.de/aktuelles/artikel/link//603ed28696/article/das-gatt-abkommen.html?tx\\_ttnews\[backPid\]=10](http://www.wasistwas.de/aktuelles/artikel/link//603ed28696/article/das-gatt-abkommen.html?tx_ttnews[backPid]=10)

4 WTO-Website sowie [http://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Mitgliedstaaten\\_der\\_WTO](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitgliedstaaten_der_WTO)

5 WTO-Website sowie Bundeszentrale für politische Bildung und <http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandelsorganisation>

6 Siehe Rundbriefe Dreigliederung Nr. 2/2002 und 4/2001 sowie 2/2002 u. a.

7 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/doharunde102.html>

8 ebenda

9 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/doharunde102.html>, sowie [http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/doha\\_runde\\_der\\_wto.html](http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/doha_runde_der_wto.html), ferner <http://de.wikipedia.org/wiki/Doha-Runde>

Schon nach Abschluss der Ministerkonferenz der WTO in Genf 2009 hatte der vor Ort anwesende ATTAC-Vertreter Johannes Lauterbach bemerkt: „Das System WTO ist am Ende“, nachdem es weder „eine Spur von Einsicht in die verheerende Rolle des Freihandelsregimes für die Hungerkrise“ gezeigt habe, noch „die Lehren aus dem Zusammenhang zwischen Deregulierung der Finanzmärkte zu ziehen“ bereit oder imstande sei.<sup>10</sup> Für die Entwicklungsländer habe man folgenlose Lippenbekenntnisse parat. Auch das Festhalten an dem Ziel, die sogenannte Doha-Runde abzuschließen, zeigt nach Ansicht von ATTAC die Unfähigkeit der WTO, grundsätzliche Fragen zur Lösung der globalen Wirtschaftskrise und die dringend erforderliche Änderung des Welthandelssystem zu diskutieren.<sup>11</sup> Trotzdem feierte sie im Dezember 2013 den „Durchbruch bei der Konferenz in Indonesien“ als „erstmalig seit ihrer Gründung 1995 gelungenen Abschluss eines globalen Abkommens zur Liberalisierung des Welthandels“.<sup>12</sup>

### Waren die jüngsten Verhandlungen in Bali das faktische Ende der WTO?

Auf der jüngsten Verhandlungsrunde in Bali im Dezember 2013, die als „Neuanfang“ gepriesen wurde, hatten Unterhändler doch noch eine nächtliche Einigung erzielt, indem flexible Zoll- und Handelserleichterungen für die ärmsten Länder eingeräumt wurden.<sup>13</sup> Die ärmsten Entwicklungsländer erhalten einen besseren Zugang zu den Märkten der Industrie- und Schwellenländer. Die Entwicklungshilfe im Bereich des Handels soll verstärkt werden. Darüber hinaus ist der Abbau von Ausfuhrsubventionen im Agrarhandel vorgesehen, mit leichtem Vorteil für Entwicklungsländer im Agrarbereich. Vor allem Indien hatte auf Subventionen für seine Lebensmittel beharrt. Es wurde sichtbar, dass Ernährungssicherheit mit den Freihandelsvorstellungen der WTO unvereinbar sind, daran wären die Verhandlungen fast gescheitert.<sup>14</sup>

Unter anderem haben sich die Staaten dann doch darauf verständigt, zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder sämtliche Arten von Exportförderungen einschließlich der Exportkredite als Subventionen abzubauen und entsprechende Maßnahmen transparent darzustellen. Beschlossen wurden Handelserleichterungen für alle durch einen „Abbau bürokratischer Einfuhrhemmnisse“.

Allerdings machen die Vereinbarungen von Bali weniger als 10 % der Reformen aus, die die Doha-Entwicklungsagenda ursprünglich vorgesehen hat. Vieles, was beschlossen wurde, sind bloße Absichtserklärungen. Kritisiert wird an dem „Bali-Paket“ auch, dass im Bereich des internationalen Dienstleistungshandels nur wenig erreicht wurde, obwohl der internationale Dienstleistungshandel zum eigentlichen Schlüsselfaktor der Globalisierung geworden ist. Inwieweit die Einigung von Bali von den WTO-Mitgliedstaaten ratifiziert und tatsächlich umgesetzt wird, lässt sich derzeit noch nicht absehen. Bis zur Umsetzung dürfte es allerdings noch Jahre dauern.<sup>15</sup> Ob der von Bali erhoffte „Schwung für den Welthandel“ tatsächlich eintritt, wird vielfach angezweifelt, ebenso wie die Erwartung von „Millionen neuen Jobs“ und „Milliarden Dollar an Kosteneinsparungen“.<sup>16</sup>

Das Ergebnis ist also nicht so berauschend, wie es zunächst den Anschein hatte. Für viele Beobachter war Bali kein Neuanfang, sondern „eigentlich das Ende der WTO“<sup>17</sup> als einstiger politischer Wegbereiterin der Globalisierung, deren Strukturen sich in den letzten 20 Jahren nicht den weltweiten Veränderungen angepasst haben. Nur wenige werden der WTO nachtrauern, die durch TTIP einen endgültigen Bedeutungsverlust erfährt. Zwar wurde sehr emotional um Kompromisse gerungen, mit denen sich die Handelsminister von 159 Ländern nach jahrelangen Verhandlungen (mit dem schwierigen und blockierenden Prinzip der Einstimmigkeit) auf ein neues Abkommen verständigt hatten. Aber bei genauerer Betrachtung sind die Ergebnisse sehr bescheiden und der multilaterale Weg scheint am Ende zu sein.

### Das Ende multilateraler Verträge zugunsten bilateraler Abkommen

„Spätestens seit der Finanzmarktkrise findet sich zunehmend Sand im Getriebe des Welthandels“. Die aufstrebenden Volkswirtschaften wollen mehr Mitsprache und weniger westliche (amerikanische) Bevormundung. „Sie wollen bei der Gestaltung der Spielregeln der Globalisierung mitbestimmen.“<sup>18</sup> Wegen der immer unterschiedlicheren Interessen zwischen den westlichen Staaten einerseits und den aufstrebenden Ländern andererseits, gelingt es immer seltener, weltweit gültige Kompromisse zu finden. Deshalb verstärkt sich die Tendenz zu bilateralen Verhandlungen und Abkommen, wie z.B. auch mit NAFTA und neuerdings mit TTIP. Rund um den Pazifischen Ozean soll (allerdings unter Ausschluss Chinas) eine riesige Freihandelszone entstehen.

Am letzten Tag der Bali-Runde begann sogleich eine neue Runde zur Transpazifischen Partnerschaft mit 12 Pazifik-Anrainern (USA, Mexiko, und Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Brunei, Malaysia, Singapur, Vietnam sowie Chile und Peru). Das geplante TPP-Abkommen ist nach Auffassung humanitärer Organisationen „der schädlichste Handelsvertrag aller Zeiten“.<sup>19</sup> Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen wie EarthLink oder Urgewald werfen vielen großen Konzernen vor, dass sie ihre Milliarden Gewinne durch Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung und Umweltzerstörung generieren. (Ausbeutung als Geschäftsmodell – hauptsächlich in den Branchen Energie, Bergbau, Agrar und Rüstung). Das aber ist nicht Gegenstand der Freihandelsabkommen. Warum nicht?

**Wilhelm Neurohr**

10 [www.attac.de/kampagnen/demokratie-statt-stuttgart-21/neuigkeiten](http://www.attac.de/kampagnen/demokratie-statt-stuttgart-21/neuigkeiten)

11 ebenda

12 Yahoo Nachrichten vom 07.12.2013

13 <http://www.handelszeitung.ch/politik/durchbruch-bei-der-doha-runde-der-wto-533539> und <http://www.gvw.com/aktuelles/newsletter/trade-news-de/januar-2014/wto-recht-doha-runde-kommt-auf-bali-wieder-in-die-gaenge.html>

14 taz im Dezember 2013

15 [www.gvw.com/aktuelles/newsletter/trade-news-de/januar-2014/wto-recht-doha-runde-kommt-auf-bali-wieder-in-die-gaenge.html](http://www.gvw.com/aktuelles/newsletter/trade-news-de/januar-2014/wto-recht-doha-runde-kommt-auf-bali-wieder-in-die-gaenge.html)

16 Prof. Thomas Straubhaar (Universität Hamburg, Experte für internationale Wirtschaftsbeziehungen und Geschäftsführer des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes HWWI), siehe auch <http://www.welt.de/wirtschaft/article122726072/Bali-ist-kein-Neuanfang-sondern-das-Ende-der-WTO.html>

17 ebenda

18 ebenda

19 taz vom 9. Dezember 2013, Seite 9

# Betrachtungen, Berichte, Termine

## Gedenken

### Margrit Kennedy

\* 21.11.1939 – † 28.12.2013

*Christoph Strawe*

Margrit Kennedy, in Chemnitz geboren, studierte Architektur und wirkte als Architektin, Stadtplanerin und Ökologin, u.a. als Gastprofessorin für Stadtökologie an der Gesamthochschule Kassel und als Mitgestalterin eines Modellprojekts für 150 BewohnerInnen in Steyerberg (Niedersachsen). Durch zahlreiche Publikationen auf ihrem Fachgebiet machte sie sich einen Namen. 1991 wurde sie als Professorin an den Fachbereich Architektur der Universität Hannover berufen.

Bekannt wurde sie dann vor allem als Kritikerin unseres zinsorientierten Geldsystems – nachdem sie zur der Einsicht gelangt war, dass hier eine entscheidende Quelle der Behinderung nachhaltigen Bauens zu suchen sei. 1991 erschien ihr Buch „Geld ohne Zinsen und Inflation – ein Tauschmittel, das jedem dient“. Das Werk wurde ein Best- und Longseller, der in 22 Sprachen übersetzt wurde. Sie entfaltete eine umfangreiche Vortrags- und Beratungstätigkeit in Sachen Geldreform, ab 2002 widmete sie sich gänzlich diesem Thema. Mit Bernhard A. Lietaer zusammen schrieb sie ein grundlegendes Buch über „Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand“.

Wir haben Margrit Kennedy als eine mutige Mitstreiterin im zivilgesellschaftlichen Engagement erlebt. Das Anliegen, Einstiegspunkte in eine soziale Geld-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu finden, verband uns mit ihr. Eine wichtige Quelle für ihre Studien war die freiwirtschaftliche Geldtheorie von Silvio Gesell, mit der sie allerdings völlig undogmatisch umging, was in freiwirtschaftlichen Kreisen von manchen nicht immer verstanden wurde. Sie war an anthropologischen und spirituellen Aspekten der Geldfrage interessiert und offen für Gedanken einer solidarischen Ökonomie.

Ich habe Margrit Kennedy beim 2. Chiemgauer-Kongress im März 2004 und im November des-

selben Jahres bei einer Tagung unseres Instituts in Trier zum Thema „Das Ringen um eine soziale Geldordnung“ persönlich erleben dürfen. Nach Trier hatte ich sie als Gastreferentin eingeladen. Ihre menschliche Wärme und ihr offenes Interesse für andere Menschen und soziale Strömungen – wie auch die soziale Dreigliederung – haben mich sehr beeindruckt. Perlas' Buch über „Globalisierung, Zivilgesellschaft und Dreigliederung“ fand sie „großartig“, wie sie mir sagte. Die praktische Zusammenarbeit zwischen „Freiwirtschaftlern“, „Dreigliederern“ und anderen sozialen Erneuerern hat sie immer gefördert. Mein Vorstandskollege Harald Spehl hat im Regio-Netzwerk längere Zeit mit ihr zusammengearbeitet.

Am 28. Dezember 2013 ist Margrit Kennedy zu Hause in Steyerberg an Krebs gestorben. Wir bleiben mit ihr verbunden.

### Josef Busch

Am 7. Januar starb unser bereits hochbetagter Freund Josef Busch. Mit 17 Jahren geriet er in russische Kriegsgefangenschaft. Als Schwerkranken lebte er seit 1965 im Südschwarzwald, in den letzten Jahren zurückgezogen in einem Seniorenzentrum in Oldenburg.

Seine Lebenserfahrungen als junger Mensch führten ihn zur Dreigliederung. Er war schon 1965 bei den berühmten Witthüsesgesprächen auf Sylt dabei, später auch in Achberg. Mit seiner Frau hat er den Republikanischen Club in Lörrach mitgegründet. In seinem philosophisch-erkenntniswissenschaftlich untermauerten Dreigliederungsdenken knüpfte er vielfach an Hans-Georg Schweppenhäuser an. Er war 10 Jahre als Dozent am Humboldt-Kolleg in Wangen (Allgäu), in der Freizeitschule Mannheim-Neckarau und in Arbeitsgruppen tätig. Im Rahmen selbstorganisierter Reiseaktivitäten verbreitete er den Dreigliederungsimpuls in Russland, Australien und Frankreich. Er bleibt mit uns verbunden.

### Ulrich Rösch

\*14.1.1951 – † 13./14.2.2014

*Rainer Rappmann  
und MitunterzeichnerInnen*

In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 2014 ist Ulrich Rösch völlig unerwartet gestorben.

Ulrich Rösch ist bereits als 17-jähriger auf dem Lörracher Marktplatz durch Wilfried Heidt mit dem Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus in Berührung gekommen – eine Begegnung, die sein Leben prägen sollte und ihn dazu geführt hat, in vielen der verschiedenen Achberger Arbeitszusammenhänge tatkräftig mitzuwirken.

So hatte er sich in den 1970er Jahren engagiert in die Ideenbildung und das Ringen um einen Dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus eingebracht und war zusammen mit Kathrin Dieterle maßgeblich an der Gründung der Wangener Waldorfschule beteiligt. Er war dort auch von 1976 bis 1982 als Klassenlehrer tätig.

Nachdem dann der Schulbau in Wangen 1981/82 auf dem ehemaligen Erba-Gelände realisiert und auch finanziert(!) war, hat er sich umgehend an die nächste große unternehmerische Aufgabe gemacht und die Rakattl Werkkunst GmbH mit Läden u.a. in Lindau, Wangen und Konstanz gegründet, die er bis zuletzt als Rakattl Textil-Design & Werkkunst GmbH mit seiner Frau Cornelia betrieb. Sie war ihm eine zentrale Mitstreiterin und tatkräftige Partnerin, an deren Rat und aktiver Unterstützung ihm außerordentlich viel lag.

Es fällt schwer zu überblicken, in wie vielen wirtschaftlichen Zusammenhängen Ulrich Rösch mitgewirkt, beraten und Impulse eingebracht hat. Neben seiner großen Wertschätzung der Arbeit von Joseph Beuys und dessen Idee der Sozialen Plastik war er ebenso unermüdlich als Handlungsreisender in Sachen Dreigliederung unterwegs, deren wichtige Erweiterung und Vertiefung durch Wilhelm Schmudt ihm besonders am Herzen lag. Insbesondere diese Beziehung war es, die die Arbeit von Uli ausgezeichnet hat. Er war Schmudt nicht nur persönlich außerordentlich verbunden, sondern gehörte zu den wenigen Zeitgenossen, die ihn intensiv studiert und wirklich verstanden haben.

Diesen Gesamtimpuls trug er nicht zuletzt nach Amerika und Taiwan, wohin er in den letzten Jahren regelmäßig eingeladen worden war. Noch vor kurzem half er mit, dass eine Schule für biologisch-dynamische Landwirtschaft in Vinobaji Puram, Tamil Nadu, in Südindien aus der Taufe gehoben werden konnte.

Uli Rösch hat es nicht nur verstanden, Unternehmungen unter den modernen wirtschaftlichen Verhältnissen zu gründen und zu führen, was schon Anerkennung genug verdient, sondern es gelang ihm darüber hinaus, selbstlos Überschüsse aus diesen Unternehmungen an kulturelle und zivilgesellschaftlich relevante Projekte weiterzuleiten. Auch seine Zeit als Mitarbeiter der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum in Dornach – von 1999 bis 2011 – hat Uli genutzt, um dort sein besonderes Verständnis des Dreigliederungsimpulses zur Geltung zu bringen.

Nach dem Tod von Wilfried Heidt wurde er wieder in den Vorstand des Internationalen Kulturzentrums Achberg e.V. berufen, wo er versuchte, einige Neuansätze zur Renovation und Neubegründung, insbesondere für die Bewirtschaftung des Humboldt-Hauses, einzubringen.

Uli Rösch war ein weltoffener, weltzugewandter Mensch, der seinen Zeitgenossen stets mit Freundlichkeit und mit einem von Herzen kommenden Lächeln begegnete. Wir haben ihn auch dafür geliebt. Seit Jahrzehnten kontinuierlich mit ihm in der Arbeit um

die Idee der Dreigliederung verbunden, verlieren wir mit ihm – irdisch gesehen – einen guten Freund, Bruder und Mitstreiter.

Rainer Rappmann, Wangen | Johannes Stüttgen, Düsseldorf | Michael Bader, Göppingen | Christine Hahn, Wangen | Christoph Strawe, Stuttgart | Jochen Abeling, Hamburg | Annette Wölflé, Lindau | Herbert Schliffka, Achberg | Ingrid Feustel, Wangen | Stephan Siber, Wien | Ulrich Hölder, Stuttgart | Peter Schata, Krefeld | Christoph Klipstein, Achberg | Franz Hansert, Hamburg | Peter Schlefsky, Achberg | Tom Tritschel, Bochum | Rainer Lindermayer & Barbara Messmer, Frankfurt/M

## Freundschaften in einer globalisierten Welt

Gedanken zum Jahresrückblick 2013<sup>1</sup>

**Hans-Bernd Neumann**

*Evangelium Johannes 15; „Ich nenne Euch nicht mehr Knechte, sondern Freunde...“*

Im Herbst 2013 wurde der zweite Teil des Films „Die Tribute von Panem“ in den Kinos gezeigt, der einer der größten kommerziellen Kinoerfolge des Jahres ist. Die Geschichte spielt in der Zukunft und ist eine Mischung aus George Orwells „1984“ und Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“. Die Menschheit dieser Kultur „Panem“ – der Name ist nicht zufällig Panem = Brot – ist in 12 plus einen Distrikt aufgeteilt. Die Reichen und Wohlhabenden leben im ersten Distrikt. Ihr Wohlstand fußt auf der brutalen Ausbeutung des Restes der Menschheit, die in Armut und Hunger lebt. Eine Revolution gegen dieses Ausbeutungsregime wurde in der Vergangenheit niedergeschlagen und seitdem werden jedes Jahr „Hungerspiele“ veranstaltet, in denen je zwei Jugendliche aus allen Distrikten als Tribute ihres Distriktes in einer von „Spielemachern“ gestalteten Arena einen Kampf auf Leben und Tod ausfechten müssen, beim dem nur einer überleben kann – „Panem et Circensis“, also „Brot und Spiele“. Ich möchte den Inhalt an dieser Stelle nicht weiter darstellen, sondern nur anmerken, dass mich erstaunt, wie intensiv diese Geschichte gerade von Jugendlichen wahrgenommen wird. Im Grunde stellt Hollywood mit den „Tributen von Panem“ die Geschichte unserer heutigen Zeit dar: den brutalen Kampf von Reich gegen Arm.

### Wer ist Freund, wer Feind?

Wir leben seit gut 30 Jahren der Möglichkeit nach in einem „goldenen Zeitalter“, in dem es keinen Hunger mehr auf der Erde geben müsste – doch Nahrung und Produkte sind ungleich verteilt. Die Brände in den Nähfabriken in Bangladesh und Indien 2013 sind leuchtende Fackeln, die auf die Ungerechtig-

<sup>1</sup> Es handelt sich um den für die Sozialimpulse durchgesehenen und geringfügig modifizierten Text der Sylvesterpredigt, die Hans-Bernd Neumann als Priester der Christengemeinschaft in Reutlingen gehalten hat.



keiten in unserer globalen Welt hinweisen. Lampedusa ist das „Mene Tekel“, das an die moralische Wand der Grenzen von Europa und Nordamerika geschrieben steht. Europa und Nordamerika, Orte des Luxus und des Überflusses, schotten sich ab vom Rest der Welt, der in Armut und Ungerechtigkeit versinkt. Marie Antoinette soll zu den Hungernden von Paris gesagt haben: „Die Leute haben kein Brot? Sollen sie doch Kuchen essen...“ Wir sagen über die Grenzsicherungsfirma Frontex den in Not Lebenden aus Afrika und Südamerika an der unüberwindbaren Grenze: „Ihr lebt in Armut? Dann regelt doch zuerst Eure Probleme zu Hause...“ Anstatt den Menschen im Süden als Freunde entgegenzutreten, machen wir sie zu „Terroristen“, die entgegen jedem Völkerrecht wirksam mit Drohnen bekämpft werden, begleitet von maximal PR-wirksamen Bildern von diesem Kampf.

„Vergiss nicht wer der Feind ist...“ heißt der Untertitel des Films „Tribute von Panem“. Wer ist heute in diesem Krieg Arm gegen Reich der Feind? Wer ist Freund? Warum kann jeder Achtklässler verstehen, dass Investitionen in Bildung statt in Waffen ein Land wie Afghanistan viel leichter befrieden könnten, während die in der globalen Verantwortung stehenden Politiker das ignorieren? Wir erschaffen uns Terroristen, um abzulenken von der eigentlichen Problematik: dass der Wohlstand dieser Erde gerecht verteilt gehört. Die Armut des Südens wurzelt in systematisch ausbeuterischen globalen Verabredungen, die wir „Finanzmarkt“ nennen und der unseren Reichtum sichert. Margrit Kennedy ist gerade verstorben. Sie war eine der wichtigsten Stimmen, die forderten, dass sich unser Finanzsystem grundlegend ändern muss! Inzwischen schneidet die Schere zwischen Arm und Reich auch in die Gesellschaft Europas und Nordamerikas. Jedem, der rechnen kann, ist klar, dass ein Mindestlohn von 8,50 € die Stunde nach 45 Erwerbsjahren nicht zu einer auskömmlichen Rente führt.

Was würde helfen? Klares Denken und wahre Freundschaft: wenn ich in meinem Mitmenschen einen Freund, einen Bruder, anstelle eines Konkurrenten im Wirtschaftsleben sehe. Angesichts der sogenannten Wirtschaftskrise müssen wir anerkennen, dass ein Standpunktwechsel notwendig ist. Dass wir im Wirtschaften nur heilsam wirken können, wenn wir in den anderen Brüder sehen, die wie wir Bedürfnisse haben. Nelson Mandela ist einer der wichtigsten Repräsentanten der Tatsache, dass der Mensch zu einem Bewusstseinswandel fähig ist. In den 27 Jahren seiner Gefangenschaft ist er innerlich gewachsen, verwandelte er sich und wurde zum Freund des Menschen. Er begriff, dass es darum geht, im Gegner den Freund zu sehen – nicht aus Mitleid, sondern weil es „notwendig“ ist. Denn nur gemeinsam mit Freunden ist ein Paradigmenwechsel möglich.

### Wo ist der Freund, der das Wort ergreift?

Unter diesem Blickwinkel können wir die großen Naturkatastrophen von 2013 als Notwendend und damit notwendig ansehen, auch wenn das vordergründig brutal klingen mag: Der Wirbelsturm Hayan, die

Überflutungen in Frühsommer, lösten eine Welle der Solidarität aus. Wildfremde halfen denjenigen, die von den Naturereignissen überwältigt wurden, bei der Bewältigung ihrer Not. Auf Grund der äußeren Krise werden Menschen zu Freunden. Mit-Leid schafft neue Gemeinschaften.

Aber die eigentliche Not der Erde ist unser Umgang mit ihren Ressourcen. Fast drei Jahre nach dem großen Erdbeben wird uns das Ausmaß der sich schleichend fortsetzenden Katastrophe von Fukushima immer bewusster und zeigt in aller Deutlichkeit, dass Inkompetenz und Arroganz wichtige Zeit verstreichen ließ: Die Bergung der über 11.000 hoch radioaktiven Brennelemente begann erst im November 2013, sodass über der gesamten Menschheit weiterhin das Damoklesschwert einer wahrhaften Apokalypse „schwebt“. Gleichzeitig, als hätten wir nichts gelernt, werden in Finnland, USA und Großbritannien neue AKWs geplant und gebaut...

Die Vereinigten Staaten haben sich im vergangenen Jahr zum weltweit größten Förderer von Erdgas entwickelt durch eine Technologie, die „Fracking“ genannt wird. Dabei wird ein hochgiftiges Sand-Wasser-Chemikalien-Gemisch in die Tiefen des schieferhaltigen Bodens gepresst und so aus den Schiefertönen das Erdgas heraus gedrückt. Angeblich ist die darüber liegende Grundwasserschicht in keiner Weise gefährdet. Doch wer glaubt schon, dass ein hochtoxischer, fluider Chemie-Cocktail tief unter den wasserführenden Schichten für immer in diesen gebunden bleibt! Das mag vielleicht für die nächsten Jahrzehnte gelten, was ich persönlich bezweifle, sicher aber nicht für die nächsten Jahrhunderte. Die Böden der Erde sind viel zu sehr in einer lebendigen Bewegung begriffen, als dass es nicht zu einem solchen Austausch kommen könnte. Mit Fracking beraubt man die kommenden Generationen eines sauberen Grundwassers. Wo ist der „Freund“, der zu diesem Thema deutlich das Wort ergreift? Das Bibelwort – „Macht Euch die Erde untertan“ – bedeutet doch: O Mensch, übernimm Verantwortung für die geschaffene Welt, kultiviere, d.h. pflege sie, habe eine freundschaftliche Gesinnung für das, was Dir von Gott gegeben wurde.

### Machtbündnisse statt notwendiger Freundschaft

Ein „Hauptwort“ des Jahres 2013 war „Koalition“. Das riecht zwar nach einer besonderen Art der Freundschaft, erscheint aber in der Gestensprache, in der heute Koalitionen ausgelebt werden, als ein Trieb, die Machtinteressen derjenigen zu wahren, die eine Koalition eingehen. Der Syrienkonflikt ist allem voran ein Beispiel dafür: Das Volk in Syrien muss leiden, weil die verschiedenen Blöcke von Machtkoalitionen nicht im Sinne des geschundenen Volkes in Syrien denken, sondern von der Angst umgetrieben werden, der Einfluss eines anderen Koalitionsbündnisses könne Raum gewinnen, wenn man so oder so handelt. Damit der Andere also nicht an Einfluss gewinnt, tut man lieber gar nichts. In Syrien prallen alte Feindbilder und Bündnisse aus der Zeit des Ost-West-Konflikts aufeinander.

Diese Form fragwürdiger Machtbündnisse bzw. -interessen steht auch hinter dem Verhalten der Republikaner in den USA, das das Weltwirtschaftssystem im Herbst an den Rand des Zusammenbruchs führte. Auch hier war offensichtlich: Nur um dem politischen Gegner keinen Vorteil zu bieten, wurde die Welt in Zwanghaft genommen und blockiert, wo es nur ging.

Die Koalition, die uns angeblich näher liegt, ist die Große Koalition, deren lautmalersche Abkürzung an ein Reptil erinnert: „GroKo“. Was sagt man Jugendlichen, die versuchen, das politische Geschehen zu verstehen, wenn man die Worthülsen im Wahlkampf mit den Worthülsen des Koalitionsvertrages vergleicht? War es wirklich der viel zitierte Wählerwille, der GroKo herauf beschwor? Sind aus Gegnern jetzt Freunde geworden? Aufgrund dieser Scheinwortgefechte innerhalb der Politik fällt es mir immer schwerer, junge Menschen zum Mitmischen, sprich zum Mitgestalten in der Politik, zu motivieren. Gerade heute wäre es notwendig, dass neue „junge“ Gedanken die Politik beleben: Gedanken die jenseits von Machtinteressen den anderen Menschen und seine Entwicklung im Sinn haben.

Unsere Zeit, die auch durch die NSU geprägt und herausgefordert ist, braucht neue Menschen, neue Ansichten und insbesondere eine neue Art von Freundschaften. Eine Gesellschaft wie die unsere darf es sich nicht erlauben, Roma, Flüchtlinge, und Migranten auszuschließen oder plakativ als Wirtschaftsflüchtlinge zu brandmarken. Wir brauchen Brückenbauer, die zwischen den unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen der Menschen, die hier leben wollen, zu vermitteln bereit sind – wie dereinst Martin Luther King, der im August vor genau 50 Jahren seine berühmte Rede hielt – „I have a dream“ – und damit an der Brücke zwischen den Ethnien baute.

### Was unter Freunden erlaubt ist – eine Gewissensfrage

Was ist unter Freunden erlaubt und was nicht? Ich bin so aufgewachsen, dass als unanständig galt, ungefragt eines anderen Menschen Tagebuch oder Briefe zu lesen. Ich bin erstaunt, dass man mehr oder weniger akzeptiert, dass hunderttausende E-Mails, Handybewegungskoordinaten, Onlinezeiten etc. durch die NSA gespeichert und analysiert werden, dass aber das Aushorchen des Handys der Bundeskanzlerin Empörung hervorruft. Ich bin mir nicht sicher, wer in der Angelegenheit eigentlich inkonsequent ist: die NSA, die konsequent alle Daten auswertet, an die sie herankommt, oder die Bundesregierung, die das eine als Kavaliersdelikt abtut und das andere als Vertrauensbruch unter Freunden brandmarkt...

Zum Glück gibt es auch nach dem Tod von Dieter Hildebrandt, der 2013 verstarb, noch Stimmen, die mit Humor, Witz und Satire die inkonsequenten Handlungen der Politik aufs Korn nehmen. So auch der Kabarettist Volker Pispers, wenn er fragt – „Was kommt uns in den Sinn, wenn wir an den 11. September denken?“ – und antwortet: „Natürlich dass Salvador Allende, ein vom Volk demokratisch gewählter

Präsident in Chile, vor 40 Jahren, am 11. September 1973, durch einen brutalen Putsch seitens Pinochet mit Hilfe der CIA gestürzt wurde!“

Der Mann des Jahres ist wohl für viele Edward Snowden, der ganz im Sinne der Grundwerte der amerikanischen Verfassung der Stimme des eigenen Gewissens folgte anstatt seiner von außen abverlangten Geheimhaltungsverpflichtung nachzukommen. Warum tun sich unsere Verantwortlichen so schwer, dies als eine Tat eines Menschen mit echtem Gewissen anzuerkennen und dem Verfolgten ein Recht auf Asyl zu gewähren? Wen fürchtet man zu brüskieren? Den Freund Amerika? Eine echte Freundschaft würde nicht leiden, wenn man das moralische Vergehen, „Freunde“ auszususpionieren, ansprechen würde, indem man demjenigen Schutz zubilligt, der den Mut hatte, es zu benennen. Edward Snowden hat versucht, deutlich zu machen, was moralisch erlaubt ist und was nicht. Ihm gebührt höchste Anerkennung.

### Mutige Meinungsäußerung – mutige Entscheidungen

Marcel Reich-Ranicky, Nelson Mandela und Margret Thatcher, die 2013 starben, zolle ich Bewunderung für ihre Lebensleistung – nicht weil ich immer ihrer Meinung war, sondern weil sie aufrecht lebten und den Mut hatten, ihre Meinung zu sagen und sie standhaft zu vertreten. Ein seltenes Gut in der heutigen politischen und gesellschaftlichen Landschaft.

Stellvertretend für die viele, die ungenannt bleiben, möchte ich zwei Menschen wegen ihrer mutigen Entscheidung erwähnen: Joseph Ratzinger, der es wagte, mit einem ungeschriebenen Gesetz der katholischen Kirche zu brechen, indem er vor seinem Lebensende den Platz für seinen Nachfolger freigab. Damit ermöglichte er Reformen, die er wohl selbst kräftemäßig nicht mehr schaffte. Das zeugt von Selbsterkenntnis und verlangt Respekt. Mit dem Wechsel im Papstamt ist natürlich die Hoffnung verbunden, dass auch innerhalb der katholischen Kirche religiöse Erneuerung möglich wird. Die andere Person, der ich für ihren Mut Respekt zolle, ist die Schauspielerin Angelina Jolie: Es ist mutig von ihr, in der Welt der Schönen und Reichen darüber zu sprechen, dass sie sich aus gesundheitlichen Gründen einer Mastektomie unterziehen musste. Unabhängig vom Sinn einer solchen Operation bewundere ich den Mut dieser Frau, die für die Schönheit ihres Körpers berühmt war, damit vor die Öffentlichkeit zu treten. Hier scheiden sich die wahren von den unwahren Freunden.

### Freundschaft mit Gott?

Freundschaft hat – für mich jedenfalls – auch eine spirituelle Dimension. Mich bewegt die Frage: Gibt es so etwas wie Freundschaft mit Gott? Heute ist es ohne Probleme möglich, sich mit jedem Erwachsenen über Meditation und Meditationserfahrung auszutauschen. Dies war noch vor 10, 20 Jahren in diesem Umfange nicht möglich. Die Meditation ist aber nur ein Weg ins Geistige. Ein anderer Weg in die gei-

stige Welt scheint in unserer Zeit in den Hintergrund zu treten: das Gebet. Ich nehme zunehmend wahr, dass immer weniger Menschen sich zu beten trauen. Beten scheint irgendwie verpönt zu sein. Was ist ein Gebet? Beten macht den religiösen Menschen aus. Ein Mensch ist nicht religiös, weil er an etwas glaubt, sondern, weil er im Gespräch ist mit Gott oder weil er zumindest versucht, mit Gott zu sprechen. Gebete sind Gespräche. Das Schwierige dabei ist, dass man den Gesprächspartner nicht gleich wahrnimmt. Dem modernen Menschen fällt es auch schwer zu beten, weil er meint, dass jemand der betet, innerlich oder äußerlich auf die Knie fallen muss vor dem Göttlichen. Dem ist nicht so: Der moderne Beter steht vor Gott und ist im Gespräch mit ihm. Und er macht über kurz oder lang eine Erfahrung, die genauso real ist wie eine Sinneserfahrung: dass das Gebet gehört wird und dass es wirklich ein Gespräch darstellt, ein Gespräch unter Freunden. Ein Freund, d.h. ein wahrer Freund, spricht auch unangenehme Dinge aus, eben weil er ein Freund ist. So kann die Antwort auf ein Gebet im ersten Moment auch unangenehm erscheinen.

Ich glaube in der Zeit, wo das Wort Freundschaft so korrumpiert klingt, ist es dringend notwendig, Freundschaft im Gebet neu zu suchen. Gerade wenn wir auf das Jahr 2014 blicken, scheint die Frage des Gebetes eine Zentralfrage des modernen Menschen zu werden. 600 Jahre nach der Verbrennung des Kirchenreformers bzw. Gebetsreformers Jan Hus in Konstanz und auch 700 Jahre nach der Ermordung der letzten Templer, scheint mir die Erneuerung des Gebetes notwendig. 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges gilt es das Gebet besonders zu pflegen. In der Zeit zwischen 1910 und 1930 wurde das Tor zur geistigen Welt in einer besonderen Weise geöffnet. Durch dieses geöffnete Tor kann man Freundschaften schließen mit dem, der zu seinen Jüngern sagt: „Ich nenne Euch nicht mehr Knechte, sondern Freunde.“

## Ukrainische Perspektiven

**Kai Ehlers**  
[www.kai-ehlers.de](http://www.kai-ehlers.de)

**Vorbemerkung der Redaktion:** Der folgende Artikel ist am 10. Februar fertiggestellt worden. Seither ist vieles geschehen: Vereinbarungen wurden getroffen, eine vorläufige Regierung gebildet. Jeder wird begrüßen, dass auf dem Majdan nicht mehr geschossen wird. Doch sind die Probleme, deren Hintergründe der Text ausleuchtet, damit keineswegs bewältigt.

Was geschieht heute in der Ukraine? Antworten auf diese Frage fallen schwer. Die Stimmen der Aktivisten auf dem Majdan, die abseits gelegenen, aber nicht minder wichtigen Schauplätze regionaler Proteste, die über die Ereignisse gezogenen medialen, diplomatischen und politischen Schleier internationaler Akteure bilden ein chaotisches, kaum überschaubares

Feld. Wer verstehen will, sieht sich gezwungen zu sortieren.

Hört man auf die Stimmen der Menschen, die sich seit Monaten zu Tausenden auf dem Majdan versammeln, dann geht es im Grunde um etwas sehr Einfaches, nämlich um Forderungen nach einer Verbesserung des alltäglichen Lebens, nach gesicherten Arbeitsplätzen, nach sozialer Gerechtigkeit, nach einem Ende der allseits verbreiteten Korruption einer von wenigen Oligarchen beherrschten Gesellschaft. Auf dem Majdan, so berichten Beobachter, die die Proteste vor Ort miterlebt haben, zeige das Volk, wie es wirklich leben wolle. Der Charakter der Proteste ist seinem Wesen nach spontan, unorganisiert und politisch diffus, von seiner Grundstimmung her sogar unpolitisch, zumindest von tiefem Misstrauen gegenüber politischen Ideologien und Vereinnahmungsversuchen gleich welcher Couleur geprägt. Vergleiche zu den spanischen „Empörlen“, zu „Occupy“, zur „Arabellion“ und zu anderen Bewegungen werden gezogen, in denen Vorboten eines neuen Miteinander sichtbar würden. Aus dieser Perspektive sind die Majdan-Proteste, einschließlich ihrer militanten Spitzen, Ausdruck einer allgemeinen, globalen Bewegung gegen die Ausplünderung lokaler Bevölkerungen durch das internationale Kapital. Instrumente dieser Ausplünderung sind die diversen Freihandelsabkommen, in denen sich die Deregulierungs-Politik der multinationalen Konzerne bewegt. In der Ukraine wird diese Ausplünderung heute in der Form der extrem korrupten Oligarchisierung wahrgenommen.

Hört man auf die politische Opposition, die sich die Majdan-Proteste zuschreibt, also die Vertreter der Parteien Julia Timoschenkos, Vitali Klitschkos und Oleg Tiagnibogs, geht es bei den Protesten um die nationale Einigung der Ukraine. Der Vorwurf dieser Opposition an den Kurs des gegenwärtigen Präsidenten Viktor Janukowytsch gipfelt folgerichtig in dem des nationalen Verrats, extrem vorgebracht durch den erklärten Nationalisten Tiagnibog, der mit seinem rechts-nationalen bis offen faschistisch auftretenden Anhang die extremste Position vertritt: ‚Ukraine den Ukrainern‘. Dieses Motto ist im Kern selbstverständlich nicht nur eine anti-russische, es ist auch eine gegen die Europäische Union und schließlich gegen alles „Fremde“ gerichtete Position. Nichtsdestoweniger treten Arsenij Jazenjuk, der Vertreter Timoschenkos, und Klitschko mit ihren Forderungen nach einem Sturz des gewählten Präsidenten Janukowytsch gemeinsam mit Tiagnibog auf, ohne sich von den nationalistischen Parolen Tiagnibogs und den „rrrevolutionären“ Gewaltankündigungen seiner militanten Anhänger auf dem Majdan und in den Regionen zu distanzieren. Mehr noch, Klitschko rief selbst ausdrücklich dazu auf, überall im Lande Bürgerwehren zu bilden.

Hört man die Vertreter und Vertreterinnen der Europäischen Union, insbesondere Deutschlands wie auch die der übrigen „freien Welt“, wie sie in besonders deutlicher Form auch auf der soeben durchgeführten Münchner Sicherheitskonferenz zu vernehmen waren, dann geht es in der Ukraine darum, einem „Regime“ entgegenzutreten, das den Menschen der Ukraine durch seine Weigerung, sich der EU per

Assoziierungsvertrag anzuschließen, den Weg zu Wohlstand und Freiheit und überhaupt in die „Moderne“ versperre und sie der Herrschaft eines neo-imperialen autoritären Russland unterwerfen wolle. Zur Durchführung der „demokratischen Transformation“ der Ukraine hält man es für gerechtfertigt, direkt in die laufenden Konflikte des Landes mit dem Ziel einzugreifen, den gewählten Präsidenten und seine Regierung zu stürzen – dabei reicht das Eingreifen vom Aufbauen eines Kandidaten wie Klitschko über direkte Teilnahme von eigenen Regierungsvertretern an den Protesten bis hin zu Gesprächen mit den Nationalisten um Tiagnibog. Das ist imperiale Interventionspolitik pur. Sie unterscheidet sich von den bekannten US-Interventionen allein dadurch, dass sie nicht gegen erklärte „Schurkenstaaten“ irgendwo auf dem weiten Globus von den USA, sondern im Bereich eurasischer Bündnispolitik und dort von einer sich neo-imperial gebärdenden EU durchgeführt wird. Dass die EU-Vertreter/innen dabei vom großen US-Bruder als ungeschickt gerügt werden, ist eine kleine Perversität am Rande.

Glaut man der russischen Politik, dann geht es um die Sicherung des eurasischen Friedens, genauer: um das Ermöglichen eines friedlichen Miteinanders von Europäischer Union und Eurasischer Union unter Vermeidung eines Integrationswettkampfs. Eine Ukraine, die sich in einem von Lissabon bis Wladiwostok reichenden Freihandelsraum nach ihren eigenen Interessen frei verbinde, sei dafür die unerlässliche Voraussetzung, erklärte der russische Außenminister Lawrow auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Einiges spricht dafür, dass Russland aus einer solchen defensiven Perspektive heraus handelt. Anders ergeben die bedingungslosen Kreditzusagen und übrigen Hilfsangebote an die Ukraine für Russland keinen Sinn. Russland, selbst noch Transformationsland, kann sich, will es sich als Großmacht behaupten – und das will es! – chaotische oder gar revolutionäre Entwicklungen in einem Land, mit dem es trotz dessen Unabhängigkeit so eng verbunden ist wie mit der Ukraine, nicht erlauben. Andererseits ist die Abhängigkeit der Ukraine von offenen Grenzen zu Russland, und damit von Russlands Vormacht im Eurasischen Raum, nicht zu übersehen. Faktisch verhindert die Tatsache, dass Russland sich von direkten Interventionen zurückhält, nicht, dass die Ukraine zwischen Eurasischer und Europäischer Union als umstrittener Integrationsraum unter Druck steht, auch von russischer Seite.

Zum Integrationskonflikt zwischen EU&EU kommt schließlich noch das neu zu beobachtende Interesse Chinas an der Entwicklung einer „Neuen Seidenstraße“ hinzu, die in die Ukraine und von dort in die Europäische Union hineinführen soll. Schon im September 2013 war im „Handelsblatt“ zu lesen, dass das chinesische Staatsunternehmen „Xinjiang Production and Construction Corps“ mit dem ukrainischen Agrarkonzern KSG Agro eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben habe. In einem ersten Schritt erhalte China Zugriff auf 100.000 Hektar Land, letztlich sollten es dann drei Millionen Hektar werden. Diese Fläche entspricht etwa einem Viertel des gesamten Ackerlandes in Deutschland. In den kommenden 50 Jahren sollen in der Ukraine

für den chinesischen Markt Feldfrüchte angebaut und Schweine gezüchtet werden (Handelsblatt, 22.09.2013). Auf dem Höhepunkt der Majdan-Krise, am 05.12.2013, schloss der ukrainische Präsident Janukowytsch in Peking weitergehende Verträge für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Luft-, und Schifffahrt sowie Energie und Straßenbau ab (Handelsblatt, 05.12.2013). Ein paar Tage später warf die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua dem Westen Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates vor.

In den Erwägungen der Geostrategen nimmt die Ukraine unter den skizzierten Bedingungen mehr noch als je zuvor eine Schlüsselstellung ein. US-Altstrategie Sbniew Brzezinski hat daraus Zeit seines Wirkens kein Geheimnis gemacht. Seit Jahrzehnten erklärt er, dass die Ukraine der entscheidende Baustein sei, der aus dem Integrationsbereich Russlands herausgebrochen werden müsse, wenn die USA ihren Einfluss auf Eurasien und damit ihre globale Hegemonie sichern wollten. Denn: Wer Eurasien beherrsche, beherrsche die Welt. Neuerdings – soeben noch einmal vorgetragen auf der Sicherheitskonferenz in München, wo er Teilnehmer eines „Panels“ mit Klitschko war – möchte Brzezinski Russland allerdings nicht mehr ausschließen wie bisher oder gar teilen, sondern als Junior-Partner eines sich erweiternden westlichen Bündnisses umarmen. Es soll helfen, die durch China, Indien, überhaupt Asien, in Frage gestellte westliche Hegemonie zu verteidigen und das „politische Erwachen der Völker“, das ins Chaos zu führen drohe, in einem globalen ordnungspolitischen Rahmen zu halten. Zur Erreichung dieses Ziels ist Brzezinski sogar bereit, dem Erzfeind Russland zuzubilligen, Fortschritte in der Demokratisierung seiner Gesellschaft gemacht zu haben. Der Ukraine ist in dieser neu gefassten strategischen Sicht eine „Brückenfunktion“ zugeordnet, über die Russland in einem Wechsel von Zug und Druck an das westliche Bündnis – und damit Eurasien an den Westen gebunden werden soll. US-Außenminister John Kerry, bekräftigte diese neue Ausrichtung der US-Politik auf der Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Stichwort einer von den USA heute verfolgten „Transatlantischen Renaissance“.

Die jüngsten Zuckungen der EU-Ost-Politik zwischen Intervention und Rückzug lassen allerdings erkennen, dass noch nicht von allen atlantischen Akteuren verstanden worden ist, wie Zuckerbrot und Peitsche auf dieser neuen US-Linie verteilt sind.

Vor diesem geopolitischen Hintergrund kann es für die Ukraine – gleich ob unter einem Präsidenten Janukowytsch oder unter einem neuen Präsidenten und einer neuen Regierung – nicht darum gehen, sich zwischen der Zugehörigkeit zur europäischen oder zur eurasischen Union oder ersatzweise für die Variante einer chinesisch dominierten neuen Seidenstraße zu entscheiden. Dies umso weniger, als „Europäische Union“ nicht gleichbedeutend mit Europa und „Eurasische Union“ nicht identisch mit Russland ist – wie auch eine Kooperation mit Chinas Ambitionen einer „Neuen Seidenstraße“ nicht eine Absorption der Ukraine in ein chinesisches Wirtschafts-Imperium bedeutet. Die heutigen trans-

nationalen Kapitalstrukturen, ebenso wie geographische und kulturelle Räume, überschreiten diese Grenzen. Als traditionelles Durchgangsland, in das sich die historischen Bewegungen von den Hunnen im fünften Jahrhundert bis in die Neuzeit des letzten und heutigen Jahrhunderts immer wieder aufs Neue in vielfältigster Weise eingeschrieben haben – ethnisch, wirtschaftlich, kulturell und auch religiös, einschließlich der Implosion der Sowjetunion und der darauf folgenden globalen Transformationsprozesse –, wird die Ukraine bis heute von unterschiedlichsten Einflüssen durchzogen. Die Differenz zwischen dem mehrheitlich Russland zugeneigten Osten und dem der EU zugeneigten Westen ist nur der bekannteste dieser Unterschiede.

Nicht weniger wichtig sind die ethnischen und sprachlichen Minderheiten – Weißrussen, Moldawier, Krimtataren, Bulgaren, Magyaren, Polen, Juden, Armenier. Nicht übersehen werden darf auch der religiöse Pluralismus des Landes. Ernsthaftige Analysen zum Thema der regionalen Gliederung der Ukraine unterscheiden zwischen West-, Zentral-, Süd- und Ost-Ukraine, die Krim und Zakarpattja im äußersten Südwesten. Das seien sechs Gebiete, die man ungeachtet der administrativen Gliederung des Zentralstaates in 24 Verwaltungsbezirke (Oblaste) als „eigene Regionen“ ansehen könne (Ukraine Analysen“, Nr. 23, 5/2007). Weder eine Hinwendung der ganzen Ukraine zu einer Seite, also zur Seite der EU oder zu der Russlands oder gar Chinas, noch eine Spaltung des Landes entlang regionaler Schwerpunkte ist bei der gleichzeitigen bestehenden Überlagerung der unterschiedlichen Gewordenheiten eine Lösung für dieses Land – jedenfalls keine, die friedlich vollzogen werden und zur Befriedung des Landes wie der Beziehungen zwischen den das Land umgebenden Integrationsfeldern beitragen könnte. Nicht weniger absurd erscheint allerdings auch eine „nationale“ Wendung, welche die Vielfalt des Landes und seiner gewachsenen Bezüge nach außen gewaltsam zu „ukrainisieren“ versucht. Die Absurdität eines solchen Weges zeigt sich schon, wenn die Partei Tiagnibogs unter Parolen der nationalen Befreiung auf dem Majdan lautstark für einen Anschluss der Ukraine an die EU agitiert und dabei vergisst oder auch geflissentlich übersieht, dass die Europäische Union gerade aus der Überwindung des Nationalismus geboren wurde. Die Orientierung der entstehenden EU war schon nach 1945 kein Zufall, sondern ein Schritt, der über die Zeit hinaus zielte, in der Nationalstaaten als handelnde Subjekte die politische Wirklichkeit bestimmt hatten. Angesichts der heutigen globalen Vernetzung der Kapitalstrukturen sind Nationalstaaten nur noch ein auslaufendes Modell, bestenfalls Agenturen für die lokale oder regionale Umsetzung der Interessen transnationaler Konzerne. Für die Ukraine wäre der Rückgriff auf die nationale, gar nationalistische, Karte unter den heutigen Bedingungen nur noch ein Schritt in die Isolation.

So what? Welche Alternativen stehen angesichts dieser Gesamtlage zur Diskussion? Die Antwort liegt auf der Hand, egal, von wem sie vorgebracht wird: Transformation des gegenwärtigen Zentralstaates in Richtung einer Föderation eigenständiger Regionen

mit dem Recht, eigene Beziehungen zu ihren Nachbarn zu unterhalten. Wem dies zu utopisch erscheint, der schaue zunächst auf die Forderungen der gegenwärtigen Opposition. Ungeachtet ihrer nationalistischen Ausflüge fordert die Troika der Oppositionäre eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 – was nichts anderes heißt als Abkehr von der zurzeit gültigen Präsidialverfassung zu einer Kompetenzverlagerung auf Regierung und Parlament. Dies ist noch keine Aufkündigung des gegenwärtigen zentralistischen Staatsaufbaus, führt aber in diese Richtung.

Wer noch weiter in die politischen Programme horcht, die schon seit längerem auf unterschiedlichen Ebenen in der Ukraine diskutiert werden, trifft auf eine lebendige Debatte um eine Föderalisierung des Landes, d.h., auf Vorschläge und Bestrebungen, den gegenwärtigen Zentralstaat in eine Föderation umzuwandeln, als deren Basis die verschiedenen Regionen ins Auge gefasst werden. Gedacht wird dabei an einen schrittweisen, kontrollierten Übergang von kultureller, z.B. sprachlicher, zu wirtschaftlicher und weiter zu rechtlicher Eigenständigkeit der Regionen bei gleichzeitiger Vertiefung ihrer arbeitsteiligen Kooperation. Mit dem Sprachengesetz von 2012, das Russisch, bzw. andere Sprachen, die in einer Region zu mehr als 10% vertreten sind, als Zweitsprache legalisiert, wurde ein Schritt in diese Richtung gesetzt. Die kommunistische Partei, Koalitionspartner der „Partei der Regionen“ des Präsidenten Janukowytsch, hatte Vorschläge zur Föderalisierung lange vor den jetzigen Protesten zum Programm erhoben. Janukowytsch hatte die Debatte darüber mit der Gründung der „Partei der Regionen“ usurpiert und dadurch vorläufig erstickt. Jetzt mehren sich Stimmen für eine Wiederaufnahme dieser Debatte. Von nationalistischer Seite wird sie selbstverständlich als Verrat und üble russische Einflussnahme angegriffen.

Noch ist die Verfassung nicht auf ihre Form von 2004 zurückgesetzt, noch ist die Debatte um eine mögliche Föderalisierung auf regionaler Basis nicht in die breite Öffentlichkeit vorgedrungen, weder in der Ukraine noch über die Ukraine hinaus, aber erkennbar ist, dass sich hier Türen öffnen könnten, durch die Wege zu einer nicht nur friedlichen, sondern auch fruchtbaren Wende des ukrainischen Pluralismus führen könnten, der zurzeit noch richtungslos brodelt. Eine solche Wendung der jetzt aufgebrochenen Konflikte könnte zudem ein Impuls sein, mit dem die Ukraine, ausgehend von ihren extrem pluralistischen Besonderheiten, anderen Staaten in ähnlicher Lage einen Weg zeigt, der über das bisher entwickelte Verständnis national organisierter Demokratien als universalem politischen Modell in eine offene Gesellschaft hinausweist, in welcher die politische Willensbildung an den Interessen und der Selbstbestimmung der Menschen vor Ort ansetzt, statt ihnen von oben oder außen in Form von Mehrheitsentscheidungen diktiert zu werden, in denen Minderheitenschutz mühsam erkämpft werden muss, ganz zu schweigen von zentralistischen Diktaten. Die ‚global player‘ könnten dadurch Anstöße erhalten, entsprechende Formen auch bei sich und für die Gestaltung ihrer regionalen Kooperation und strategischen Abstimmungen zu entwickeln. Ein runder Tisch ukrainischer Regionen

mit überregionaler Begleitung durch die Nachbarn der Ukraine wie auch Vertretern und Vertreterinnen internationaler Organisationen könnte der erste Schritt in diese Richtung sein.

## Wege aus einer zunehmend paralytierten Gesellschaft

### Oder warum Forderungen an die Politik das Wesentliche nicht leisten können

**Thomas Brunner**  
[www.Freie Bildungsstiftung.de](http://www.FreieBildungsstiftung.de)

Wer die Entwicklung des politischen Klimas der letzten Jahre in Deutschland beobachtet hat, kann eine tiefgreifende Veränderung wahrnehmen, die immer weitere gesellschaftliche Kreise erfasst: Mit einer seltsamen Anpassungswilligkeit an die politisch diktierten Maßnahmen scheint ein zunehmend unverbindlicher Individualismus einherzugehen: Die Gesellschaft begnügt sich paradoxerweise (trotz aller Verstaatlichungs- und Bevormundungstendenzen, wie etwa der erzwungenen Rundfunkgebühr) mit den Nischen der ihr gewährten privaten Bürgerlichkeit. Diese Veränderung vollzieht sich schleichend, denn obwohl die Probleme in vielen gesellschaftlichen Feldern bei Weitem nicht gelöst sind, sondern sich alarmierend zuspitzen, scheinen sich immer mehr Menschen in die vorgebauten Strukturen zu fügen, als gäbe es keine anderen Perspektiven. Sie finden sich zugleich mit höchst fragwürdigen Weichenstellungen und Zentralisierungsbestrebungen ab.

### Unwort „alternativlos“

2010 wurde „alternativlos“ zum „Unwort des Jahres“ gekürt, ein Wort, das insbesondere von Angela Merkel im Kontext der finanziellen Hilfe für Griechenland verwendet wurde. In seiner Begründung sagte der Sprecher der „Unwort-Jury“ Horst-Dieter Schlosser: „Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe.“<sup>2</sup>

Bei näherer Betrachtung ist der Merkelsche Politstil jedoch durchaus nicht als autokratisch-doktrinär anzusehen – er zeichnet sich gerade durch ein erstaunlich gründliches Auslavieren des jeweils pragmatisch Möglichen aus. So versteht es Angela Merkel immer wieder, ihre Entscheidungen den gesellschaftlichen Stimmungsschwankungen anzupassen (z.B. ihre Kehrtwende in der Energiepolitik nach dem Atom-Unfall in Fukushima). Dieses Auslavieren unterscheidet sie von der „eisernen Lady“ Margret Thatcher und bringt sie eher in die Nähe der realpolitischen Linie Bismarcks.

Im Kern geht es bei dieser Art von Politik um ein Stabilisieren der Verhältnisse durch einseitige Berücksichtigung mehrheitsfähiger Entscheidungen. Das hat in vielen Feldern zu einer Form der Konsolidierung der politischen Klasse und letztendlich der gesamten Nationalwirtschaft geführt, die nicht auf einer produktiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung beruht, sondern sich auf das Bedienen einer „Mainstream-Kultur“ beschränkt, die zunehmend Minderheitenpositionen unterdrückt.

Das Ergebnis ist eine Gesellschaft, die z.B. „Erfolge“ in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit feiert und zugleich stillschweigend wachsende Armut (mit mittlerweile bundesweit über 1500 Essenausgaben, sog. „Tafeln“) duldet. Was vielleicht noch schwerer wiegt, ist, dass sie wieder zunehmend wirtschaftlich national-egoistisch zu denken beginnt, während dem sozialen Leben weiterhin durch Aktiengesellschaften, Finanzspekulationen und Bonuszahlungen ungeheure Summen entzogen werden. Die Art, wie die Bürger sich diesen Entwicklungen fügen, gemahnt an die Verhältnisse des späten 19. Jahrhunderts. Dabei ist als besonders dramatisch anzusehen, dass auch immer mehr ursprünglich positives bürgerschaftliches Engagement von dieser „Mainstream-Politik“ vereinnahmt und letztendlich seiner eigentlichen Intention entfremdet wird. An der neu entstehenden Feudalgesellschaft ist zu erleben, „dass die Hierarchie ein Ordnungsprinzip ist, das sich selbst als die Lösung des eigenen Widerspruchs in Szene setzt.“<sup>3</sup>

### Vereinsmeierei statt bürgerlicher Selbstbestimmung

Nun wäre es aber zu einfach, wollte man diese Entwicklung ausschließlich den politischen Mandatsträgern zuschreiben, ist doch diese Entwicklung zugleich der Ausdruck einer Politik, die weitgehend auf die Lobby-Arbeit vielfältigster Interessenverbände reagiert und sich in ihren Entscheidungen durch diese Partial-Interessen bestimmen lässt. Als beispielsweise 2004, also noch unter der Regierung des Kanzlers Schröder, eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht werden sollte, die die Hürden zur Ausübung der staatlich regulierten Handwerksberufe senken sollte, war es der Druck der Handwerksverbände, der die Gesetzesnovelle verhinderte, indem insbesondere auf dem staatlich verordneten „Meisterzwang“ beharrt wurde. Nichts anderes passiert seit Jahren im gesamten Bildungssektor, in dem viele Bildungseinrichtungen in geradezu vorauseilendem Gehorsam sich der staatlichen Normierung beugen. Nüchtern betrachtet geht es allerdings nicht um eine Qualitätssicherung- oder gar -steigerung, sondern um die Wahrung und das Schaffen von Vorrechten und vor allem um Geld – als wäre der demokratische Staat ein biederer Dorfverein, bei dem es mithilfe von „demokratischen“ Wahlen darum ginge, das eigene Pöstchen zu sichern. Diese Vereinsmeierei hat nichts mit mehr Selbstverwaltung und mehr bürgerlicher Selbstbestimmung zu tun, und auch

2 <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/sprachkritik-alternativlos-ist-das-unwort-des-jahres-a-740096.html>

3 Dirk Baecker, Postheroisches Management. Ein Vademecum, 1994, S.34

die Einrichtungen, die sich aus bloßer Naivität der normierenden Gleichschaltung fügen, realisieren zumeist zu spät, welche Bevormundung sie sich damit einhandeln (die anmaßenden Konzeptionen der frühkindlichen Erziehung ist eines der drastischen Beispiele, bei der es im Kern auch nicht um die kindliche Entwicklung, sondern um die weitere Einbindung der Bevölkerung ins System geht). So werden immer weitere Lebenskreise „stillgelegt“ und ihrer eigenen Entwicklungsbedingungen entfremdet.

### Problematisches Mitwirken des Staates

Doch wie sagte bereits Wilhelm von Humboldt: „Je mehr also der Staat mitwirkt, desto ähnlicher ist nicht bloß alles Wirkende, sondern auch alles Gewirkte. Auch ist dies gerade die Absicht der Staaten. Sie wollen Wohlstand und Ruhe. Beide aber erhält man immer in eben dem Grade leicht, in welchem das einzelne weniger miteinander streitet. Allein was der Mensch beabsichtigt und beabsichtigen muss, ist ganz etwas andres, es ist Mannigfaltigkeit und Tätigkeit. Nur dies gibt vielseitige und kraftvolle Charaktere, und gewiss ist noch kein Mensch tief genug gesunken, um für sich selbst Wohlstand und Glück der Größe vorzuziehen. Wer aber für andre so räsoniert, den hat man, und nicht mit Unrecht, in Verdacht, dass er die Menschheit misskennt und aus Menschen Maschinen machen will.“<sup>4</sup> Die „Größe“ von der Humboldt spricht, liegt heute wohl vor allem darin, nicht nach partikularen Interessen, sondern aus Erkenntnis der Zusammenhänge zu handeln.

Es könnte deshalb als erfreuliches Signal gewertet werden, dass Henning Kullak-Ublick in der letzten Ausgabe der „Sozialimpulse“ die Befreiung des Bildungswesens als Aufgabe der Zivilgesellschaft thematisiert: „Freiheit und Verantwortung sind zwei Grundpfeiler der Zivilgesellschaft: aus bürgerschaftlichem Engagement entstehen neue, am Gemeinwohl orientierte Unternehmensformen als dritter Weg zwischen staatlichem Zentralismus und kommerziellen Interessen.“<sup>5</sup> Wer nun allerdings erwartet, dass mit dieser Würdigung der Zivilgesellschaft eine offene Einladung zum freien Dialog über Wege aus der gegenwärtigen Bildungsmisere ausgesprochen sei, ein Dialog, der sich auf Augenhöhe für die freie Initiativkraft individueller Menschen interessiert und Möglichkeiten pädagogischer und wirtschaftlicher Kooperation erkundet, wird enttäuscht: Denn um diesen Dialog geht es Henning Kullak-Ublick offensichtlich gar nicht, er spricht vielmehr als Vorstandsmitglied des Bundes der Freien Waldorfschulen, dessen Vorstand bereits „7 Kernforderungen an die Bildungspolitik“ ausformuliert vorgelegt hat. Meint er wirklich, diese „7 Kernforderungen“ an den Staat seien „alternativlos“ zu akzeptieren und „abzunicken“? Was unterscheidet ein solches Vorgehen – ganz abgesehen vom Inhalt der „Forderungen“ – vom interessegeleiteten Lobbyismus sonstiger Verbände?

4 Wilhelm v. Humboldt, Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, Stgt. 2002, S. 31

5 Sozialimpulse, 24. Jahrgang, Nr. 4, Dezember 2013, Seite 37

### Bevormundung durch staatliche Finanzierung

Gewiss, viele Waldorfschul-Lehrer/innen und Eltern werden erst einmal dankbar sein, dass ihr Bundvorstand sich für die Stärkung ihrer Rechte und auch für eine bessere staatliche „Subventionierung“ (was als „Gleichstellung“ bezeichnet wird) einsetzt. Was aber hat das mit einer wirklichen Befreiung des Bildungswesens zu tun? In vielen Aufsätzen<sup>6</sup> habe ich bereits deutlich zu machen versucht, dass die generelle Forderung nach staatlicher Vollfinanzierung gerade keine Freiheit im Bildungswesen garantiert, da der Staat selbstverständlich als Verwalter der Steuermittel definieren muss, welche Einrichtungen überhaupt berechtigt sind, Subventionen zu erhalten. Durch dieses notwendige Definieren aber ist eine wirkliche Bildungsfreiheit ausgeschlossen, da mit den vom Staat formulierten Berechtigungen zugleich festgeschrieben wird, was als subventionswürdige Schule zu gelten hat. Die Entwicklung der Waldorfschulen in Holland zeigt, wohin das führt: Dort sind die sogenannten „freien Schulen“ schon lange „gleichberechtigt“ finanziert, zunehmend zieht aber auch der Staat evaluierend in diese Schulen ein.

Deshalb ist es notwendig, die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge erkennend zu durchdringen und nicht nur betriebsbedarfgesteuerte Forderungen zu stellen. Denn, wie es Johannes W. Rohen ins Bild bringt: „Wenn man an den Staat Forderungen richtet, bedenkt man meistens nicht, dass der Staat kein ‚Vater‘ ist, der Geld verdient und es an seine ‚Kinder‘ verteilen kann, sondern dass wir bei jeder Forderung primär selbst betroffen sind, d.h. dem Staat dasjenige Geld, (z.B. durch Steuern) selbst erst geben müssen, das dieser dann verteilt – oder anders ausgedrückt: Jede an den Staat gerichtete Forderung ist im Grunde an uns selbst bzw. unsere Mitmenschen gerichtet, die letztlich die erhobenen Forderungen begleichen müssen. Das Überborden der staatlichen Machtansprüche ist somit im Grunde nichts anderes als das Resultat falscher Begriffe.“<sup>7</sup>

### Ein freies Schulwesen ist nicht unentgeltlich

Noch tiefergehend hat diesen Zusammenhang Rudolf Steiner ausgesprochen: „Es geht ja heute durch die Lande der Ruf: Unentgeltlichkeit des Schulwesens. Ja, was soll denn das überhaupt heißen? Es könnte doch nur der Ruf durch die Lande gehen: Wie sozialisiert man, damit ein jeder die Möglichkeit hat, seinen gerechten Beitrag zum Schulwesen zu schaffen? Unentgeltlichkeit des Schulwesens ist ja nichts weiter als eine soziale Lüge, denn entweder verbirgt man dahinter auf der einen Seite, dass man erst einer kleinen Clique den Mehrwert in die Tasche liefern muss, damit die ihr Schulwesen gründet, durch das sie die Menschen beherrscht, oder man streut allen Sand in die Augen, damit sie nur ja nicht

6 Siehe z.B. Sozialimpulse, 22. Jahrgang, Nr. 4, Dezember 2011

7 Johannes W. Rohen, Die funktionale Struktur von Mensch und Gesellschaft. Elementare Funktionsprinzipien im menschlichen und sozialen Organismus, Stgt. 2006, S. 16f.

wissen, dass unter den Pfennigen, die sie aus dem Portemonnaie nehmen, auch diejenigen sein müssen, von denen die Schulen unterhalten werden. In der Formulierung unserer Sätze müssen wir schon so gewissenhaft sein, dass wir nach Wahrheit streben.“<sup>8</sup>

Es ist eben eine zu kurzschlüssige Argumentation, staatliche Subvention zu fordern, damit die Wahl der Schulen „unabhängig von der Finanzkraft der Eltern getroffen werden“<sup>9</sup> kann. Denn gerade eine solche Argumentation impliziert (unbewusst?), dass es „gerecht finanzierte“ Schulen in einer ansonsten hochgradig unsozialen Gesellschaft geben könne. Rudolf Steiner ging deshalb davon aus, dass die Lehrer der Waldorfschule nicht nur betriebswirtschaftlich denken, sondern selbst aktiv in der grundlegenden sozialen Bewegung mitarbeiten.<sup>10</sup> Auch wenn es realistischerweise gegenwärtig kaum möglich ist, als Schulgemeinschaft auf staatliche Subventionen zu verzichten, geht es vor allem darum, die Denkgewohnheiten, die zu den heutigen Abhängigkeiten von den staatlichen Organen geführt haben, aufzudecken und zu überwinden – wenn diese Abhängigkeiten nicht noch gesteigert werden sollen. Die gegenwärtige Politik mit ihrer „Logik der Alternativlosigkeit“ ist im Kern nur Ausdruck dafür, dass sie mit den Entscheidungen über die wesentlichen kulturellen Fragen überfordert ist. Denn im Kulturleben ist jeder individuelle Mensch die Alternative, auf die es ankommt.

## Notwendige gesellschaftliche Entwicklungen

So muss es zunehmend um zweierlei gehen:

- Dass wir eine wirklich freie zivilgesellschaftliche Bewegung aufbauen, in deren Kern der individuelle Mensch jenseits aller Staatsgrenzen und Institutionen durch freie Anerkennungsverhältnisse und unmittelbare Solidarität wirksam werden kann.
- Dass wir gleichzeitig an Zusammenhängen im Wirtschaftsleben arbeiten, die das soziale Leben nicht ausbeuten, sondern fördern. Dann wird auch der Staat immer mehr aus Bereichen zurückgedrängt werden, die ihm wesensfremd sind, und seine eigentliche Aufgabe durch ein lebendiges Rechtsleben entfalten können.

\*\*\*

**Hinweis der Redaktion:** Es sei an dieser Stelle auf die „Debatte“ im Heft 1/2006 (17. Jg.) dieser Zeitschrift hingewiesen. Die damals von mir in einer Bemerkung auf S. 36f. vorgebrachten Einwände gegen auch im vorhergehenden Artikel wiederholte Argumente Brunners zur Finanzierungsfrage des Geisteslebens scheinen mir nach wie vor gültig und nicht widerlegt. Die Debatte sollte daher weitergehen.

8 Rudolf Steiner, Geisteswissenschaftliche Behandlung sozialer und pädagogischer Fragen, Vortrag vom 1. Juni 1919 in Stuttgart, GA 192, S. 144

9 Zitiert aus den „Sieben Kernforderungen an die Bildungspolitik“, Sozialimpulse, 24. Jahrgang, Nr. 4, Dezember 2013, S. 38

10 Z.B. in folgender Äußerung in einer Konferenz der ersten Waldorfschule: „Die Anthroposophische Gesellschaft mit der Waldorfschule zusammen ist der geistige Teil des dreigliedrigen sozialen Organismus. Der Bund für Dreigliederung muss ein politischer Teil sein; dazu müssen die Waldorflehrer durch ihren Rat beitragen. Der ‚Kommende Tag‘ wäre der wirtschaftliche Teil im Ganzen.“ Aus: Rudolf Steiner, Konferenzen mit den Lehrern, GA 300a, 22. November 1920 (Konferenz 16 –18.30 Uhr)

## Der Strudel in die Sucht

**Karl-Dieter Bodack**

- Steuern werden als „Last“ bezeichnet, als „Belastung“ empfunden, von der man sich „befreien“ sollte,
- „Steuerersparnis“ wird hoch geschätzt, erhält gesellschaftlichen Wert, es gründen sich Unternehmen, die Steuerersparnis“ als Dienstleistung anbieten und dafür gute Honorare verlangen.
- In Gesprächen lobt sich jeder, der es geschafft hat, Steuern zu „sparen“, andere erkundigen sich, es entsteht eine Art neuer Volkssport des „Steuerparens“, mit einem gesellschaftlichen Wert, wie er seinerzeit dem Sparbuchsparen zukam.
- Von den Politikern wird gefordert, dass sie alles Wünschenswerte schaffen: Theater, Schulen und Kindergärten, Hilfe für Familien, die Volkshochschule, Umgehungsstraßen, Bürgerparks, Kinderspielplätze, mehr Busverbindungen, schnellere Zugverbindungen...
- Politiker werden geschätzt, die es schaffen, Steuern zu senken und gleichzeitig möglichst alle Wünsche zu erfüllen.
- Die Folgekosten werden ignoriert: Was der Spielplatz monatlich in der Pflege, das Theaterensemble pro Zuschauer, der Park pro Spaziergang kostet, ist tabu, niemand spricht darüber, keiner will es wissen.
- Bürger sparen als Vorsorge für schlechtere Zeiten oder für's Alter, bringen Geldbeträge zu Banken, verlangen möglichst hohe Zinsen dafür.
- Die Kommunen, Länder und der Bund brauchen viel mehr Geld als sie einnehmen, leihen es von den Banken, richtiger von den Bürgern mit dem Versprechen („Bundesschätze“), es zurückzuzahlen.
- Berühmt wird ein Politiker nicht mit einem Park für ein paar Millionen, sondern erst mit einem „Freizeitpark, der ein paar hundert Millionen kostet.
- Anfängliche Millionen-Anleihen werden zu Milliarden-Anleihen.
- Politiker werden gefeiert, wenn sie als „Überväter“ wissen, was den Bürgern guttut und wenn sie das auch gegen Widerstände all derer, die mangels Einsicht dagegen sind, durchdrücken.
- Die Zinsen für die Kredite beanspruchen mehr und mehr Anteile aus den Steuergeldern.
- Die Kreditsummen steigen, weil mehr und mehr Steuergelder von Zinszahlungen absorbiert und gleichzeitig die Projekte immer größer werden.
- Die fälligen Zinsen leiten Bund, Länder und Gemeinden von den Steuerpflichtigen zwangsläufig auf die Konten der meist reichen Kreditgeber.
- Damit werden viele Bürger immer ärmer, die Reichen stetig reicher.
- Kreditsummen kommen in den Bereich von Tausend Milliarden Euro, Beträge, unter denen sich niemand mehr etwas vorstellen kann.
- Die gigantischen Schuldenbeträge werden beschönigt, indem sie nicht in Beziehung zum Haushaltsvolumen oder zu den Steuerbürgern, sondern in Relation zum „Bruttosozialprodukt“ gesetzt werden (derzeit 81%), ein Wert, von dem sich kein Bürger eine reale Vorstellung machen kann.



- Nach einigen Jahren stehen Milliarden Beträge zur Rückzahlung an: Das ist unmöglich, da die Steuereinnahmen noch nicht einmal für die laufenden Ausgaben ausreichen.
- Die etwa dreihundert Milliarden Euro, zu denen Bund, Länder und Gemeinden jedes Jahr zur Schuldentilgung verpflichtet sind, können nicht geleistet werden und müssen durch neue Schulden finanziert werden: Das geht nur auf dem Weltmarkt der Finanzgeschäfte, durch systemrelevante Großbanken, mit Hilfe von Superreichen und global agierenden Fonds.
- Bund, Länder und Gemeinden sind damit dem „Rating“ und dem „Goodwill“ weltweit vernetzter Kreditgeber ausgesetzt; verweigern sie neue Kredite zur termingerechten Tilgung bestehender Schulden, droht der Staatsbankrott.
- Bürgerinnen und Bürger protestieren wegen dieser Abhängigkeit gegen Banken und erkennen nicht, dass sie es selbst sind, die diese Abhängigkeit ausgelöst haben.
- Politiker, die Schulden tilgen wollen, werden von der Opposition polemisch attackiert. Beispiel die SPD über Bayerns Ministerpräsident Seehofer: „Blendwerk, Irrsinn, Niedergang der politischen Kultur, Sauerei...auf dem Pissoir entwickelt...“ (Süddeutsche, 28.1.2012): Die Wortwahl offenbart, dass die Sucht des Schuldenmachens offensichtlich verdrängt wird!
- Regierungen gründen Hilfsfonds für bedrängte Länder und geben damit den Staaten Kredite bzw. Bürgschaften, die keine Kredite mehr aus der Finanzwelt erhalten.
- Werden solche Hilfszahlungen fällig, geraten die helfenden Staaten in eine so hohe Verschuldung, dass auch sie keine Kredite mehr dafür bekommen, um ihre eingegangenen Verpflichtungen zur Schuldentilgung zu erfüllen.
- Die ersten Staaten gehen in Konkurs, Banken erleiden Verluste, die höher sind als ihr Eigenkapital, sie gehen in Konkurs, Kommunen und Firmen verlieren ihre Ersparnisse.
- Die Proteste der Bürger steigern sich zu Unruhen, weil sie nicht wahrhaben wollen, welchen Anteil sie an dieser Katastrophe haben, dass jeder, der der Habsucht frönte, mitschuldig ist am Niedergang des Gemeinwesens!

### **Der aktuelle Status der öffentlichen Haushalte zeigt die Folgen in folgenden Zahlen (ca.-Werte):**

- Öffentliche Schulden Deutschlands: 2.100 Milliarden Euro = 50tausend Euro je Steuerpflichtiger.
- Risikoanteil im europäischen Sicherungsfonds 250 Milliarden Euro = 6tausend Euro je Steuerpflichtiger.
- Tilgungsverpflichtungen der öffentlichen Haushalte für 2012: 280 Milliarden Euro = 7tausend Euro je Steuerpflichtiger.
- Summe aller Steuereinnahmen 2012 ca. 570 Milliarden Euro = 14tausend Euro je Steuerpflichtiger.
- Jährliche Zinslast der öffentlichen Hände: 60 Milliarden Euro/Jahr = 1.500 Euro je Steuerpflichtiger.

### **Die fern erscheinenden Perspektiven einer Umkehr:**

- Mehr und mehr Menschen bekennen sich zum „So-nicht-weiter!“
- Bürger erkennen, dass sie nicht mehr fordern sollen, als sie bereit sind zu finanzieren, sie zügeln damit ihre „Habsucht“.
- Politiker schwören der „Geltungssucht“ ab und beschließen nur noch Projekte, die ohne Schulden finanzierbar sind.
- Vermögende Bürger bezahlen freiwillig eine Vermögensabgabe und veranlassen den Gesetzgeber, die Vermögenssteuer wieder einzuführen: Damit entsteht „Gemeinsinn“, „Sozialität“!

## Literatur

### **Götz W. Werner / Peter Dellbrügger (Hrsg.): Führung – Dimensionen einer Kunst. Karlsruhe 2013**

Ausführliche Besprechung folgt im Juni-Heft.

### **Initiativen, die die Welt verändern, (Reise-)Berichte von Wolfgang Ritter**

Verlag Ch. Möllmann, Schloß Hamborn 2013, 278 Seiten, 67 Farbbilder, EUR 18,-, ISBN 978-3-89979-193-8. Das Buch enthält sieben Kapitel: 1. Bangladesh und Philippinen. 2. Australien und Neuseeland. 3. Brasilien. 4. Indien. 5. Ägypten und Malawi. 6. Kanada und Hawaii. 7. Deutschland und Europa. Außer Vorwort und Nachwort gibt es im Anhang sieben Kurzbeschreibungen: 1. Die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus von Rudolf Steiner. 2. Elemente der biologisch-dynamischen Landbaumethode. 3. Anthroposophische Medizin. 4. Grundlagen der Waldorfpädagogik. 5. Wesentliches über Karl König und die Camphill-Einrichtungen. 6. Freunde der Malawi-Waisen e.V. 7. Bio-Verbraucher e.V.

### **Joseé Martinez (Hrsg.): Der soziale Organismus als lebendige Organisation.**

Soziologische Studien anhand von Kriterien aus der Geisteswissenschaft. Ein methodologischer Versuch. Berlin 2013

<sup>1</sup> Zur Diagnose und den verborgenen Hintergründen sowie Wegen aus der Krise vgl. Karl-Dieter Bodack: Sich selbst entdecken – Andere verstehen, Schritte zu Selbstentwicklung und erfolgreicher Zusammenarbeit, 6. Auflage, 2013, Shaker-Verlag, Aachen

# Termine und Initiativen

## Wege zur Qualität – Schulungsprogramm

Je mehr berufliche Leistungsprozesse Menschen selbst zum Gegenstand haben, umso weniger kann die notwendige Qualität der Leistungen durch normative oder formal-systematische Organisationsverfahren gewährleistet werden. Der von „Wege zur Qualität“ zugrunde gelegte Begriff der „Beziehungsdienstleistung“ berücksichtigt, dass Menschen als eigenständige Subjekte maßgebend am Entstehungsprozess der Handlungen und ihrer Wirkungen beteiligt sind. Beziehungsdienstleistungen können sich daher erst in der realen Begegnung der beteiligten Menschen entwickeln und entfalten. Nicht eine verallgemeinernde Standardisierung sondern die weitgehende Individualisierung des Leistungsgeschehens wird zum Qualitätsziel. Die Organisation einer Institution muss kreativ auszufüllende Gestaltungsräume ermöglichen, wenn diese Qualität entstehen soll.

„Wege zur Qualität“ gibt eine systematisch nachvollziehbare Antwort auf die Frage nach der Art und Qualität der Zusammenarbeit, damit die für Beziehungsdienstleistungen notwendige Gestaltungsfreiheit kompetent genutzt und sozial verantwortet werden kann. Es werden 12 Bereiche entwickelt, aus deren Bearbeitung innerhalb einer Institution diejenigen Gesichtspunkte und Kräfte gewonnen bzw. gestärkt werden können, durch deren Anwendung die Qualität der Leistungen angeregt, gewährleistet und gefördert wird.

„Wege zur Qualität“ bietet vielfältige Schulungsangebote, darunter **Verfahrensschulungen** in 4 Blöcken und auch **Einführungsseminare**. In Deutschland sind 2014 die folgenden Einführungen geplant:

29. März: Hamburg, Rudolf-Steiner-Schule Bergedorf, 10.00 – 17.00 | 16. Mai: München, Friedel-Eder-Schule, 10.00 – 17.00 | 5. Juli: Raum Bodensee, Ort bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt, 10.00 – 17.00 | 20. September: Wuppertal, Troxler-Haus, 10.00 – 17.00 | 11. Oktober, Raum Mannheim, 10.00 – 17.00 | 22. November: Berlin, 10.00 – 17.00

**Näheres unter:** [www.wegezurqualitaet.info](http://www.wegezurqualitaet.info)

**Anfragen an:** Martina Davidis,  
Bernauerstr. 1, 31832 Springe  
Tel: 05041/8024054 Fax: 05041/8024055  
[wzqseminare@aol.com](mailto:wzqseminare@aol.com)

## Macht oder Freiheit

Grundlagen moderner Zusammenarbeitsformen. Seminar mit Udo Herrmannstorfer

Fr. 27.06., 18.30 bis So. 29.06.2014, 13.15  
Haus Freudenberg, Starnberg

**Motiv:** „Was ist das erste, sichere Merkmal des Bösen? - Die Leugnung der Freiheit“ (Albert Steffen). Wie aber kann sich Freiheit im Sozialen verwirklichen? Einführende Beiträge, Gesprächs- und Arbeitsgruppen, Eurythmie: Anne Liebig-Reeh.

**Gebühr:** EUR 160,00 / fördern EUR 180,00 + 2 Ü/VP

**Auskunft und Anmeldung:** Haus Freudenberg,  
Prinz-Karl-Str. 16, 82319 Starnberg-Söcking

**Telefon:** 08151/12379, **Fax:** 08151/28262  
[Haus-Freudenberg@t-online.de](mailto:Haus-Freudenberg@t-online.de)  
[www.hausfreudenberg.de](http://www.hausfreudenberg.de)

## Bürokratismus, Überwachungswahn und neuer Nationalismus als Gegenbilder einer mündigen Sozialkultur

Wege zu einer selbstverwalteten Gesellschaftsgestaltung

Fr. 14. bis So. 16. März

Fr. ab 18.00, Sa./So. ab 10.00

Karl Ballmer Saal (im SinneWerk)

Liegnitzer Straße 15, 2. HH, 10999 Berlin

**Referenten:** Ralf Gleide, Thomas Brunner, Salvatore Lavecchia, Clara Steinkellner, Kai Gregor, Anne Schildt und Albrecht Walter.

**Kontakt:** Clara Steinkellner  
[clara.steinkellner@sinnewerk.de](mailto:clara.steinkellner@sinnewerk.de)  
Telefon: 0178/6152189, [www.sinnewerk.de](http://www.sinnewerk.de)

**Veranstalter:** Freie Bildungsstiftung in Kooperation mit SinneWerk e.V.

**Kostenbeitrag:** Tagungskarte EUR 50.00, erm. EUR 25.00, Förderkarte EUR 75.00, Einzelvorträge / Vortragsblock: EUR 10.00, ermäßigt EUR 7.00

## 53. Mündener Gespräche

Aktuelle Diskussion über Negativzinsen & Boden und Geld als Gemeinschaftsgüter

15./16. März 2014

Reinhardswaldschule, Fulda

**Info und Anmeldung:**

[http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/MundenerGesprache/53.MueGe\\_Anmeldung.pdf](http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/MundenerGesprache/53.MueGe_Anmeldung.pdf)

## Individualisierung und globale Solidarität

Achberger Ostertagung im Gedenk- und Verantwortungsjahr 2014

Geschichtliche Herausforderungen im Spannungsfeld antisozialer Entwicklungskräfte im Menschen und umfassender wirtschaftlicher Globalisierung der Welt

13. bis 21. April 2014

Internationales Kulturzentrum Achberg

Was sind die Erkenntnis- und Sozialgestaltungsaufgaben von 2014 – 2018/19 und im ganzen ersten Drittel des 21. Jahrhunderts? – Betrachtungen im Lichte der Gesetzmäßigkeiten der „Zeit als Realität“ unter Berücksichtigung der Struktur des Gesellschaftsorganismus und seiner Entwicklungstendenzen.

**Für die Tagungsvorbereitung verantwortlich:**

Herbert Schliffka mit Gerhard Schuster.

Bei Fragen und Interesse an Mitwirkung:

tagungsvorbereitung@kulturzentrum-achberg.de.

**Weitere Informationen und Anmeldung:**

www.kulturzentrum-achberg.

de/tagung/ostern-2014

## Aufgaben des Tempel- und Brückenbaus im Sozialen

18. bis 21. Mai 2014

Internationales Kulturzentrum Achberg

Eine Tagung der Stiftung für Geisteswissenschaft und Dreigliederungsforschung e.V. mit Unterstützung des Internationalen Kulturzentrums Achberg, Panoramastr. 30, 88147 Achberg  
www.kulturzentrum-achberg.de

## Das Kapital – Mittel der Arbeit oder der Macht?

Tagung, 5. bis 6. April 2014 Bad Boll

**Beginn:** Samstag, 9.30, **Ende:** Sonntag, 12.00

**Themen:** Umwegigkeit und Zielstrebigkeit als Merkmale menschlichen Handelns | Geld- und Sachkapital und ihre Handelbarkeit; Vorsorge und Produktionserleichterung als Motive von Ersparnis und Investition | Woher kommt die Überlegenheit des Geldes über die Ware/des Geldkapitals über das Sachkapital/des Sachkapitals über die Arbeit? Und wie könnte sie beseitigt werden? | Hindert die Globalisierung der Kapitalmärkte Reformen in einzelnen Währungsräumen? | Geld- und Sachkapital in dienender Funktion.

**Referenten:** Fritz Andres, Eckhard Behrens

**Info und Anmeldung:** Seminar für freiheitliche Ordnung, 73087 Bad Boll, Badstraße 35

**Telefon:** 0 7164/3573, www.sffo.de

## Veranstaltungen im Forum 3

Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

**TTIP - Die Freihandelsfalle verhindern**  
Mittwoch, 19. März, 19.30 Uhr (!)

Im Rahmen von STUTTGART OPEN FAIR. Mit Johannes Lauterbach und Wilhelm Neurohr. Moderation: Ulrich Morgenthaler. Schwerpunkte: Investor-Staat-Klagerechte, Auswirkungen von TTIP auf die Kommunen (die öffentliche Beschaffung, Dienstleistungen), Alternativen wie das „Alternative Handelsmandat“ ATM sowie die zivilgesellschaftlichen Gegenbewegungen. Eintritt frei

**Wohin geht die Entwicklung in Ägypten und der Arabischen Welt?**  
Montag, 7. April, 20.00 Uhr

Eine aktuelle Einschätzung. Vortrag und Gespräch mit Dr. Bruno Sandkühler. Wo stehen das Land und seine Menschen heute? Welche Entwicklungsmöglichkeiten bieten sich für Ägypten und welche Rolle spielt dabei die Zivilgesellschaft? Eintrittskarten an der Abendkasse. EUR 7,- /Rentner 5,- erm. 4,-/ bis 21 J. 2,- an der Abendkasse

## Klimawandel: Unsere Erde ist im Stress!

**Nachhaltige Entwicklung in den Sackgassen alten Denkens**

9. Mai 2014, 20.00

**Karl Ballmer Saal (im SinneWerk), Liegnitzer Straße 15, 2. HH, 10999 Berlin.**

Vortrag, Gespräch und Workshop  
Die Stresssymptome des durch Umweltverschmutzung und CO<sub>2</sub>-Ausstoß gebeutelten planetarischen Ökosystems sind nicht mehr zu übersehen. Was hilft uns radikal umzudenken?

**Referent:** Dr. Otto Ulrich (Bonn).

**Weitere Info:** www.sinnewerk.de



Vor den Europawahlen

# Die EU-Krise und die Zukunft Europas

2./3. Mai 2014

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70174 Stuttgart

Öffentliches Werkstattgespräch

## Was kann Europa sein?

Entwicklungsfragen eines zukünftigen Europas. Freitag, 2. Mai 2014, Beginn: 19.00

Einleitende Referate:

Gerald Häfner (MdEP) | Udo Herrmannstorfer

Gespräch im Plenum

Moderation: Ulrich Morgenthaler

Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung (Richtsatz EUR 10,-)

## Forschungskolloquium

Samstag, 3. Mai 2014

I. 9.00 – 10.30: **Gesellschaftliche Vielfalt und Einheitswährung – Konsequenzen für das soziale Leben**  
Einleitung Udo Herrmannstorfer

II. 11.00 – 12.30: **Wege aus der Krise (Staatsverschuldung, Leistungsbilanzungleichgewichte) – Ökonomische Solidarität als Grundlage für ein künftiges Europa**  
Einleitung Prof. Dr. Harald Spehl

III. 14.00 – 15.30: **Handels- und Bildungspolitik als Konfliktfelder in der Auseinandersetzung um die Zukunft Europas**  
Einleitung Wilhelm Neurohr

IV. 16.00 – 17.30: **Das Ringen um die politische Gestalt Europas**  
Einleitung Gerald Häfner (MdEP)

V. 17.30 – 18.00: **Abschließende Vertiefungsrunde. Ergebnisse, Arbeitsaufgaben**  
Einleitung Prof. Dr. Christoph Strawe

### Teilnahme von Gästen

Das Forschungskolloquium ist ein Expertengespräch. Interessierte Gäste sind als Zuhörer willkommen und herzlich eingeladen. Wir erbitten in diesem Fall eine Spende, die Sie nach eigenem Vermögen und Ermessen ansetzen können.

## Weitere Veranstaltungen 2014

Forschungskolloquium

10./11. Oktober 2014,

Forum 3 Stuttgart

### Aktuelle Notwendigkeiten der Dreigliederungsentwicklung

Urgedanken | Einstiegspunkte | Kontroversen | Offene Fragen | Praktische Aufgaben

Seminar, 7. bis 9. November 2014,  
Steiner Haus Frankfurt/M

### Die Zähmung des Geldes. Lebenswirklichkeit und Geldströme

Von der Philosophie der Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs

## Kontakt, weitere Informationen, Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V.  
Stuttgart, Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart

Tel. (0711) 23 68 950,

E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de)

Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)